

Inhalt

Vorbemerkung

Heiner Karuscheit

Rosa Luxemburg – Das Scheitern eines Revolutionsprogramms

1. Die „kapitalistische Entwicklung“ als Universalschlüssel	3
2. Schiefe Fronten: Bernstein und die Verpreußung der SPD	9
3. Nach der russischen Revolution 1905	12
4. Der Weg in den Krieg	17
5. Luxemburgs Revolutionskonzept	24
Ein Nachtrag zur Luxemburg-Publizistik	30

F/HU (Redaktion Arbeiterpolitik)

Stellungnahme zu Heiner Karuscheits Luxemburg-Artikel	33
--	----

Thomas Kuczynski

Replik auf Schröders Kritik in den AzD 90	36
--	----

Alfred Schröder

Parallelwelten. Zur Replik des Genossen Kuczynski	37
--	----

Peter Miso

Zukunftsmusik auf der Kindertrompete.

Eine Auseinandersetzung mit dem Buch „Goodbye Kapital“	48
--	----

Chris und Phil

Die Kindertrompeten des Peter Miso	64
---	----

Fritz Gött

Krankheit und Gesellschaft: Wer ruiniert hier wen? (Teil2)	69
---	----

Vorbemerkung

Die vorliegende Ausgabe der „Aufsätze zur Diskussion“ wird ihrem Namen mit mehreren kontrovers diskutierten Artikeln endlich einmal gerecht. Dass das bislang viel zu selten der Fall war, liegt nicht an uns. Wer die Publikationen der Linken verfolgt, wird feststellen, dass ihre Debattenfreudigkeit im diametralen Gegensatz zu den grundlegenden Fragen steht, die der heutige Marxismus beantworten müsste, um auf die Höhen unserer Zeit zu gelangen – sei es zur aktuellen Gesellschaftspolitik, sei es zum historischen Scheitern der kommunistischen Bewegung. Man scheut vor klaren Positionen zurück wie der Teufel vor dem Weihwasser. Umso mehr wünschen wir uns, dass die AzD ihrem Namen künftig öfter Ehre machen können.

Mit dem Artikel zu Rosa Luxemburg setzt H.Karuscheit seine bisherigen Arbeiten zum Kaiserreich und zur Novemberrevolution fort. Luxemburgs Grundirrtum bestand ihm zufolge darin, dass sie auf die Entwicklung des Kapitals fixiert war und die Herrschaftsverhältnisse im Kaiserreich falsch einschätzte. Daraus resultierte eine fehlerhafte Stellung zur Novemberrevolution und ein untaugliches Revolutionsprogramm. F/HU, der die Positionen der Gruppe „Arbeiterpolitik“ bereits in den letzten AzD verteidigt hat, hat hierzu eine Stellungnahme geschrieben, in der er einige Kritikpunkte an der KPD-Gründerin für richtig findet, aber ihr sozialistisches Revolutionskonzept rechtfertigt.

Bei der Gelegenheit eine Richtigstellung: der Artikel zur Novemberrevolution aus der Arbeiterpolitik 5/6-2018, mit dem Karuscheit sich in den AzD 89 und 90 auseinandergesetzt hat, lautete mit richtigem Titel nicht: „Proletarische Revolution - bürgerliche Konterrevolution“, sondern: „Eine Revolution der Arbeiterklasse, die in der bürgerlichen Konterrevolution endete.“

Zum Thema Oktoberrevolution hat Thomas Kuczynski uns eine Replik geschickt, in der er A. Schröders Kritik an ihm in den letzten AzD zurückweist; sie wird hier zusammen mit einer Antwort Schröders abgedruckt.

In der Auseinandersetzung mit dem Buch „Goodbye Kapital“ wirft Peter Miso den Autoren vor, im Zusammenhang mit einer fehlerhaften Interpretation der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie für anarchistische Positionen offen zu sein sowie Menschheitsfragen anstelle der Klassenfrage voran zu stellen. In ihrer Antwort halten die Verfasser dem entgegen, dass ihr Kritiker mit fehlerhaften Unterstellungen und verkürzten Zitatnachweisen arbeitet und so ihr Thema „Geld und Zukunft“ entstellt.

Den Abschluss dieser Ausgabe bildet der zweite Teil des Beitrags von F.Gött über mögliche Zusammenhänge von Krankheiten mit Gesellschaft, Technik und Umwelt, der in der letzten Nummer keinen Platz gefunden hat.

Heiner Karuscheit

Rosa Luxemburg

Das Scheitern eines Revolutionsprogramms

„Vor Fehlern ist niemand gefeit, der in dem großen Drang und Gewühl des welthistorischen Kampfes Entscheidungen zu treffen hat. Aber die gemachten Fehler nicht einsehen, aus ihnen nicht lernen können, aus aller Schmach immer wieder unbelehrbar hervorzugehen – das grenzt an Verbrechen.“ (Luxemburg 1916)

Vorbemerkung

Rosa Luxemburg verkörperte den Neuanfang der revolutionären Arbeiterbewegung in Deutschland am Ende des Ersten Weltkriegs, aber auch die Niederlage, die mit diesem Neuanfang verbunden war. Die mit der Oktoberrevolution 1917 in Russland beginnende Epoche der internationalen kommunistischen Arbeiterbewegung, die zugleich das „kurze“ 20. Jahrhundert einleitete und 1989/90 endete, war von Anfang an nicht nur durch einen Sieg in Petersburg gekennzeichnet, sondern auch durch eine Niederlage in Berlin.

Woran lag es, dass die deutschen Revolutionäre, anders als die Bolschewiki in Russland, zu keinem Zeitpunkt maßgeblichen Einfluss auf die Revolutionsbewegung gewinnen konnten und stattdessen zusehen mussten, wie die Zusammenarbeit der SPD-Spitze mit dem preußisch-deutschen Offizierskorps die bereits geschlagene alte Ordnung hinter der Fassade der Republik wiedererstehen ließ? War dafür die späte Parteigründung ursächlich, wie eine bis heute gängige Erklärung lautet?

Um darauf eine Antwort zu finden, untersucht der folgende Text das politische Denken und Handeln Luxemburgs, das dem Revolutionskonzept zugrunde lag, mit dem sie an der Spitze des linken Parteiflügels der Sozialdemokratie in die Novemberrevolution ging.

1. Die „kapitalistische Entwicklung“ als Universalschlüssel

Die Beschäftigung mit den Reden und Schriften Luxemburgs stößt rasch darauf, dass die von ihr getroffenen Aussagen zur Gesellschaftsstruktur und den Machtverhältnissen im Kaiserreich in hohem Maße widersprüchlich sind. So bezeichnete sie etwa den Ausgangspunkt der Reichsgründung, den preußischen Verfassungskonflikt der 60er Jahre des 19. Jahrhunderts, als „das letzte Aufflackern des Klassenkampfes des deutschen Bürgertums wider die feudale Monarchie“ und warf den im Reichstag vertretenen bürgerlichen Parteien vor, „zum Werkzeug der feudalen Reaktion“ zu werden, sobald sie an die Macht gelangten.¹ Im selben Tenor konstatierte sie „die ausschlaggebende Herrschaft des ostelbischen Junkertums in Preußen-Deutschland“² und wandte sich gegen die „ungenierte, nackte Herrschaft der absolutistisch-

¹ Sozialdemokratie und Parlamentarismus, 1904; GW 1/2, S.449

² Der preußische Wahlrechtskampf, 1910; GW 2, S.317; s.a. GW 3, S.147

militärischen Reaktion“.³ Wenn wir diese Sätze zum Nennwert nehmen, müssen wir davon ausgehen, dass sie das kaiserliche Deutschland für einen *vorbürgerlich-feudalen Staat unter der Herrschaft des preußischen Junkertums* hielt.

An anderer Stelle finden sich jedoch gänzlich andere Aussagen. So bezeichnete sie kurz vor der Jahrhundertwende den Staat als „die Organisation der herrschenden Kapitalistenklasse“ und schrieb: „Mit dem politischen Sieg der Bourgeoisie ist der Staat zum kapitalistischen Staat geworden“ – eine Feststellung, die sie so oder ähnlich vielfach wiederholte.⁴ Dieser Einschätzung nach befand sich der Staat also in der Hand der Bourgeoisie, weshalb sie auch keine Zweifel an einer „bürgerlichen Klassenherrschaft“ im Kaiserreich hatte.⁵ In offenem Widerspruch zu den oben zitierten Äußerungen erscheint das Kaiserreich also hier als *bürgerlich-kapitalistischer Staat unter der Herrschaft der Bourgeoisie*.

Wiederum an anderer Stelle sprach sie von „der herrschenden bürgerlich-feudalen Reaktion“ bzw. von der „koalitierten Herrschaft des ostelbischen Junkertums und des kartellierten Großkapitals.“⁶ In dieser Variante wurde die politische Macht demgemäß von zwei Klassen gemeinsam ausgeübt, als *feudal-bürgerliche Doppelherrschaft von Junkertum und großer Bourgeoisie*.

Der Hintergrund: das Erfurter Programm

Zusammengefasst vertrat Luxemburg also drei unterschiedliche Beurteilungen der Herrschaftsverhältnisse, und wenn wir die Reden des Parteivorsitzenden August Bebel oder die Schriften des Parteitheoretikers Karl Kautsky nachlesen, ergibt sich dasselbe Bild: Ein Mal wird die Macht des Junkertums angeprangert, ein andermal ebenso selbstverständlich die bürgerliche Herrschaft – bei Bebel manchmal hintereinander in derselben Rede. Die wechselnden Charakterisierungen entsprangen also keiner persönlichen Marotte Luxemburgs, sondern waren sozialdemokratisches Gemeingut.

Der Nährboden für diese Konfusion ist das 1891 verabschiedete Erfurter Programm der SPD. Sein einleitender, allgemeiner Teil verkündete in einer Kurzdarstellung der geschichtlichen Tendenzen der kapitalistischen Akkumulation den Untergang der kleinen Warenproduzenten und den schließlichen Sieg des Proletariats aufgrund der ökonomischen Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus. Der zweite Teil des Programms, der politische Forderungen und Arbeiterschutzforderungen enthielt, fiel gegenüber dem stringent aufgebauten ökonomischen Teil um Längen ab. Vom gleichen Wahlrecht bis zum Achtstundentag umfasste er ein Sammelsurium von 14 Punkten, die ohne roten Faden aneinandergereiht waren und als übergreifendes Ziel nicht einmal die Forderung nach vollen parlamentarischen Rechten für den Reichstag, geschweige denn nach einer Republik enthielten.

³ Die künftige Revanche, Januar 1914; GW 3, S.376

⁴ Sozialreform oder Revolution, 1899;GW I/1, S. 392, 395

⁵ Die künftige Revanche; GW 3, S.379

⁶ Sozialdemokratie und Parlamentarismus, 1904; GW 1/2,S.450, sowie Massenstreik, Partei und Gewerkschaften, 1906; GW Bd 2, S.152

Rosa Luxemburgs Revolutionsprogramm

Zu den Klassen- und Herrschaftsverhältnissen, zur Reichsgründung und zum Charakter des Kaiserreichs schwieg sich das Programm vollständig aus. Weder enthielt es eine Gesellschaftsanalyse noch eine Einschätzung der Reichskonstruktion unter Vormacht Preußens. Dazu passte, dass Kautsky zur Erläuterung des ökonomischen Grundsatzteils und des angestrebten Zukunftsstaats einen Kommentar von 250 Seiten schrieb, aber nicht einen Satz zu den konkreten gesellschaftlichen Zuständen.

Unter diesen Umständen ergab sich die von dem Parteiprogramm vorgegebene Orientierung aus dessen ökonomisch-theoretischer Ausrichtung, und gemäß dieser Ausrichtung war das Kaiserreich ein kapitalistischer Staat, der den Gesetzmäßigkeiten der bürgerlichen Ökonomie gehorchte, bürgerliche Herrschaftsverhältnisse aufwies und in kürzerer oder längerer Frist durch den sozialdemokratischen „Zukunftsstaat“ abgelöst werden würde. Auf dieser Basis registrierte man zwar die Existenz des Junkertums und der feudalen bzw. halbabsolutistischen Züge von Staat und Armee, aber entweder begriff man diese als historische Überbleibsel, deren Restbestände dem unwiderstehlichen Sog der kapitalistischen Produktionsweise nicht lange standhalten würden, oder man sah darin äußerliche Gegebenheiten, hinter deren Fassade sich bereits bürgerliche Zustände etabliert hatten. Daher konnte man das reaktionäre Junkertum kritisieren, wann immer sich dafür ein Anlass bot – und gleichzeitig vertreten, dass das Kaiserreich ein bürgerlicher Staat war.

Revolutionspolitisch mündete dieses Verständnis in einer simplen Zusammenbruchstheorie, die besagte, dass die bürgerliche Gesellschaft infolge der Krisenhaftigkeit des Kapitalismus demnächst zusammenbrechen und aus ihren Trümmern der sozialdemokratische Zukunftsstaat hervorgehen würde. Eine Revolutionsstrategie erübrigte sich auf diesem Boden, man musste lediglich die Geduld aufbringen, den naturgesetzlich kommenden Zusammenbruch der Gesellschaft abzuwarten. Bis dahin bestand die entscheidende Aufgabe von Partei und Gewerkschaften darin, in täglicher Kleinarbeit die eigene Organisation aufzubauen und sich vor politischen Abenteuern zu hüten, um nicht der Staatsmacht den Vorwand für ein neues Sozialistengesetz zu geben.⁷ Kaschiert wurde dieser „Attentismus“ durch revolutionäre Sonntagsreden, in denen vor allem August Bebel regelmäßig den baldigen „Kladderadatsch“ der bürgerlichen Gesellschaft prophezeite und den daraus hervorgehenden „Zukunftsstaat“ pries.

Die Zauberformel der „kapitalistischen Entwicklung“

Bürgerliche Gesellschaftswissenschaftler wie Max Weber oder Werner Sombart untersuchten vor dem Krieg die Produktionsverhältnisse auf den ostelbischen Adelsgütern und kamen zu dem Ergebnis, dass die Arbeitsverfassung nicht auf freier Lohnarbeit beruhte, sondern auf persönlicher Abhängigkeit, denn die Gutsarbeiter hatten kein Koalitionsrecht, durften also nicht streiken; der Lohn wurde größtenteils in Naturalform gezahlt; die Gutsherren hatten in den Gutsbezirken die Polizei- und Ordnungsgewalt inne und waren zugleich die militärischen Vorgesetzten ihrer Arbeiter als Reservesoldaten. Zwar erforderte eine zunehmende Maschinisierung selbständige

⁷ hierzu Groh 1973

Arbeiter, nahm die Entlohnung in Geld statt in Naturalien zu und bewirkte die Abwanderung in die Industriestädte des Westens eine langsame Auflockerung der halben Leibeigenschaftsverhältnisse. Nichtsdestotrotz unterlag die Agrarproduktion auf den Gütern bis zuletzt nicht dem Grundgesetz der kapitalistischen Produktionsweise, der Erzeugung von Profit, sondern blieb ein Mittel zur Sicherung des Lebensunterhalts der Gutsfamilie und der Beibehaltung ihrer gesellschaftlichen Stellung, so dass der Nationalökonom Sombart die Schlussfolgerung zog, dass die „Junker als soziale Klasse ... nichts anderes als die Vertreter einer vor- und antikapitalistischen Großgutswirtschaft“ sind.⁸

Die führenden Marxisten zogen keine ernstlichen Schlussfolgerungen aus den Veröffentlichungen der Bürgerlichen, denn pauschal formuliert galt ihnen das allmähliche Eindringen kapitalistischer Elemente in die ostelbischen Gutswirtschaften schon als Sieg der Profitproduktion. Auch zum Kleinbürgertum in Land und Stadt, das mehr als die Hälfte der Bevölkerung umfasste, gab es keine näheren Untersuchungen.

Luxemburg selber befasste sich in einer Reihe von Arbeiten mit wirtschaftlichen Fragen und veröffentlichte 1913 ihr mehrere hundert Seiten umfassendes ökonomisches Hauptwerk über „Die Akkumulation des Kapitals“, einen „Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus“. Aber eine Analyse der Produktions- und Klassenverhältnisse in Deutschland sucht man bei ihr vergebens. Ihre Theorie beschränkte sich auf den Kosmos des Kapitals im allgemeinen bzw. auf den Widerspruch von Bourgeoisie und Proletariat als solchen. Das breite Klassenspektrum, das Deutschland an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert aufwies und das noch bis in die Nachkriegszeit nach 1945 Bestand hatte, fand in ihren Schriften keinen Widerhall.

Nach ihrem Urteil über das 1870 gegründete Deutsche Reich hatte die „wirtschaftliche Entwicklung ... die Umgestaltung der ganzen politisch-administrativen Staatsmaschine aus einem halb- oder ganzfeudalen in einen kapitalistischen Mechanismus“ herbeigeführt.⁹ Die kapitalistische Ökonomie hätte demzufolge fertig gebracht, woran die Bourgeoisie bis dahin gescheitert war: nicht durch den Kampf der Klassen, sondern *als Resultat der wirtschaftlichen Entwicklung sollte der (halb-) feudale preußisch-deutsche Staat bürgerlich geworden sein*. Was in Frankreich die Große Revolution erledigt hatte, sollte in Deutschland also die Bewegung des Kapitals bewirkt haben. An unterschiedlichen Stellen und in verschiedenen Variationen wiederholt, offenbarte sich in diesen Worten ein Verständnis des Marxismus, das Luxemburg mit der gesamten Sozialdemokratie teilte: diesem Verständnis zufolge war die gesellschaftliche Entwicklung ein einfaches Produkt der Entwicklung des Kapitals; die politische Herrschaft resultierte nicht aus dem Kampf der Klassen, sondern aus ökonomischen Gesetzmäßigkeiten.

⁸ Karuscheit 2014, S.53ff; Zitat S.60

⁹ Sozialreform oder Revolution; GW 1/1, S. 424)

Rosa Luxemburgs Revolutionsprogramm

Auf dem Boden dieser Marxismusinterpretation hatte sie keinen Grund, die gesellschaftspolitische Basis des Deutschen Reichs, den antagonistischen Klassenkompromiss von Junkertum und Bourgeoisie, näher zu untersuchen. Kontroversen um Steuerfragen und Weltpolitik, Schlachtflottenbau und Zollpolitik erschienen in dieser Sichtweise nicht als Ausdruck unterschiedlicher Klassenlagen sondern als einfache Interessenkonflikte zwischen verschiedenen Abteilungen derselben bürgerlichen Klasse, denn schließlich stand ja fest, dass Staat und Herrschaft aufgrund der Tätigkeit des Kapitals bürgerlich-kapitalistisch waren. Das Erfurter Programm war ebenso wie die Kladderadatsch-Theorie Bebels ein Produkt dieses Denkens.

Obwohl die Sozialdemokraten in der Realität regelmäßig mit der fortdauernden halbabsolutistischen Verfasstheit des Reichs und der Macht der Junkerkaste konfrontiert waren, blieb Luxemburg bis zum Schluss der Zauberformel der „kapitalistischen Entwicklung“ verhaftet – ein Begriff, der in ihren Veröffentlichungen immer wieder auftaucht, als Universalschlüssel an die Stelle der Klassenbeziehungen zwischen Junkertum und Bourgeoisie tritt und die vorhandenen Widersprüche regelmäßig wie ein *deus ex machina* in bürgerlichem Sinne auflöst.

Ende oder Weiterführung der bürgerlichen Revolution?

Damit verbunden war ein grundlegendes historisch-politisches Unverständnis der bürgerlichen Revolution. Die fehlgeschlagene Revolution von 1848/49 hatte in Deutschland vor einer doppelten Aufgabenstellung gestanden, denn sie musste durch den Sturz des reaktionären Preußentums nicht nur die Demokratie erkämpfen, sondern auch einen Nationalstaat. Beides war miteinander verbunden, weil der in Preußen herrschende Kleinadel ein entschiedener Gegner nicht nur der Demokratie war, sondern auch eines Nationalstaats, in dem Preußen aufgehen würde.

Doch dann war Bismarck zwanzig Jahre später gelungen, was niemand für möglich gehalten hatte, Marx und Engels eingeschlossen. Indem er Preußen dazu brachte, durch den Einsatz seiner Armee in den deutschen Einigungskriegen einen Nationalstaat zu schaffen, konnte er die Bourgeoisie spalten, ihren rechten, schwerindustriell fundierten Flügel auf seine Seite ziehen und die Vorherrschaft der Junker auf Jahrzehnte sichern. Der 1866-1870 zustande gekommene Klassenkompromiss erlaubte ein verstümmeltes Parlament und gewährte den bürgerlichen Kräften eine Beteiligung an der Macht, schloss sie aber von deren inneren Kern aus. Das Heer blieb als entscheidendes Machtinstrument in der Hand des Militäradels, der mit Hilfe des Dreiklassenwahlrechts auch die Herrschaft in Preußen behielt, dem deutschen Hegemonialstaat.¹⁰ Die bürgerliche Revolution war also nicht beendet, sondern musste nach Erledigung ihres nationalen Aspekts *als demokratische Revolution* weitergeführt werden.

Im Erfurter Programm stand zu dieser Fragestellung nichts. Wozu auch? Wenn man die bürgerliche Revolution rein ökonomisch auffasste, war sie mit der Reichsgründung vollendet worden, denn damit war im Interesse des Kapitals ein großer nationaler Binnenmarkt ohne Zollgrenzen entstanden, mit einer gemeinsamen Währung

¹⁰ Karuscheit 2014, S.24-40, 90-121

und einheitlichen Normen, rechtlich kodifiziert durch das Bürgerliche Gesetzbuch und das Handelsgesetzbuch. Demzufolge bestand für ihre Weiterführung keine Notwendigkeit mehr, so dass Kautsky in seiner Schrift „Der Weg zur Macht“ ohne weitere Erläuterung feststellen konnte, was in der SPD Allgemeingut war, nämlich dass die deutsche bürgerliche Revolution 1870 ihr Ende erreicht hatte.

Ein ideologisches Konstrukt

Was Russland anging, stand für Luxemburg fest, dass die Zurückgebliebenheit des Landes eine bürgerliche Revolution erforderlich machte. Anders sah es für sie in Deutschland aus, denn hier hatte sich inzwischen mit der Entwicklung des Kapitals die Demokratie erschöpft, wie sie meinte. Nachdem sie, wie oben zitiert, festgestellt hatte, dass die wirtschaftliche Entwicklung den feudalen Staat in bürgerlich-kapitalistischem Sinn umgewandelt hätte, fuhr sie fort, dass diese Umgestaltung „geschichtlich von der Demokratie unzertrennlich“ gewesen sei. Inzwischen sei die bürgerliche Umgestaltung des Staates jedoch vollendet und deshalb die Demokratie überflüssig geworden – „die rein demokratischen Ingredienzien des Staatswesens, das allgemeine Stimmrecht, die republikanische Staatsform“ könnten gefahrlos verschwinden, ohne einen Rückfall des Staatsapparats in „vormärzliche“ Feudalstrukturen befürchten zu müssen.¹¹ Deshalb bestand hier eine andere Aufgabenstellung als in Russland, wie sie meinte: „Gerade weil die bürgerliche Rechtsordnung in Deutschland längst besteht, weil sie also Zeit hatte, sich gänzlich zu erschöpfen und auf die Neige zu gehen, weil die bürgerliche Demokratie und der Liberalismus Zeit hatten auszusterben, kann von einer *bürgerlichen* Revolution in Deutschland nicht mehr die Rede sein. Und deshalb kann es sich ... als letztes geschichtlich notwendiges Ziel nur noch um die *Diktatur des Proletariats* handeln.“¹²

Diese Aussage ignorierte, dass entscheidende Teile der bürgerlichen Rechtsordnung wie etwa das Streik- und Koalitionsrecht für Landarbeiter keine Geltung besaßen und auf den großen Gütern Ostelbiens anstelle bürgerlicher Freiheiten halbe Leibeigenschaftsverhältnisse herrschten. Vor allem aber: welche bürgerliche Demokratie sollte in Deutschland existiert haben, die mittlerweile überholt war und deshalb vom Sozialismus abgelöst werden musste? Ein Grundcharakteristikum Preußens bzw. Preußen-Deutschlands war, dass die Entwicklung der großen Industrie hier *nicht* zur Machtübernahme durch die Bourgeoisie und zur Durchsetzung einer demokratisch-bürgerlichen Herrschaft geführt hatte, sondern mit der Fortdauer eines junkerlich beherrschten Militär- und Obrigkeitsstaats einher ging. Während in Großbritannien und Frankreich die Parlamente das Zentrum der bürgerlichen Herrschaft bildeten, war der Reichstag in Deutschland ein Pseudoparlament ohne Macht. Weder konnte er die Regierung wählen noch über Krieg und Frieden bestimmen noch die Armee befehligen noch die Macht Preußens überwinden. Er war und blieb nach einem Wort von Marx ein Feigenblatt, mit dem der Halbabsolutismus seine eigene Blöße verdeckte. Der von Luxemburg angenommene Gleichklang von kapitalistischer Entwicklung und bürger-

¹¹ Sozialreform oder Revolution; GW 1/1, S. 424

¹² Massenstreik, Partei und Gewerkschaften, 1906; GW 2, S.153; Hervorhebung im Original

Rosa Luxemburgs Revolutionsprogramm

licher Demokratie war ein ideologisches Konstrukt, das die gesellschaftliche Realität ignorierte und sich aus der Logik des Kapitals ableitete.

Für sie ergab sich auf dieser Basis allerdings noch eine weitergehende Konsequenz: Weil der Kapitalismus in Deutschland weiter fortgeschritten war als in Großbritannien oder Frankreich, musste in der Logik dieses Denkens auch die gesellschaftlich-politische Entwicklung – und das hieß in diesem Fall: der Verfall der Demokratie – weiter vorangeschritten sein. Die politische Zurückgebliebenheit des Kaiserreichs war also kein Beweis für die bislang ausgebliebene bürgerliche Revolution, sondern dafür, dass die Errichtung einer proletarisch-sozialistischen Herrschaft nahe gerückt war, näher als in den bürgerlichen Staaten des Westens.

2. Schiefe Fronten: Bernstein und die Verpreußung der SPD

In Russisch-Polen aufgewachsen und 1894 Mitgründerin der Sozialdemokratie des Königreichs Polen, zog Luxemburg 1898 nach Deutschland, wurde Mitglied der SPD und geriet sofort in den gerade beginnenden „Revisionismusstreit“ mit Eduard Bernstein.

Der Weggefährte von Friedrich Engels und Ko-Autor des Erfurter Programms hatte in einer Artikelserie in der Neuen Zeit, dem Theorieorgan der SPD, das Kernstück der politischen Strategie der SPD angegriffen – das Warten auf den wirtschaftlichen Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaft und auf das sozialistische Endziel. Er wies auf die Kluft hin „hier die kapitalistische, dort die sozialistische Gesellschaft“, die der sozialdemokratischen Politik zugrunde lag, und vermerkte, dass diese Kluft von vielen Parteimitgliedern gar nicht als Problem wahrgenommen werde, für sie müsse „die ökonomische Entwicklung ... über alle theoretischen Schwierigkeiten hinweghelfen.“¹³ Aufgabe der SPD sei es jedoch, nicht bloß auf die künftige Katastrophe der bürgerlichen Gesellschaft zu warten, sondern hier und heute Politik zu betreiben.

Um den Graben zwischen kapitalistischer Gegenwart und sozialistischem Zukunftsstaat zu überbrücken, rückte er den demokratischen Kampf ins Zentrum; er forderte, die Arbeiterklasse „zur Demokratie auszubilden, und für alle Reformen im Staate zu kämpfen, welche geeignet sind, ... das Staatswesen im Sinne der Demokratie umzugestalten.“¹⁴ In diesem Zusammenhang prägte er seinen wohl bekanntesten Ausspruch „die Bewegung ist alles, das Ziel ist nichts“, um damit auszudrücken, dass eine demokratische Gegenwartspolitik wichtiger sei als das ferne Sozialismusziel.

Er wies darauf hin, dass der im KAPITAL und im Erfurter Programm vorhergesagte Untergang der kleinen Warenproduzenten in Deutschland bislang nicht eingetreten sei und das industrielle Proletariat weiterhin eine Minderheit bildete. Eine weitergehende Untersuchung der Klassen- und Herrschaftsverhältnisse in Deutschland nahm er nicht vor und stellte auch keine Überlegungen zum Verhältnis von bürgerli-

¹³ Bernstein: Probleme des Sozialismus, zitiert in: Brie, S. 62 = www.marxists.org/deutsch/referenz/bernstern/1896/xx/utopismus.html

¹⁴ Bernstein 1969, S. 11

cher und sozialistischer Revolution an. Er ging davon aus, dass die angestrebte Demokratisierung des Kaiserreichs ohne Revolution auf parlamentarisch-friedlichem Weg zu erreichen sei und wollte aus der SPD eine *demokratisch-sozialistische Reformpartei*, d.h. eine bürgerlich-reformistische Arbeiterpartei machen.¹⁵

Sozialistischer und demokratischer Kampf

Seine Ablehnung der „Kladderadatsch“-Politik des Abwartens auf den wirtschaftlichen Zusammenbruch stellte eine offene Herausforderung des von Bebel und Kautsky geführten Parteizentrums dar, das darauf mit einer Kritikkampagne gegen den „Revisionismus“ reagierte. In dieser Debatte war die soeben in Deutschland angekommene Luxemburg, die sich in ihrer polnischen Heimat einen Namen als streitbare Publizistin gemacht hatte, eine willkommene Bundesgenossin für den Parteivorstand, der ihr freie Hand für die Auseinandersetzung mit Bernstein gab.

Neben anderen Artikeln verfasste sie in der Hauptsache die umfangreiche Schrift „Sozialreform oder Revolution?“, worin sie die von Bernstein vorgebrachten Argumente für das friedliche Hineinwachsen der Gesellschaft in den Sozialismus auf jede erdenkliche Art und Weise zerpflückte. Allerdings tat sie dies lediglich auf allgemeiner Ebene und leitete die Unmöglichkeit eines parlamentarisch-friedlichen Sturzes der Herrschaftsordnung nicht aus der konkreten Verfasstheit des preußisch-deutschen Staats her.

Das Junkertum befand sich im Niedergang. Aufgrund der mangelnden Produktivität der ostelbischen Gutswirtschaften war das dort angebaute Getreide auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähig, und um ihre Zukunft zu sichern, benötigten die Junker den Staat in zweifacher Hinsicht: Zum einen musste er die Schutzzölle verhängen, die ihr Getreide vor der Auslandskonkurrenz schützten, und zum andern waren ihre nicht gutsbesitzenden Mitglieder angewiesen auf eine Tätigkeit im Staatsapparat, vor allem im Heer, das sie als Militäradel beherrschten. Bei Strafe des Untergangs mussten sie ihre Vorherrschaft über den Staat bewahren, und es bestand wenig Zweifel, dass sie daran unter Einsatz aller Mittel festhalten würden. Im Grundsatz hatte Luxemburg daher recht gegen Bernstein, dass ein Umsturz der Machtverhältnisse nur auf *revolutionärem* Weg möglich war – nur musste dieser Weg *revolutionär-demokratisch* sein.

Bei der Gelegenheit schrieb sie über das Verhältnis zwischen demokratischem und sozialistischem Kampf, dass die politische und rechtliche Wand zwischen der kapitalistischen und der sozialistischen Gesellschaft „durch die Entwicklung der Sozialformen wie der Demokratie nicht durchlöchert, sondern umgekehrt fester und höher gemacht“ würde.¹⁶ Diese Aussage musste als Absage an den Sinn des demokratischen Kampfs überhaupt verstanden werden. Bei der Formierung eines revolutionären Flügels in der SPD spielte ihre Schrift eine wichtige Rolle.

¹⁵ Bernstein 1969, S.196

¹⁶ GW 1/1, S.400

Die unbegriffene „Verpreußung“ der Arbeiterpartei

Gegen die gemeinsame Front des Parteizentrums und der Linken hatten Bernstein und seine Anhänger keine Chance. Rückhalt hatte der „Revisionismus“ vor allem im Süden des Landes, wo die deutschen Teilstaaten seit den Napoleonischen Kriegen bürgerlichen Zuschnitt trugen. In der Sozialdemokratie Preußens und der SPD als Ganzes war der Bernstein-Flügel zu keinem Zeitpunkt mehrheitsfähig und Bernstein selber spielte weder vor noch nach dem Krieg eine maßgebliche Rolle. Auf dem Dresdner Parteitag der SPD im September 1903 ließ Bebel eine Resolution verabschieden, welche die revisionistischen Bestrebungen „auf das entschiedenste“ verurteilte und proklamierte, dass es keinen Anlass gebe, „unsere bisherige bewährte und sieggekrönte, auf dem Klassenkampf beruhende Taktik ... zu ändern“. Wie die „bewährte Taktik“ konkret aussehen sollte, stand in der Resolution nicht.

Wie die englischen und französischen Sozialisten näherte sich auch die deutsche Sozialdemokratie in der Vorkriegszeit dem Staat an. Aber Frankreich und Großbritannien waren parlamentarisch regierte Länder mit einer gelungenen bürgerlichen Revolution, weshalb die Annäherung hier zur *Verbürgerlichung* der Arbeiterparteien führte. Dagegen hatte die SPD es nicht mit einem bürgerlichen Gemeinwesen zu tun, sondern mit einem vorbürgerlichen Militär- und Obrigkeitsstaat, weshalb sie einer schleichenden *Verpreußung* unterlag, wie der Historiker Arno Klönne diesen Prozess bezeichnete. Statt zu einer bürgerlich-reformistischen Arbeiterpartei à la Bernstein zu werden, setzte sich in der deutschen Sozialdemokratie der Geist eines *preußischen Staatssozialismus* durch, der sich im Weltkrieg und sodann in der Novemberrevolution geltend machte.¹⁷

Trägerinnen dieser Entwicklung waren u.a. die Gewerkschaften. Da der preußisch-deutsche Staat anders als in Frankreich oder Großbritannien nicht von der Bourgeoisie beherrscht war, konnte er den Arbeitern auf dem Gebiet der Sozialpolitik entgegenkommen und den Gewerkschaften als Kooperationspartner erscheinen. So wurden hier schon früh Arbeiter-Sozialversicherungen für Krankheit und Alter geschaffen, die als Vorfeldorganisationen des eigentlichen Staatsapparats die Arbeiter gemäß dem Willen Bismarck an den monarchischen Staat heranführen sollten. 1910 war ungefähr jedes achte Parteimitglied der SPD in ihnen sowie in anderen halbstaatlichen Einrichtungen engagiert.

In diesem Zusammenhang bemerkte der Parteivorsitzende Bebel en passant in einer Rede auf dem SPD-Parteitag 1910: "Es gibt keinen zweiten, dem preußischen ähnlichen Staat, aber wenn wir einmal diesen Staat in der Gewalt haben, haben wir alles. ... im Süden versteht man nicht diesen Junkerstaat in seiner ganzen Schönheit."¹⁸ Mit einigem Wohlwollen konnte man die Bemerkung als Ausrutscher verstehen. Aber abgesehen davon, dass Bebel selber betonte, dass er diese Ansichten vom Staat schon mehrfach geäußert hatte, dokumentierten seine Sätze die mittlerweile in

¹⁷ Karuscheit: Die SPD und der „Junkerstaat“, in: Karuscheit u.a. 2018; www.kommunistische-debatte.de, Rubrik „Novemberrevolution und Weimarer Republik“

¹⁸ Protokoll des SPD-Parteitags 1910, S. 250

der SPD dominierenden Vorstellungen über den sozialdemokratischen Zukunftsstaat: es ging nicht mehr um die Zerschlagung des alten und den Aufbau eines neuen Staatsapparats, sondern um die Übernahme des von Preußen geschaffenen Beamtenstaats. Am Ende des Kriegs realisierte die SPD-Führung diese Perspektive.

Überzeugt von der Allmacht der kapitalistischen Entwicklung, war Luxemburg blind für die preußisch-obrigkeitsstaatliche Durchdringung der Gesellschaft und das Hineinwachsen der Arbeiterbewegung in den Militär- und Beamtenstaat. Ihr entging, dass nicht der Bernstein-Flügel, sondern das Parteizentrum der entscheidende Träger einer Rechtsentwicklung war, welche die SPD zu einer preußisch-sozialpatriotischen Arbeiterpartei machte. Im Gegenteil trug die gemeinsame Frontstellung mit Bebel und dem Parteizentrum gegen Bernstein und den bürgerlichen Reformismus dazu bei, dass sie sich bis zuletzt weigerte, praktisch-politische Konsequenzen aus ihrer zunehmenden Kritik an der SPD-Führung zu ziehen.

3. Nach der russischen Revolution 1905

Als im Januar 1905 nach der Niederlage Russlands im Krieg gegen Japan die erste russische Revolution ausbrach, stellte Luxemburg das Auftreten der Arbeiterklasse in Petersburg und Moskau sofort ins Zentrum ihrer Publizistik und setzte alles daran, den deutschen Arbeitern die Aktionen ihrer russischen Kollegen nahe zu bringen. Ende des Jahres reiste sie in der Überzeugung, dass die revolutionäre Bewegung weitergehen würde, nach Warschau, um ihre Genossinnen und Genossen vor Ort zu unterstützen. Jedoch war der Höhepunkt der Bewegung bereits überschritten und im März 1906 wurde sie verhaftet. Im Juli wieder freigekommen, fuhr sie zunächst nach Finnland, um dort persönlichen Kontakt mit den russischen Revolutionären aufzunehmen, und traf hierbei auch mehrfach mit Lenin zusammen.

Nach Deutschland zurückgekehrt, machte sie sich an die Auswertung der revolutionären Ereignisse. Ihre erste Schlussfolgerung war, dass sich ein Epochenwechsel ankündigte: „Mit der russischen Revolution schließt die nahezu 60jährige Periode der ruhigen, parlamentarischen Herrschaft der Bourgeoisie“, schrieb sie, und „geraten wir ... in die -Übergangsperiode von der kapitalistischen zur sozialistischen Gesellschaft.“¹⁹ Eine längere Periode parlamentarischer Herrschaft der Bourgeoisie, auf die sie sich zur sozialistischen Begründung des Epochenwechsels berief, hatte es jedoch lediglich in Frankreich und Großbritannien gegeben und *nicht in Deutschland*. Ihre Behauptung implizierte, dass die deutsche Bourgeoisie aufgrund der Auswirkungen von 1848 wie auch immer zur parlamentarischen Macht gelangt wäre. Das unterstellte sie regelmäßig auch bei anderen Gelegenheiten, indem sie etwa die gescheiterte deutsche Märzrevolution mit der siegreichen französischen Revolution in eine Reihe stellte.²⁰ Die Basis für diese Gleichsetzung ergab sich aus ihrer Überzeugung vom Gleichklang zwischen kapitalistischer Entwicklung und bürgerlicher Herrschaft.

¹⁹ Die russische Revolution, 1906; GW 2, S.9

²⁰ Die Theorie und die Praxis, 1909/10; GW 2, S.401

Vor einer neuen Epoche in Europa

Ihr Fehltrail in dieser Frage änderte nichts daran, dass die russische Revolution in der Tat eine neue Epoche ankündigte, die sich mit der Oktoberrevolution 1917 endgültig Bahn brach. Nur war deren Inhalt nicht der Übergang zum Sozialismus, wie Luxemburg meinte, sondern *die Durchsetzung der bürgerlichen Revolution in der Mitte und im Osten Europas, also dort, wo es noch keine bürgerliche Revolution gegeben hatte*.

Bislang hatte diese Revolution lediglich in Großbritannien und Frankreich gesiegt, wogegen sie im restlichen Europa noch ausstand und hier unter neuartigen Bedingungen ausgefochten werden musste. Im Westen hatten die Revolutionen zu einer Zeit stattgefunden, als das Proletariat erst im Entstehen begriffen war und den bürgerlich-kleinbürgerlichen Kräften im Kampf gegen die Feudalherrschaft als Manövriermasse bzw. Hilfstruppe dienen konnte. Doch mit dem Voranschreiten der Industrialisierung in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts bekam die Bourgeoisie es mit einer zahlenmäßig gewachsenen und politisch selbständig agierenden Arbeiterklasse zu tun, was zur Folge hatte, dass sie sich von „ihrer“ Revolution verabschiedete und es vorzog, die Aussöhnung mit den alten Mächten zu suchen.

Für Russland konstatierte Luxemburg „die merkwürdige, widerspruchsvolle geschichtliche Situation“, dass dort die „bürgerliche Revolution in erster Linie von einem modernen, klassenbewussten Proletariat ausgeführt wird“, welches „das führende und treibende Element (ist), während die großbürgerlichen Schichten teils direkt konterrevolutionär, teils schwächlich-liberal“ gesinnt sind.²¹ Dieses Urteil war richtig. Indessen lag im Deutschen Kaiserreich wesentlich dieselbe „widerspruchsvolle geschichtliche Situation“ vor, die Luxemburg für Russland konstatierte, denn auch hier war die Bourgeoisie gespalten und strebte keine Revolution mehr an. Unter der Hegemonie ihres rechten, schwerindustriell fundierten Flügels hatte sie sich mit dem preußischen Gutsadel und dem Halbabsolutismus verbündet, um die anwachsende Arbeiterbewegung niederzuhalten und eine demokratische Umwälzung zu verhindern.²²

Lenin gelangte aufgrund des Auftretens der russischen Bourgeoisie in der Revolution von 1905 zu der Auffassung, dass im Zarenreich „der Sieg der bürgerlichen Revolution als Sieg der Bourgeoisie unmöglich“ sei; er müsse durch eine Koalition von Proletariat und Bauernschaft erkämpft werden, mit einer „revolutionär-demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft“ als Ziel.²³ Mit dieser Perspektive einer demokratischen Volksrevolution unter Führung des Proletariats im Bündnis mit dem Kleinbürgertum (in Russland der Bauernschaft) formulierte er eine für den Marxismus grundlegend neue Strategie.

²¹ Massenstreik, Partei und Gewerkschaften, 1906; GW 2, S.147

²² Die 1884 verabschiedete „Heidelberger Erklärung“ der Nationalliberalen dokumentierte diesen Umschwung. Darin erklärte die Führungspartei der Bourgeoisie den Verzicht auf weitere Schritte zur Parlamentarisierung und den Willen zur unbedingten Zusammenarbeit mit Bismarck, um „den Gefahren der Revolution“ zu begegnen (Karuscheit 2014, S.113f).

²³ Lenin: Zur Einschätzung der russischen Revolution, April 1908; LW 15, S.45ff

Diese Strategie musste nicht nur in Russland, sondern auch in den anderen nicht-bürgerlichen Ländern Europas Anwendung finden. Das galt insbesondere für das Deutsche Reich. Bürgerlich würde diese Revolution deshalb sein, weil sie gegenüber dem städtischen und ländlichen Kleinbürgertum das bürgerliche Privateigentum an Produktionsmitteln und dessen Bewegungsgesetze anerkennen musste. „Und diese Anerkennung erfolgt nicht auf Grund einer falsch verstandenen politischen Großzügigkeit des Proletariats, sondern weil das Proletariat im 20. Jahrhundert die politische Macht nicht anders erobern konnte als im Bündnis mit der Masse des Kleinbürgertums.“²⁴ Indem es die im historischen Prozess unumgängliche Etappe der bürgerlichen Revolution anerkannte und seine eigene Strategie daran ausrichtete, erhielt es die Möglichkeit, an die Macht zu gelangen und sich einen Weg zum Sozialismus zu öffnen.

Für Massenstreiks und einen Politikwechsel

Aufgrund der Erkenntnis, dass die russische Revolution einen Gezeitenwechsel ankündigte und eine Zeit ruhiger Entwicklung durch eine Periode offener Klassenauseinandersetzungen abgelöst wurde, forderte Luxemburg die deutsche Sozialdemokratie zu einem Politikwechsel auf. Nachdem in Russland politische Massenstreiks der Arbeiter den Zarismus in die Defensive gedrängt und zum Versprechen von mehr demokratischen Rechten, einer neuen Duma (Parlament) sowie einer Amnestie für politische Häftlinge und Emigranten gezwungen hatten, machte sie sich daran, den Einsatz dieses Kampfmittels auch für Deutschland zu propagieren, u.a. um das preußische Dreiklassenwahlrecht zu Fall zu bringen. Diesem Ziel widmete sie sich in den folgenden Jahren in einer Vielzahl von Reden, Artikeln und Broschüren.

Das Eintreten für eine energischere Demokratiepoltik brachte sie in wachsenden Widerspruch zum sog. Parteizentrum und damit auch zum Parteivorsitzenden Bebel. Als Mitbegründer der SPD hatte dieser die Arbeiterpartei durch die Zeit des Sozialistengesetzes geführt und nahm in ihr eine unangefochtene Stellung ein. Doch von den großen strategischen Fragen hielt er sich fern und hatte dem Sog der Verhältnisse, der die Arbeiterpartei an den preußisch-deutschen Staat heran führte, weder theoretisch noch politisch etwas entgegenzusetzen, was über die Kladderadatsch-Theorie hinausging. Als klassischer Vertreter einer Politik des „Mittelwegs“ sah er seine Hauptaufgabe darin, die Partei zusammenzuhalten, um für den Tag X gerüstet zu sein. Bis dahin galt es, so sein stehender Ausspruch, das „Pulver trocken zu halten“, d.h. einen strikt legalen Kurs zu verfolgen und Partei und Gewerkschaften geduldig aufzubauen – was in der Realität eine zunehmende Annäherung an den gegebenen Staat bedeutete.

Die Stellung zu politischen Massenstreiks war beispielhaft für sein Vorgehen. Als immer mehr Anhänger der Sozialdemokratie, angespornt durch das russische Vorbild, Sympathien für politische Streiks äußerten, sprach er sich auf dem Jenaer Parteitag im September 1905 gegen den Protest der Gewerkschaften für derartige Streiks aus,

²⁴ Alfred Schröder: Der russische Oktober – die Geburtsstunde der kommunistischen Bewegung; in: AzD 67/1999, S.8f

Rosa Luxemburgs Revolutionsprogramm

allerdings nur zur Abwehr eines Angriffs auf das allgemeine Wahlrecht und ausdrücklich *nicht zur Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts*. Kurz darauf traf er eine Absprache mit der Gewerkschaftsführung, die politische Streiks an deren Zustimmung band, und ließ diese Vereinbarung auf dem Mannheimer Parteitag 1906 billigen. Damit hatte er sowohl den Schulterschluss mit den Gewerkschaften wieder hergestellt als auch das Streikproblem generell aus der Welt geschafft, denn die Gewerkschaftsführung ließ keinen Zweifel daran, dass sie politische Streiks grundsätzlich ablehnte.

Rechtsruck der SPD 1907

Bei der Reichstagswahl 1907 erlitt die SPD nach einem Wahlkampf, der von den konservativen und liberalen Parteien des „Bülow-Blocks“ unter aggressiv nationalistischen und imperialistischen Parolen geführt worden war, eine heftige Niederlage – zumindest wenn man die Zahl der Parlamentssitze als Maßstab anlegte. Sie gewann zwar Stimmen hinzu, doch zum ersten Mal ging die Zahl ihrer Reichstagsmandate aufgrund der Wahlkreisabsprachen zwischen den gegnerischen Parteien von 81 auf 43 zurück. Als Reaktion darauf vollzog die Parteiführung einen Rechtsruck.

Anlässlich der Beratung des Rüstungshaushalts 1907 plädierte Gustav Noske als militärpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Reichstag dafür, dass Deutschland „möglichst wehrhaft“ sein müsse und wurde dabei von der Mehrheit der Fraktion unterstützt. Er verlangte ein positives Interesse „an den militärischen Einrichtungen, die zur Verteidigung unseres Vaterlandes notwendig sind“, und bekräftigte als Aufgabe der deutschen Sozialdemokraten, dafür zu sorgen, dass das deutsche Volk von keinem anderen Volk „an die Wand gedrückt“ würde.²⁵ Als es daraufhin vom linken Parteiflügel einen Proteststurm gab, stellte sich Bebel ohne Vorbehalt auf die Seite des Angegriffenen und erklärte, dass die Rede Noskes seine „Zustimmung und Anerkennung“ gefunden habe. Noskes Auftreten und seine Verteidigung durch Bebel dokumentierten, in welchem Ausmaß die preußisch-sozialpatriotische Entwicklung in der SPD mittlerweile vorangeschritten war, die 1914 in die Kriegsunterstützung durch die SPD und 1918/19 in die Zusammenarbeit mit dem Militäradel zur Niederschlagung der Novemberrevolution mündete.

Als Kritiker Noskes und Vertreter einer antimilitaristischen Politik tat sich insbesondere Karl Liebknecht hervor und geriet deswegen in heftige Auseinandersetzungen mit dem Parteivorstand, der sich weigerte, seine Antimilitarismusbroschüre für die Jugend zu verbreiten. Dagegen äußerte Luxemburg sich zu dieser Frage überhaupt nicht. Nur bei einer Gelegenheit im Jahre 1913 kritisierte sie nebenher Bebels Standardsatz, dass er bei einem Krieg mit Russland noch persönlich die Flinte auf den Buckel nehmen würde.²⁶ Mehr ist zu dieser Frage bei ihr nicht zu finden.

²⁵ Zitate in: Wette 2008, S.80

²⁶ Die weltpolitische Lage, 27.Mai 1913; GW 3, S.214

Massenbewegung gegen das Dreiklassenwahlrecht

Nachdem die preußische Sozialdemokratie sich aufgrund der ungleichen Stimmenwertung lange geweigert hatte, an den Dreiklassen-Wahlen in Preußen überhaupt teilzunehmen, zog sie bei der Wahl 1908 zum ersten Mal in den Berliner Landtag ein und agitierte von dort aus gegen das reaktionäre Wahlgesetz, das die Arbeitermassen im wichtigsten Teilstaat des Reichs von der politischen Mitwirkung ausschloss.

Als der soeben ins Amt gekommene Reichskanzler Bethmann Hollweg Anfang 1910 eine Reformvorlage zur Auflockerung des Preußenwahlrechts einbrachte (die er nach vier Monaten unverrichteter Dinge wieder zurückziehen musste), kam es zu einer breiten Wahlrechtsbewegung, die von Protestversammlungen und Straßendemonstrationen bis hin zu politischen Halbtagesstreiks reichte. Der aufflammende demokratische Kampf brachte auch die Forderung nach einer Republik aufs Tapet, die das Erfurter Programm im Bemühen um Legalität peinlichst vermieden hatte. Deren Losung, so verlangte Luxemburg von der Parteiführung, sollte jetzt zu einem Hauptpunkt der Agitation werden.²⁷ Sie unterstützte die demokratisch-politischen Aktivitäten sowohl publizistisch als auch durch Auftritte in einer Vielzahl von Veranstaltungen. Ohne das zu thematisieren, verabschiedete sie sich dabei von der Aussage in ihrer Bernstein-Kritik, dass der demokratische Kampf ein Hemmnis für den sozialistischen Kampf sei.

Nach außen befürwortete der Parteivorstand das Vorgehen gegen das Dreiklassenwahlrecht. Hinter den Kulissen vereinbarte er jedoch mit der Gewerkschaftsführung, politische Streiks für die Beseitigung des preußischen Wahlrechts zu verhindern und die Wahlrechtsbewegung auf Versammlungen, Denkschriften und die „bewährten Mittel“ des parlamentarischen Kampfs zu beschränken.²⁸ Ebenso ging Karl Kautsky vor. Theoretisch sprach er sich für Massenstreiks und eine demokratische Republik aus (so in „Der Weg zur Macht“, 1910). Politisch-praktisch wandte er sich auf der Linie des Parteivorstands dagegen, derartige Forderungen aktiv zu propagieren, weil sie die Einheit der Partei und die notwendige Ruhe vor der nächsten Reichstagswahl gefährden würden; die SPD müsse die Macht der Gegner langfristig durch eine Ermattungsstrategie unterminieren. Deshalb verweigerte er auch den Abdruck von Artikeln Luxemburgs zu diesem Thema in der Neuen Zeit.²⁹

Dagegen plädierte Bernstein offensiv für Massenstreiks zur Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts und handelte sich deswegen die Feindschaft der Gewerkschaften ein. Doch Luxemburg ignorierte weiterhin, dass nicht das bürgerlich-reformistische Demokratisierungskonzept Bernsteins, sondern das Hineinwachsen der Sozialdemokratie in den preußisch-deutschen Militär- und Obrigkeitsstaat die entscheidende Herausforderung bildete.

²⁷ Zeit der Aussaat, März 1910; GW 2, S.300ff

²⁸ Laschitza / Radczun, S.214ff

²⁹ Laschitza, S.334ff

Schonung des Parteivorstands und Spontaneitätsdenken

Sie begann nun, die Führung der Sozialdemokratie offen zu attackieren.³⁰ Sie griff den „bürokratischen Konservatismus der führenden Gewerkschaftskreise“ an, kritisierte die Unterwerfung des Parteivorstands unter die Forderungen der Gewerkschaften und bezeichnete das sog. marxistische Zentrum als „Sumpf“, gegen dessen „geistigen Konservatismus“ man vorgehen müsse.³¹ Weiter ging sie jedoch nicht. Im Vorgehen der Parteiführung erkannte sie keine politische Linie, mit der man sich prinzipiell auseinandersetzen musste, sondern betrachtete es als bloße Bremserei, als ärgerlichen Fehler, den die Parteimassen rechtzeitig von sich aus korrigieren würden. Sobald die revolutionäre Periode sich entfaltete, so ihre Meinung, würde „kein Bremsen der Parteiführer viel auszurichten imstande sein, dann schiebt die Masse ihre Führer, die sich dem Sturm der Bewegung widersetzen, einfach auf die Seite.“³²

Hinter dieser Hoffnung auf das intuitiv richtige Handeln der Massen steckte eine Spontaneitätstheorie, die sie „das historische Wesen des proletarischen Klassenkampfes“ darin erblicken ließ, „dass die proletarische Masse keine ‚Führer‘ im bürgerlichen Sinne braucht, dass sie sich selbst Führer ist“.³³ Unausgesprochen war die Voraussetzung dieses Spontaneitätsdenkens ihre Überzeugung, dass die Sozialdemokratie unter Führung Bebels und Kautskys nach wie vor eine revolutionäre Partei war. Demzufolge würde der „Sumpf“, der sich in der Führung und leider auch im Parteileben ausbreitete, mit der Verschärfung des Klassenkampfes von selbst abgestoßen werden, weil er dem Proletariat wesensfremd war. Deshalb zügelte sie im Vertrauen auf die proletarischen Selbstheilungskräfte ihre Kritik an der Parteiführung und harrte bis zuletzt in der SPD aus.

Doch wie sollten die Arbeiter „spontan“ zu den richtigen Überzeugungen gelangen, wenn die Revolutionäre die maßgeblichen Fragen nicht schon vorher aufgeworfen und die anstehenden Alternativen vorgezeichnet hatten? Ihrer praktischen Zurückhaltung haftete ein seltsam unpolitischer, abstrakter Optimismus an, der dazu führte, dass die revolutionäre Arbeiterbewegung im entscheidenden Moment ohne Organisation da stand.

4. Der Weg in den Krieg

Nach der russischen Revolution von 1905 hatte sie das Herannahen einer neuen revolutionären Epoche konstatiert, die neben Russland insbesondere das Deutsche Kaiserreich erfasste.

Im Jahr 1909 sprengte ein Steuerstreit über die Finanzierung der (bürgerlichen) Schlachtflotte das langjährige Reichstagsbündnis von Konservativen und Nationalliberalen und ließ den Klassenkompromiss von Bourgeoisie und Junkertum zerbren-

³⁰ Die Theorie und die Praxis, 1910; GW 2, S.378ff; Die totgeschwiegene Wahlrechtsdebatte, 1910; GW 2, S.437ff

³¹ Nach dem Jenaer Parteitag, 1913; GW 3, S. 345, 351ff

³² Die Theorie und die Praxis, 1910; GW 2, S.419

³³ Wieder Masse und Führer, 1911; GW 3, S.42

chen, der die innere Stabilität des Kaiserreichs bis dahin gesichert hatte.³⁴ Die Erschütterung des staatspolitischen Gefüges des Kaiserreichs hatte zur Folge, dass der Staat unregierbar wurde; die neue Regierung Bethmann Hollweg war auf den wichtigsten Politikfeldern handlungsunfähig. Zugleich führte das Auseinanderfallen des „Bülow-Blocks“ aus konservativen und bürgerlichen Parteien dazu, dass die SPD nach ihrer Niederlage 1907 nunmehr bei der Wahl 1912 fast ein Drittel der Reichstagsitze erobern und sich der Illusion hingeben konnte, bald auf friedlich-parlamentarischem Weg an die Macht zu gelangen. Vor allem aber geriet infolge der Staatskrise die bisherige Vorherrschaftsstellung der Junker immer mehr ins Wanken, bis diese keinen anderen Ausweg mehr als die Flucht in einen Krieg sahen, der wie die Reichseinigungskriege ihre Macht durch einen großen militärischen Sieg auf unabsehbare Zeit sichern sollte.

In den Schriften Luxemburgs findet sich zu dem Hegemoniebruch und der folgenden Staatskrise nichts. Weder analysierte sie den Bruch zwischen Konservativen und Nationalliberalen noch bewertete sie den Kanzlerwechsel von Bülow zu Bethmann, obwohl Bethmann eine grundlegend andere Außenpolitik verfolgte als sein Vorgänger (er war ein Gegner der Welt- und Schlachtflottenpolitik und bemühte sich um einen Ausgleich mit Großbritannien). Ebenso wenig äußerte sie sich zu der zunehmenden Isolierung der Junkerpartei im Reichstag. Wie sollte sie die Tragweite der Ereignisse auch nachvollziehen, wenn sie von bürgerlichen Herrschaftsverhältnissen im Kaiserreich überzeugt war und die Parteien der Konservativen und Liberalen nicht als politische Vertretungen unterschiedlicher Klassen begriff, sondern als unterschiedliche Fraktionen derselben bürgerlichen Klasse? Daher konnte sie weder erkennen, wie sich die im Innern unlösbaren Widersprüche einen Weg nach außen bahnten, noch war sie in der Lage, den Arbeitermassen ein tieferes Verständnis der politischen Entwicklung und der zunehmenden inneren und äußeren Spannungen nahezubringen.

Sie war wie die gesamte 2. Internationale fixiert auf „imperialistische“ Kriege, womit Kriege um Kolonialbesitz zwischen den ökonomisch entwickelten Staaten gemeint waren. Nach der Faschoda-Krise 1898 war die Marokkokrise 1911, in der Deutschland, Frankreich und Großbritannien an den Rand eines Kriegs gerieten, ein klassischer Fall dieses Imperialismus, wodurch die Warnungen der Sozialisten offenbar eine glänzende Bestätigung erfuhren. Die Konkurrenz um Kolonien bildete auch den Hauptanlass für die Beschlüsse der Internationale, in denen die Arbeiterparteien sich gegenseitig versicherten, einen Krieg gemeinsam zu verhindern.

In dieses Imperialismus-Bild passte ein Krieg zwischen Deutschland und Russland nicht hinein, denn zwischen beiden Staaten gab es keine Konflikte um koloniale Absatzmärkte – es gab überhaupt keine ernsthaften ökonomischen Konflikte. Deshalb konnte die SPD den Antikriegs-Resolutionen der 2. Internationale problemlos zustimmen und gleichzeitig den stillschweigenden Vorbehalt pflegen, dass diese Resolutionen für den Fall eines russisch-deutschen Kriegs keine Geltung besitzen würden.

³⁴ Karuscheit 2014, S.179ff

Rosa Luxemburgs Revolutionsprogramm

Luxemburg teilte die Imperialismusvorstellungen der 2. Internationale und versuchte nur, in ihrem ökonomischen Hauptwerk über die Kapitalakkumulation eine eigene Erklärung dieses Imperialismus zu geben.³⁵ Auf dem Boden dieser Theorie war kein Raum für die Erkenntnis, dass die entscheidende Kriegsgefahr, die in Deutschland heran reifte, aus dem Hegemoniebruch von 1909 resultierte, der das Junkertum sein Heil in einem Machtsicherungskrieg suchen ließ.

Bebel als Vaterlandsverteidiger

Nach dem Wahlsieg der SPD 1912 sowie einem fehlgeschlagenen Staatsstreichversuch schwenkte der Militäradel endgültig auf einen Kriegskurs ein, um seine Vorherrschaft zu sichern. Bis dato waren die Rüstungsausgaben für das Heer nur moderat gestiegen, weil jeder größere Ausbau die vermehrte Einberufung städtisch-proletarischer Rekruten notwendig gemacht hätte, wodurch die Zuverlässigkeit des Heeres bei einem Einsatz im Inneren in Gefahr geraten wäre. Doch jetzt musste das Heer im Hinblick auf einen Landkrieg aufgestockt werden, und deshalb brachte die Regierung 1913 einen Nachtragshaushalt für eine große Heeresvermehrung ein, die mit der Aufrüstung Russlands und Frankreichs begründet wurde.

Der nachgereichte Etatvorschlag wies eine augenfällige Besonderheit auf. Bis dahin hatten die Rüstungshaushalte immer sowohl das junkerliche Heer als auch die bürgerliche Flotte berücksichtigt – eine Folge des Reichsgründungskompromisses zwischen Landadel und Bourgeoisie. Doch jetzt sollte zur Bestürzung der bürgerlichen Liberalen lediglich das Landheer die zusätzlichen Mittel bekommen.

Als Mitglied des Haushaltsausschusses des Reichstags nahm Bebel noch wenige Monate vor seinem Tod an den Etatberatungen im März/April 1913 teil und konnte dabei das Auftreten der Klassenkräfte aus erster Hand verfolgen. So registrierte er voller Genugtuung, dass Großadmiral Tirpitz, ein Hauptvertreter des maritimen Imperialismus und Schöpfer der Schlachtflotte, die Niederlage der Marine „mit der größten Erregung“ hinnehmen musste. Für den sozialdemokratischen Parteivorsitzenden stand damit fest, dass die imperialistische Kriegsgefahr, d.h. die Gefahr eines deutsch-britisch-französischen Seekriegs um Kolonien, vorüber war, weil das Reich seine Rüstung zur See nicht weitertreiben konnte. Dementsprechend erleichtert war seine Reaktion.³⁶

Eine ganz andere Stellung nahm er zu der geplanten Heeresverstärkung ein. Nach den Haushaltsberatungen verfasste er eine Stellungnahme für den Parteivorstand, die dieser unter der Überschrift "Ein ernstes Wort in ernster Zeit. Militärvorlage und internationale Rüstungsindustrie" als Flugschrift verbreiten ließ.³⁷ Die Hauptaussage

³⁵ Luxemburg meinte – gegen Marx, dass der zur Akkumulation erforderliche Teil des Mehrwerts nur im Austausch mit nichtkapitalistischen Formationen realisiert werden könne. Weil der nichtkapitalistische Teil der Erde jedoch immer kleiner wurde, schlussfolgerte sie, dass wegen der Konkurrenz der kapitalistischen Länder die Wahrscheinlichkeit imperialistischer Kriege um „die Reste des ... nichtkapitalistischen Weltmilieus“ immer größer werden würde (GW 5, S.364, 391).

³⁶ hierzu Karuscheit: Bebel als Vaterlandsverteidiger; in: AzD 88/2018, S.23-33;

www.kommunistische.debate.de, Rubrik „Beiträge zum ersten Weltkrieg“

³⁷ abgedruckt in: Bley S.272f

darin war die Warnung vor der Gefahr eines Angriffskriegs „von Osten her“, der "unser Vaterland vielleicht vor die Frage von Sein oder Nichtsein stellen" würde. Im Hinblick darauf bekundete die Flugschrift Verständnis für die „Vorbereitung einer starken Schutzwehr“ und signalisierte die Bereitschaft zur Vaterlandsverteidigung, die sie im darauf folgenden Jahr umsetzte.

Von Luxemburg gab es keine öffentliche Reaktion darauf. Aufgrund ihrer Imperialismustheorie musste sie ebenso wie Bebel die Niederlage der liberal-imperialistischen Schlachtflottenanhänger als Rückgang der Kriegsgefahr bewerten. Die Gefahr eines deutsch-russischen Landkriegs schien dagegen aufgrund derselben Imperialismustheorie fernliegend, und deshalb maß sie der Flugschrift offenkundig so wenig Tragweite bei wie Bebels regelmäßigen Flintenreden im Reichstag. Sie konzentrierte ihre Kritik auf die Steuerfrage, weil die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zur Finanzierung des Rüstungs-Nachtragshaushalts der erstmaligen Einführung einer direkten Steuer (auf Einkommen und Vermögen) zugestimmt hatte.³⁸

Krieg und Imperialismustheorie

Ein Jahr später wurde die von ihr negierte Kriegsvariante Realität. Um die Unterstützung der Arbeiterpartei sicherzustellen, taktierte der deutsche Reichskanzler in der europäischen Julikrise 1914 so lange, bis Russland die Generalmobilmachung seiner Truppen verkündete und somit scheinbar ein russischer Angriff (gemeinsam mit dem verbündeten Frankreich) unmittelbar bevorstand. Das ließ in den Augen der Sozialdemokraten den Fall der Vaterlandsverteidigung gegen den Zarismus eintreten, so dass die SPD-Reichstagsfraktion die beantragten Kriegskredite mit nur wenigen internen Gegenstimmen bewilligen konnte.

Luxemburg wurde von der Entwicklung vollkommen überrascht, denn aufgrund ihrer Imperialismustheorie hatte sie die Gefahr eines Kriegs zwischen Russland und Deutschland für ebenso unrealistisch gehalten wie die für diesen Fall lange angekündigte Vaterlandsverteidigung durch die SPD. Spätestens jetzt wäre es zwingend gewesen, mit der SPD zu brechen. Aber obwohl sie sich sofort gegen den Krieg und die Politik der Vaterlandsverteidigung wandte, sah sie ihren Platz weiterhin innerhalb der Partei, weil sie glaubte, nur so dazu beitragen zu können, die irreführten Mitglieder massen vom falschen Kurs der Parteiführung abzubringen.

Mit dem Beginn des Kriegs stellte sich u.a. die Aufgabe, dessen Charakter zu beurteilen. Im Prinzip war er ein Landkrieg Deutschlands gegen die beiden Nachbarmächte im Osten und im Westen, der mit der vorherrschenden Imperialismustheorie nicht zu erklären war. Aber nachdem Großbritannien auf Seiten Frankreichs und Russlands in den Krieg eingetreten war, lag scheinbar dieselbe „imperialistische“ Konstellation vor wie in der Marokko-Krise drei Jahre zuvor, nämlich eine Auseinandersetzung zwischen der aufstrebenden Kolonialmacht Deutschland und den etablierten Kolonialmächten England und Frankreich. Daher definierte Luxemburg den Weltkrieg gemäß ihrer Imperialismustheorie als „Konkurrenzkampf des bereits zur vollen Blüte entfaltenen Kapitalismus um die Weltherrschaft, um die Ausbeutung der

³⁸ Die Reichstagsfraktion und die Militärvorlage, Juli 1913; GW 3, S.267ff

Rosa Luxemburgs Revolutionsprogramm

letzten Reste der nichtkapitalistischen Weltzonen.“³⁹ Für die Kriegsteilnahme Russlands, die in dieses Bild nicht hinein passte, fand sie eine Lösung in dem mit Deutschland verbündeten Osmanischen Reich, das von Russland bekriegt wurde, um in den Besitz der Dardanellen zu gelangen. So konnte sie „die deutsche Beherrschung der Türkei als das eigentliche Ziel des imperialistischen Angriffskrieges“ behaupten und dahinter als Triebkraft das Interesse der Deutschen Bank an den Eisenbahnen des Nahen Ostens, vor allem der Bagdad-Bahn unterstellen.⁴⁰ Auf diese Weise hatte sie die Inbesitznahme nichtkapitalistischer Territorien als maßgeblichen Kriegsgrund ins Spiel gebracht und so ihre Imperialismustheorie gerettet. Nur hatte diese Konstruktion mit dem realen Krieg wenig gemein.

Die Kriegsziele der Bourgeoisie als Mit-Trägerin des Kriegs resultierten aus der Weltpolitik, die seit Ende der 90er Jahre den außen- wie innenpolitischen Angelpunkt der bürgerlichen Politik bildete, und richteten sich keineswegs auf die Türkei, sondern über ein deutsches Mittelafrrika hinaus auf die Inbesitznahme der Atlantikhäfen Belgiens und Nordfrankreichs, um von dort aus den Kampf um eine Weltmachtstellung gegen Großbritannien führen zu können.⁴¹ Gustav Stresemann, als Vorsitzender der Nationalliberalen der führende Kopf der Bourgeoisie und Hauptvertreter der Imperialismuspolitik, vertrat noch kurz vor Kriegsende, dass der Krieg verloren sei, wenn Belgien nicht in deutscher Hand bliebe.

Krieg zur Stärkung der Militärmonarchie

Allerdings bestimmte nicht die Bourgeoisie den Krieg. Die als Instrument der Weltpolitik gebaute Schlachtflotte spielte im Kriegsverlauf kaum eine Rolle, denn sie war nicht in der Lage, es mit der britischen Navy aufzunehmen und die von London verhängte Seeblockade aufzubrechen. Herrscher des Kriegs war das Junkertum, und der Krieg war das Mittel, seine Vorherrschaft über das Kaiserreich zu befestigen. Das von den Kleinadeligen befehligte Heer war der maßgebliche Träger der Kriegshandlungen, und während in Frankreich und Großbritannien die Parlamente die Herrschaft über den Krieg behielten, übte in Deutschland die Oberste Heeresleitung unter Hindenburg und Ludendorff ab 1917 eine Militärdiktatur aus, während der Reichstag so schwach und politisch wirkungslos blieb wie zuvor.

Aus dem Vorhaben der Machtsicherung leiteten sich auch die Kriegsziele des Militäradels ab. Sie richteten sich in erster Linie auf die Erweiterung seiner Herrschaftsbasis in Preußen, um dessen Stellung als deutscher Hegemonialstaat zu stärken. Umgesetzt wurden sie im Friedensvertrag von Brest-Litowsk, den die OHL diktierte und der u.a. vorsah, aus den baltischen Staaten Fürstentümer in Personalunion mit der preußischen Krone zu machen.

³⁹ Die Krise der Sozialdemokratie = Junius-Broschüre, verfasst April 1915 und erstmals veröffentlicht im Januar 1916; GW 4, S.153

⁴⁰ Junius-Broschüre; GW 4, S.51, 83

⁴¹ Karuscheit 2014, S.25ff

An einer Stelle der Junius-Broschüre schrieb Luxemburg, dass der Krieg „*die Stärkung der preußischen Militärmonarchie zum Zweck hat*“.⁴² Das beschrieb das Wesen des Kriegs völlig richtig – und stand im diametralen Gegensatz zu ihrer oben zitierten imperialismustheoretischen Erklärung. Aber wie bei ihren Vorkriegseinschätzungen der Herrschaftsverhältnisse im Kaiserreich war dies nur *eine* Variante, denn letztlich kam sie doch wieder auf das Mantra der „kapitalistischen Entwicklung“ und einer bürgerlichen Herrschaft zurück. So bezeichnete sie in ihrem „Dezemberprogramm“ von 1918 die Hohenzollern als „Geschäftsträger der imperialistischen Bourgeoisie und des Junkertums“, nur um fortzufahren: „Die bürgerliche Klassenherrschaft, das ist der wahre Schuldige des Weltkrieges“.⁴³ Auf dieser Grundlage konnte sie weder das Wesen des Kriegs und der Sozialdemokratie noch den Charakter der anlaufenden Revolution erfassen.

Die sozialdemokratische Kriegspolitik

Wie die anderen politisch-gesellschaftlichen Kräfte führte auch die sozialdemokratische Führung mit dem Krieg ihre Vorkriegspolitik mit anderen Mitteln fort. Auf Basis ihrer Annäherung an den preußisch-deutschen Staat nahm die Parteiführung gleich zu Kriegsbeginn regelmäßige Kontakte zur OHL auf, die im Kriegsverlauf immer enger wurden und ihr Novemberbündnis von 1918 mit dem Militäradel vorbereiteten. Zur Marineführung und zu den Bürgerlichen insgesamt gab es keine entsprechenden Verbindungen.

Ein Meilenstein auf diesem Weg war das Vaterländische Hilfsdienstgesetz von 1916, das die Zusammenarbeit der Militärführung mit Industrie und Gewerkschaften zur Organisierung der Kriegswirtschaft einschließlich der dazu erforderlichen Verteilung der Arbeitskräfte regelte. Dabei handelte die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung mit der Staatsführung gegen den erbitterten Widerstand der Schwerindustrie aus, dass die Großbetriebe sich für die Gewerkschaften öffnen mussten und dort Arbeiter- und Angestelltenausschüsse eingerichtet wurden.

Die Integration in den kriegswirtschaftlichen Produktions- und Verteilungsapparat institutionalisierte die Zusammenarbeit zwischen der Arbeiterpartei und dem Militäradel und ließ sozialdemokratische Gewerkschaftsführer durch die Mitarbeit im neu geschaffenen Obersten Kriegsamt und den nachgeordneten Ämtern auf die staatlichen Kommandohöhen der Wirtschaftslenkung gelangen. In keinem anderen europäischen Land war die Einbeziehung in den Staatsapparat so weitgehend, dass „die Arbeiterorganisationen sozusagen Bestandteil der Kriegsmaschinerie selbst wurden“.⁴⁴ Erster Leiter des Obersten Kriegsamts wurde General Groener, der im November 1918 mit dem SPD-Vorsitzenden den sog. „Ebert-Groener-Pakt“ zur Zusammenarbeit gegen die Novemberrevolution vereinbarte.⁴⁵ Von der sozialdemokratischen Presse wurde

⁴² GW 4, S.135; Hervorhebung von mir, HK

⁴³ Was will der Spartakusbund, Dezember 1918; GW 4, S.442

⁴⁴ Klönne, S.136

⁴⁵ Die Erinnerungen des vorletzten Kanzlers des Kaiserreichs (Prinz Max von Baden) enthalten den Bericht über ein Zusammentreffen zwischen den Spitzen von SPD und Gewerkschaften mit Groener am 6.November 1918. Gegenstand war die Frage, wie die beginnende Revolution durch eine Ab-

Rosa Luxemburgs Revolutionsprogramm

das Hilfsdienstgesetz in Fortsetzung von Bebels positiver Bewertung des „Junkerstaats“ als Sieg des Organisationsgedankens über den anarchischen Kapitalismus, als Abkehr von der Privatwirtschaft, Übergang zur organisierten Wirtschaft und Schritt zum Sozialismus bzw. zu einem deutschen Sozialismus gefeiert.

Luxemburg befand sich während des Kriegs die meiste Zeit über in Haft, bezog jedoch Zeitungen, bekam Besuche und hatte die Möglichkeit zu schreiben, konnte also weiter am politischen Leben teilnehmen. Aber zu den innenpolitischen Entwicklungen schwieg sie weitestgehend, und zum Hilfsdienstgesetz und zur sozialdemokratischen Debatte darüber als Schritt zum Sozialismus äußerte sie sich überhaupt nicht. Wie sollte sie das Geschehen auch einordnen, wenn sie von einer bürgerlichen Klassenherrschaft ausging, während das Hilfsdienstgesetz eine schmerzliche Niederlage für die große Bourgeoisie bedeutete?

Besonders auffällig ist ihr Schweigen angesichts der innenpolitischen Krise, die das Kaiserreich nach der russischen Februarrevolution 1917 erfasste. Im Sommer dieses Jahres versuchte der Reichskanzler Bethmann Hollweg, wegen der zunehmenden Kriegsmüdigkeit des Volkes und der befürchteten Revolutionsgefahr einen Remisfrieden mit den Kriegsgegnern abzuschließen. Zu diesem Zweck brachte er Wilhelm II dazu, der Abschaffung des preußischen Dreiklassenwahlrechts zuzustimmen, um den erwarteten Widerstand des Junkertums zu brechen und die Unterstützung der SPD für einen solchen Friedensschluss zu erhalten.

Als Antwort darauf organisierte die OHL seinen Sturz, stellte den Kaiser kalt und etablierte einen neuen Kriegskanzler (Michaelis), der die entschiedene Fortsetzung des Kriegs garantierte. Die SPD-Führung, die nach der russischen Februarrevolution einen deutschen Endsieg erwartete, beteiligte sich hinter den Kulissen an den Manövern zum Kanzlersturz. Sie verweigerte Bethmann die Unterstützung, war mit dem neuen Kanzler einverstanden und nahm es hin, dass die zugesagte Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts im preußischen Landtag sabotiert wurde, um ihr Kriegsbündnis mit dem Militäradel nicht zu gefährden.⁴⁶

Auch wenn Luxemburg die Hintergründe des Geschehens nicht wissen konnte, war Bethmanns Kriegsmüdigkeit ein offenes Geheimnis und bedeutete das zugesagte Ende des Dreiklassenwahlrechts eine öffentliche Kriegserklärung an den Militäradel. Obwohl die Julikrise 1917 also eine enorme klassenpolitische Sprengkraft offenbarte,

dankung des Kaisers noch verhindert und die Monarchie gerettet werden könne: „Gegen Mittag kamen, wie verabredet, die sozialdemokratischen Parteiführer und Gewerkschaftler in die Reichskanzlei, um sich mit dem General Groener auszusprechen: Scheidemann, Bauer, Legien, Robert Schmidt, David, Südekum, Ebert waren erschienen (...) Vom ersten Augenblick ... war das alte Vertrauen da. Es war, als wollten die Herren sagen: Wir, die Arbeiterführer und der General, haben schon einmal im Interesse unseres Landes unsere Bundesgenossenschaft bewährt. Wir sind gekommen, um sie in dieser Stunde zu erneuern.“ (Baden, S.591)

Der Begriff der „Bundesgenossenschaft“ beschreibt treffend das Kriegsbündnis zwischen Sozialdemokratie und Militäradel, das zwecks gemeinsamer Abwehr der Revolution durch den Ebert-Groener-Pakt vom 10.November seine Fortsetzung fand.

⁴⁶ Hierzu Karuscheit 2017, S. 50ff

war ihr der Regierungswechsel nicht eine Zeile wert. Bis auf einen nichtssagenden Satz erwähnte sie nicht einmal das angekündigte Ende des Dreiklassenwahlrechts und sagte auch nichts dazu, dass die SPD dessen Aushebelung stillschweigend tolerierte.

„Verrat“ als Erklärung

Die fortdauernde Politik der Vaterlandsverteidigung durch die SPD-Führung konnte sie nur so erklären, dass an der Spitze der Arbeiterpartei ein „Klüngel von Verrätern“ stand, der seit August 1914 „Verrat am Sozialismus“ beging.⁴⁷

Mit der Verrats-These korrespondierte, dass es für sie unbegreiflich war, wieso die Massen den Krieg bis zuletzt mittrugen, so dass sie dem Volk noch im Dezember 1918 vorwarf, dass es vier Jahre lang „Kulturpflicht, Ehrgefühl und Menschlichkeit vergessen“ hätte und „sich zu jeder Schandtat missbrauchen ließ“.⁴⁸ Vor dem Krieg hatte sie aufgrund ihrer Spontaneitätstheorie die Überzeugung vertreten, dass die Arbeitermassen irgendwann von sich aus die Fehler des SPD-Parteivorstands korrigieren würden. Jetzt konnte sie nicht nachvollziehen, wie es der Parteiführung immer wieder gelungen war, den sich im Kriegsverlauf aufbauenden Arbeiterwiderstand auszumanövrieren.

Aber wie wollte sie selber die sozialdemokratischen Arbeiter aufklären, von der Parteiführung abspalten und gegen den Krieg mobilisieren, wenn sie ein schiefes Verständnis von der Klassenkonstellation des Kaiserreichs besaß, nicht erkannte, dass der Krieg seinem innersten Kern nach ein Machtsicherungskrieg des Junkertums war, und deshalb den Kriegsverlauf klassenpolitisch nicht aufschlüsseln konnte? Vor allem verkannte sie, in welchem Ausmaß die Bebel-SPD in den preußisch-deutschen Staat hineingewachsen war und auf dieser Basis nicht einfach nur die Vaterlandsverteidigung propagierte, sondern unter der Führung des Parteivorstands zu einer aktiven Kriegspartei wurde, die im Bündnis mit dem Militäradel für einen deutschen Endsieg kämpfte. So erklärt es sich, dass sie der Parteiführung jenseits einer grundsätzlichen Kritik der Vaterlandsverteidigung nichts entgegen zu setzen hatte. Am Ende konnte sie deren Politik nur als „Verrat“ geißeln, d.h. moralisch statt politisch kritisieren.

Mit dieser Einschätzung der Klassen, des Kriegs und der SPD-Führung ging sie in die Novemberrevolution.

5. Luxemburgs Revolutionskonzept

Noch in der Haft verfasste sie im Oktober 1918 einen Revolutionsaufruf, der von Spartakus und den Bremer Linksradiكالen als sog. *Oktoberprogramm* übernommen wurde. Wenig später durch die Ausrufung der Republik überholt, schrieb sie nun für die Spartakusgruppe ein *Dezemberprogramm* („Was will der Spartakusbund?“), das den Sozialismus und die Errichtung einer Diktatur des Proletariats zum nächsten Ziel erklärte und das der Gründungsparteitag der KPD bald darauf ohne offizielle Verabschiedung als Parteiprogramm übernahm.⁴⁹

⁴⁷ Die Lehre des 24.März, April 1916; GW 4, S.184f

⁴⁸ Was will der Spartakusbund? GW 4, S.442

⁴⁹ GW 4, S.442ff = Revolutionäre deutsche Parteiprogramme, S.107ff

Rosa Luxemburgs Revolutionsprogramm

Äußerlich kam dieses Programm völlig anders daher als das Erfurter Programm, war aber in jeder Hinsicht dessen Kind. Nachdem der lange erwartete „Kladderadatsch“ der bürgerlichen Gesellschaft jetzt eingetreten war, enthielt es keinen ökonomischen Grundsatzteil mehr, sondern setzte die Orientierung des Erfurter Programms im Stil einer Agitationsbroschüre in einen flammenden Aufruf zur Erkämpfung des Sozialismus um, endend mit dem Schlusssatz „dem Feinde das Wort: Daumen aufs Auge und Knie auf die Brust!“

Da der Sozialismus die Vergesellschaftung der maßgeblichen Produktionsmittel voraussetzte und ohne Landwirtschaft nicht aufgebaut werden konnte, forderte es u.a. die „Enteignung des Grund und Bodens aller landwirtschaftlichen Groß- und Mittelbetriebe“. Angesichts der Tatsache, dass die Mehrheit der Bauern in Deutschland Mittelbauern waren, erklärte es damit der Bauernschaft den Krieg. Anstatt sie als Bündnispartner für die anstehende Revolution zu gewinnen oder wenigstens zu neutralisieren, trieb es sie an die Seite des Junkertums als Schutzmacht gegen ihre drohende Enteignung und machte sie zu einer Reserve der Konterrevolution. Die nach dem Kriegsende in aller Eile aufgestellten Freikorps rekrutierten sich zum großen Teil aus Bauernsöhnen.

Gegen das Kleinbürgertum

Der mit ihrer Sozialismuspolitik einher gehenden Schwierigkeiten war Luxemburg sich durchaus bewusst. In ihrer Rede auf dem Gründungsparteitag der KPD bezeichnete sie die Bauern als die „fanatischsten Anhänger des Privateigentums“ und forderte, um „diese drohende konterrevolutionäre Macht“ zu bekämpfen, „den Klassenkampf aufs Land hinauszutragen, gegen das Bauerntum das landlose Proletariat und das Kleinbauerntum mobil zu machen.“⁵⁰ Indes bildeten Kleinbauern in der sozialen Realität der meisten deutschen Dörfer nur eine Minderheit und waren zudem durch vielfache persönliche Beziehungen mit der Dorfgemeinschaft verwoben. Der Aufruf zur Mobilisierung des Kleinbauerntums gegen den Rest des Dorfs war realitätsfern.

Etwas anders als mit den Bauern sah es mit dem „landlosen Proletariat“ aus, das sich in Gestalt von Millionen von Gutsarbeitern auf den junkerlichen Latifundien östlich der Elbe konzentrierte. Diese Gutsarbeiter hatten in den Schützengräben des Weltkriegs vier Jahre lang engen Kontakt mit Kameraden aus anderen sozialen Schichten und mit anderen politischen Ideen gehabt und waren aus generationenlanger Untertänigkeit herausgerissen worden. Sie waren für den Kampf gegen ihre „Herren“ und die Enteignung des Gutsbesitzes zu gewinnen, hatten aber wenig Neigung, statt auf Junkergütern künftig auf sozialistischen Staatsgütern zu arbeiten. Sie wollten eigenen Grund und Boden, und den erhielten sie gemäß den Sozialismusvorstellungen der Linken nicht. Das Konzept, Kleinbauern und das Landproletariat mit dem Versprechen der Errichtung sozialistischer Agrargüter gegen die Massen der Bauernschaft zu mobilisieren, war von Anfang bis Ende verfehlt.

Das städtische Kleinbürgertum aus Handwerkern und Kleinhändlern wurde im Programm nicht erwähnt. In der Tradition von 1848 befürworteten große Teile davon

⁵⁰ GW 4, S.510

eine revolutionär-demokratische Politik. So trat etwa die linksliberale DDP, die bei den Wahlen zur Nationalversammlung fast 20% der Stimmen erhielt, für die Zerschlagung des Großgrundbesitzes und seine Verteilung an Bauern und Landarbeiter sowie für die Verstaatlichung von Monopolen ein, und viele liberale Demokraten engagierten sich in den Räten. „Die Revolution 1918/19 war nicht nur ein herausragendes Kapitel in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, sondern zugleich die bis dahin größte Volksbewegung in der deutschen Geschichte. Zwar waren Arbeiter in Uniform und Zivil ihre treibende Kraft und ihre Hauptträger. Doch die Revolution erfasste große Teile des Volkes, die nicht in der sozialdemokratischen und freigeWERKSCHAFTLICHEN Arbeiterbewegung sozialisiert worden sind.“⁵¹

Das heißt, große Teile des Kleinbürgertums waren im Rahmen einer demokratischen Revolution als Bündnispartner zu gewinnen. Doch angesichts der geforderten Enteignungspolitik gegenüber den Bauern und der angekündigten proletarischen Alleinherrschaft war das unmöglich. Das Sozialismuskonzept Luxemburgs ignorierte das „in der russischen Oktoberrevolution zugespitzt gestellte Problem, dass im 20. Jahrhundert das Proletariat Träger und Führer einer Revolution wird, die nicht seine ‚eigene‘ ist, die den bürgerlichen Rahmen der sozialökonomischen Verhältnisse nicht sprengen kann, in der das Proletariat aber nur siegen kann, wenn es die Massen des Kleinbürgertums in Stadt und Land gegen Kapital und Großgrundbesitz zusammenschließt“.⁵² Es war das Konzept einer proletarischen Minderheitenrevolution ohne und gegen die kleinbürgerlichen Massen in Stadt und Land und hatte keine Aussicht auf Erfolg.

Eine demokratisch-revolutionäre Bewegung

Von der verfehlten Bündnispolitik abgesehen fand das Revolutionskonzept Luxemburgs auch im Proletariat keine Mehrheit. Sie wies mehrfach darauf hin, dass die Revolution mit dem Ende der Monarchie gerade erst begonnen habe. Damit meinte sie die *sozialistische* Revolution – doch es war die *demokratische* Revolution, die gerade erst begonnen hatte. Wie ihre Vorgängerin, die Märzrevolution von 1848, warf die Novemberrevolution die alte Macht im ersten Anlauf über den Haufen, aber um deren Wiederkehr zu verhindern, musste sie ihren Sieg befestigen.

Dazu bemerkte Luxemburg, dass die revolutionäre Situation „alle Probleme neu entrollt, die die deutsche Bourgeoisie in der Revolution von 1848 nicht zu lösen fähig war.“⁵³ Genau so war es, denn um die Revolution zum Erfolg zu führen, musste das Proletariat an erster Stelle die Probleme lösen, an denen die Bourgeoisie 1848 gescheitert war. Zu diesem Zweck mussten Armee und Staatsapparat aufgelöst und auf demokratischen Grundlagen neu aufgebaut werden. Der Großgrundbesitz als soziale Basis des Junkertums war zu enteignen, Kirche und Staat zu trennen sowie Justiz, Schule und Universität zu demokratisieren. Über diese Maßnahmen hinaus, die seit

⁵¹ Gerhard Engel: Linksliberalismus in der deutschen Rätebewegung 1918/19; in: Zilkenat, S.96

⁵² A.Schröder: Der russische Oktober – die Geburtsstunde der kommunistischen Bewegung; in AzD 67/1999, S.9

⁵³ Oktoberprogramm der Spartakusgruppe; in: Revolutionäre deutsche Parteiprogramme, S.101

Rosa Luxemburgs Revolutionsprogramm

1848 auf der Tagesordnung standen, war die Schwerindustrie zu sozialisieren, um so den bürgerlichen Mit-Träger der alten Ordnung zu entmachten.

Die hier umrissenen Maßnahmen stimmten weitgehend mit den Zielen überein, die von der Rätebewegung vertreten wurden: „Spontan, ungeordnet, nicht völlig zu Ende gedacht, wird in den Räten der Wunsch großer Teile des Volkes sichtbar, nicht mehr länger kommandiert zu werden, sondern die Dinge irgendwie selber in die Hand zu nehmen. Es geht der Revolutionsbewegung neben der schnellen Beendigung des Krieges auch um eine umfassende ‚Demokratisierung‘ der Gesellschaft. Der alte Obrigkeitsstaat soll von Grund auf verändert werden. Demokratischer Geist soll in die Armee, die Verwaltung, die Justiz, die Schulen und Fabriken, schlicht in die ganze Gesellschaft einziehen. Der Untertan und der Untertanengeist haben ausgedient.“⁵⁴

Die zitierten Sätze stellen so etwas wie eine Zusammenfassung der Revolutionsforschung dar, die seit den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts die Rätebewegung in Deutschland in einer Reihe gründlicher Studien untersucht hat.⁵⁵ Das Ergebnis dieser Studien ist eindeutig: Es gab je nach Maßgabe der in Wellen verlaufenden revolutionären Nachkriegskrise bis 1920 mehr oder minder starke Kräfte im Proletariat, die für eine vollständige Vergesellschaftung der Produktionsmittel und eine sozialistische Räteherrschaft eintraten. Aber diese Kräfte repräsentierten zu keinem Zeitpunkt eine Mehrheit oder kamen auch nur in die Nähe davon. Die Mehrheit der Rätebewegung verfolgte *revolutionär-demokratische* Ziele.

Dieses Ergebnis deckt sich mit der Feststellung, die bereits der erste Historiker der Novemberrevolution, Arthur Rosenberg, selber ein Zeitgenosse der Ereignisse und zeitweise KPD-Mitglied, getroffen hatte: "Ein ernster Wille, sozialistische Maßregeln durchzuführen, zeigte sich im Reich bei den revolutionären Massen eigentlich nirgends. Solche Absichten wären schon durch die Haltung der Soldaten verhindert worden, deren Mehrheit nicht sozialistisch war, entsprechend der politischen Zusammensetzung des deutschen Volkes."⁵⁶ Anders als in Russland kam es in Deutschland zu keinen spontanen Betriebsenteignungen durch revolutionäre Arbeiter, die durchgängig erhobenen Enteignungsforderungen beschränkten sich auf die große Industrie. Ein anderes Bild konnte lediglich dadurch entstehen, dass der Begriff des Sozialismus in dieser Zeit inflationär gebraucht wurde, um alles Mögliche damit zu bezeichnen. Real hatten Spartakus/KPD mit ihrem Sozialismusprogramm zu keinem Zeitpunkt nennenswerten Einfluss auf die Revolutionsbewegung.

Im größeren Zusammenhang betrachtet, stellte sich die spontane Massenbewegung die Aufgabe, die der gegebenen Etappe der gesellschaftlichen Entwicklung entsprach, und das war die Durchführung einer bürgerlich-demokratischen Revolution, deren Hauptinhalt die Beseitigung des preußisch-deutschen Militär- und Obrigkeitsstaats mitsamt seinen gesellschaftlichen Wurzeln war, um ihn durch eine revolutionäre Demokratie zu ersetzen. Luxemburg war das zu wenig. Sie sorgte sich, dass „die prole-

⁵⁴ Niess, S. 166

⁵⁵ Überblick in: Kolb/Schumann, S.170ff

⁵⁶ Rosenberg 1, S. 239

tarische Revolution um ihre sozialistischen Ziele“ betrogen und „zu einer bürgerlich-demokratischen Revolution“ gemacht werden könnte.⁵⁷ Sie begriff nicht, dass das Proletariat nur unter Respektierung der demokratisch-revolutionären Primärziele der Revolution gegen die sich formierende Konterrevolution siegen konnte.

Die Konterrevolution

Zur Politik der (M)SPD-Führung bemerkte sie, dass diese mit Volldampf „die Restauration der früheren, vorrevolutionären Verhältnisse“ betreiben würde.⁵⁸ Davon abgesehen, dass sie die vorrevolutionären Verhältnisse als bürgerlich verstand, traf ihre Feststellung zu. Die Sozialdemokratie hatte bereits unter Bebel davon Abstand genommen, bei einem künftigen Sieg die alte, preußisch-obrigkeitliche Staatsmaschine zu zerschlagen und eine neue aufzubauen. Ihre Führung zielte auf die Übernahme des vorhandenen Staats und dessen Weiterführung unter eigener Herrschaft. Letzteres sollte der Übergang zum Parlamentarismus sicherstellen, da aufgrund der Wahlergebnisse der Vorkriegszeit anzunehmen war, dass die SPD dauerhaft eine Mehrheit oder zumindest eine beherrschende Position im Reichstag erreichen würde.

Durch die Kriegsniederlage in den Besitz der Staatsmacht gelangt, ging die SPD-Spitze sofort daran, dieses Ziel umzusetzen, d.h. die Rätebewegung zu entmachten, alle Ansätze zur Errichtung einer neuen Staatsordnung rückgängig zu machen und den Beamtenapparat des Obrigkeitsstaats wieder in seine alten Rechte einzusetzen. In Fortsetzung des 1914-1918 eingegangenen Kriegsbündnisses vereinbarte der Parteivorsitzende Ebert so am 10. November mit der Obersten Heeresleitung die Zusammenarbeit zwecks „Wiederherstellung gesetzmäßiger Zustände“ (Ebert-Groener-Abkommen).

Wenige Tage später traf die Gewerkschaftsführung mit der Montanbourgeoisie eine Abmachung, die gegen einige soziale Zugeständnisse die Verstaatlichung der Schwerindustrie abwendete (Stinnes-Legien-Abkommen). Auf diese Weise bildete sich eine konterrevolutionäre Allianz des rechten Flügels der Arbeiterbewegung mit den bisherigen Hauptträgern der vorrevolutionären Verhältnisse, deren gemeinsames Ziel es war, hinter der Fassade der Republik die alte Ordnung wiederherzustellen, jetzt allerdings mit Sozialdemokraten an der Spitze (was von Junkern und Schwerindustrie von Beginn an nur als vorübergehende Notlösung betrachtet wurde).

Der Rätekongress und das Ende Luxemburgs

Vom 16.-21. Dezember 1918 tagte in Berlin der „Allgemeine Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands“, um über den weiteren Weg der Revolution zu beschließen. Da Polizei und Verwaltung paralysiert waren und das in der Demobilisierung begriffene Heer von Soldatenräten beherrscht wurde, stellte er zu dieser Zeit das unbestrittene Machtzentrum im Reich dar. Gemäß der Zahlenverhältnisse in den örtlichen Räten war die Mehrheit der gewählten Delegierten der MSPD zuzurechnen und eine starke Minderheit der USPD, dagegen war die Spartakusgruppe nur mit ei-

⁵⁷ Die Nationalversammlung, 20. November 1918; GW 4, S.409

⁵⁸ Rede auf dem Gründungsparteitag der KPD; GW 4, S.502

Rosa Luxemburgs Revolutionsprogramm

ner Handvoll Delegierter vertreten. Das Angebot, auf dem Kongress zu einem Nebenpunkt zu referieren, schlugen Liebknecht und Luxemburg aus und erhielten von der Versammlung kein gesondertes Rederecht.

Der Antrag, das Räteystem zur Grundlage der künftigen Staatsordnung zu machen, bekam von den versammelten Rätevertretern weniger als ein Viertel der Stimmen, die große Mehrheit beschloss, am 19. Januar 1919 Wahlen zur Nationalversammlung abzuhalten und ein parlamentarisches System zu errichten. Aus diesem Grund feindete Luxemburg den Kongress als „williges Werkzeug der Gegenrevolution“ an.⁵⁹ Sie wollte nicht wahrhaben, dass die von ihr als „Gefolgsleute Eberts“ abgetanen Räte jenseits des Eintretens für eine Nationalversammlung an zwei entscheidenden Punkten mit ihrer Parteiführung gebrochen hatten: sie hatten die sofortige Sozialisierung der Schwerindustrie und die vollständige Zertrümmerung des Militarismus beschlossen – beides gegen den Widerstand Eberts und seiner Gefolgsleute.

Die Durchsetzung des verabschiedeten Militärprogramms (Hamburger Punkte) hätte das Ende des junkerlich-preußischen Heeres bedeutet, das 70 Jahre zuvor die Märzrevolution niedergeschlagen hatte und jetzt daran ging, im Auftrag der (M)SPD-Führung dasselbe mit der Novemberrevolution zu tun. Griff man die Forderungen des Rätekongresses im Rahmen einer revolutionär-demokratischen Strategie auf, konnten sie als Hebel dienen, um die Anhänger der Sozialdemokratie von ihrer Führung zu lösen und die allerorten spontan entstandenen Arbeiterwehren zu bewaffneten Trägern der demokratischen Revolution gegen die sich formierende Konterrevolution zu machen.⁶⁰ Doch im Rahmen einer Sozialismusstrategie *gegen* die Rätmehrheit bestand dafür keine Chance. Ob die Novemberrevolution unter anderen Bedingungen gesiegt hätte, steht in den Sternen. Ohne revolutionäre Partei und ein taugliches politisches Konzept war sie jedenfalls zum Scheitern verurteilt, und das hieß zugleich, dass die russische Oktoberrevolution auf sich alleine gestellt blieb und das russische Proletariat unter schwersten Bedingungen einen Weg zum Sozialismus finden musste.

Am 15. Januar 1919 zusammen mit Karl Liebknecht durch eine Freikorps-Soldateska unter Befehl der SPD-Führung ermordet, hatte Luxemburg keine Gelegenheit mehr, aus den in der Novemberrevolution gemachten Fehlern zu lernen. Deren Kern bestand darin, dass sie im Gefolge der 2. Internationale und der Bebel-SPD den ökonomischen Siegeszug des Kapitals mit der politischen Machteroberung durch die Bourgeoisie gleichsetzte und daher nicht erkannte, dass die anstehende Revoluti-

⁵⁹ Eberts Mamelucken, Rote Fahne vom 20.12.1918; GW 4, S.467

⁶⁰ In Russland legte das Zentrale Exekutivkomitee des Sowjets der soeben gewählten Konstituierenden Versammlung bei deren Zusammentreten im Januar 1918 die entscheidenden Beschlüsse des II. Sowjetkongresses zur Abstimmung vor. Als die Versammlung sich weigerte, diese Beschlüsse als Grundlage ihrer Arbeit anzuerkennen, unterbanden Truppen des Sowjets das weitere Zusammentreten der Konstituante. Nachdem sie sich durch ihre eigene Entscheidung von den Massen der Bauern und Arbeiter isoliert hatte, rief ihre Auflösung keine nennenswerten Proteste hervor. In Deutschland konnte die KPD die Nationalversammlung nicht einmal als Propagandatribüne nutzen, um für die Sache der Revolution einzutreten, weil sie aufgrund des vom Gründungsparteitag beschlossenen Wahlboykotts über keinen einzigen Abgeordneten verfügte.

on demokratisch-bürgerlich sein würde, vom Proletariat angeführt werden musste und nur darüber der Weg zum Sozialismus frei wurde.

„Die gemachten Fehler nicht einsehen, aus ihnen nicht lernen können“ – das war für Rosa Luxemburg der schlimmste aller Fehler. Wenn wir ihr Vermächtnis ernst nehmen wollen, müssen wir sie beim Wort nehmen und die Niederlagen der Vergangenheit von Grund an aufarbeiten.

Ein Nachtrag zur Luxemburg-Publizistik

Neben einer Fülle von Artikeln sind zum 100. Todestag Rosa Luxemburgs zwei Bücher erschienen, die aus unterschiedlichen Gründen erwähnenswert sind: eine Biographie von Ernst Piper: „Rosa Luxemburg. Ein Leben“ sowie von Michael Brie: „Rosa Luxemburg neu entdecken. Ein hellblaues Bändchen zu ‚Freiheit für den Feind!‘ Demokratie und Sozialismus“.

Die Biographie von Piper gesellt sich zu den früher erschienenen Biographien von Netti, Laschitza sowie Laschitza/ Radczun. Bemerkenswert an diesen Biographien, gleich ob sie von Marxisten oder Bürgerlichen verfasst sind, ist eine übergreifende Gemeinsamkeit: keine von ihnen beleuchtet Luxemburgs Wirken vor dem Hintergrund der Realgeschichte des Kaiserreichs. Von der gesellschaftlichen Entwicklung in Preußen-Deutschland, den großen politischen Konflikten und Brüchen erfahren wir in ihnen nichts bzw. nur das, was Luxemburg selber dazu geäußert hat. Ihre Imperialismustheorie wird dargestellt, ohne auf den Übergang des bürgerlichen Lagers zur Weltpolitik einzugehen und die Konflikte zwischen Liberalen und Konservativen um Schlachtflottenbau, Zollpolitik und Steuerfragen aufzudecken. Wenn es um ihre Kritik an der Rolle des Militärs geht, lesen wir weder etwas über das grundbesitzende Junkertum noch über die Machtstellung des Militäradels gegenüber den bürgerlich-zivilen Kräften im Staat. Die Auseinandersetzung mit Bernsteins Revisionismus wird wiedergegeben, ohne die Schwäche und den beschränkten Einfluss dieses (bürgerlichen) SPD-Flügels zu benennen, so wenig wie umgekehrt Bebels Affinität zum „Junkerstaat“ benannt wird.

Auch Luxemburgs auffällige Zurückhaltung bei den Kanzlerwechseln von Bülow zu Bethmann Hollweg und von Bethmann zu Michaelis wird nicht aufgegriffen, um ihr politisches Denken näher zu beleuchten. Ebenso verhält es sich mit dem Weg in den Krieg, dem Krieg selber und Luxemburgs widerspruchsvollem Ringen um dessen Erklärung. Die genannten Publikationen verharren innerhalb der Schranken, in denen ihre Protagonistin selber gefangen war. Anstatt Luxemburgs Wirken einzubetten in den Fluss der Geschichte, werden ihre Grenzen zum Ghetto der biographischen Erzählung gemacht.

Anderen Charakter trägt das 2019 erschienene „hellblaue Bändchen“ von Michael Brie. Es ist von einem Marxisten mit dem Anspruch geschrieben, „ihr Wirken unter dem Gesichtspunkt der Strategiefindung und politischen Haltung“ zu behandeln (Vorwort), stellt sich also dieselbe Aufgabe wie der vorliegende Text. Aber was erwartet uns bei der Lektüre? Wir erfahren einiges über Luxemburgs Briefkorrespondenz und ihre menschliche Seite, über ihre Verbundenheit mit der Natur und ihr Lei-

Rosa Luxemburgs Revolutionsprogramm

den im Gefängnis. Doch zur Klassenstruktur des Kaiserreichs, auf die jede „Strategiefindung und politische Haltung“ eine Antwort finden musste, enthält das Werk nicht einen Satz. Der Autor philosophiert über das Verhältnis von Demokratie und Sozialismus im allgemeinen, doch über das grundlegende strategische Problem einer Revolution im preußisch-deutschen Reich, spricht das Verhältnis von bürgerlicher zu sozialistischer Revolution, verliert er kein Wort.

Zu ihrem Revolutionsprogramm von Ende 1918 vermerkt er lobend: „Sprachliche Brillanz, analytische Schärfe, Radikalität des Denkens und ein großer Hoffnungshorizont bilden eine Einheit“.⁶¹ Nur welchen politischen Inhalt hatte dieses Programm? Davon erfahren wir nicht das Geringste. Dass die darin vertretene Sozialismusstrategie eine proletarische Minderheitenrevolution vorsah und keine Bündnisfrage kannte, sondern die Enteignung der Bauernschaft forderte, hält der Autor nicht für erwähnenswert. Was uns als Aufklärung über Luxemburgs „Wirken unter dem Gesichtspunkt der Strategiefindung und politischen Haltung“ versprochen wird, entpuppt sich Seite um Seite als schöngeistige Dampfplauderei über die „untrennbare Einheit von Freiheit und Gleichheit, von Selbstbestimmung und Solidarität, von Mitgefühl und eingreifender Tat“, als deren Höhepunkt der Autor als Luxemburgs angebliches Erbe die pastorale Aufgabenstellung verkündet, „auf menschliche Weise die Welt menschlicher zu machen.“⁶²

Das Büchlein ist symptomatisch für einen rechten Flügel des Marxismus, der eine Luxemburg-Konferenz nach der anderen veranstaltet, aber zu ihren realen Irrtümern und Fehlern nichts zu sagen hat, sondern seine Aufgabe darin sieht, sie als überzeugte Revolutionärin, die sich der Sache des Proletariats mit Leib und Seele verschrieben hat, zu entsorgen, um sie als Menschheitsbeglückerin wiederauferstehen zu lassen.

Literatur:

Baden, Max von: Erinnerungen und Dokumente; DVA: Stuttgart-Berlin-Leipzig **1928**

Bernstein, Eduard: Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie;rororo: Reinbek b.Hamburg **1969**

Bley, Helmut: Bebel und die Strategie der Kriegsverhütung 1904-1913; Offizin-Verlag: Hannover **2014**

Brie, Michael: Rosa Luxemburg neu entdecken. Ein hellblaues Bändchen zu „Freiheit für den Feind! Demokratie und Sozialismus“, VSA, Hamburg **2019**

Groh, Dieter: Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkriegs; Ullstein: Frankfurt/M-Berlin-Wien **1973**

Karuscheit, Heiner: Deutschland 1914. Vom Klassenkompromiss zum Krieg; VSA: Hamburg **2014**

⁶¹ Brie, S.142

⁶² Ebd S 17, 12

- Karuscheit**, Heiner: Die verlorene Demokratie. Der Krieg und die Republik von Weimar; VSA: Hamburg **2017**
- Karuscheit**, Heiner / **Sauer**, Bernhard / **Wernecke**, Klaus: Vom Kriegssozialismus zur Novemberrevolution; VSA: Hamburg **2018**
- Klönne**, Arno: Die deutsche Arbeiterbewegung. Geschichte, Ziele, Wirkungen; dtv: München **1989**
- Kolb**, Eberhard und **Schumann**, Dirk: Die Weimarer Republik (Oldenbourg Grundrisse der Geschichte, Band 16): München **2013**
- Laschitza**, Annelies: Im Lebensrausch, trotz alledem. Eine Biographie; Aufbau Taschenbuchverlag, Berlin **2000**
- Laschitza**, Annelies und **Radcun**, Günter: Rosa Luxemburg. Ihr Wirken in der deutschen Arbeiterbewegung; Dietz-Verlag; Berlin (Ost) **1971**
- Luxemburg**, Rosa: Gesammelte Werke Verlag: Berlin(Ost) **1972 ff**; im Internet: www.marxists.org/deutsch/archiv/luxemburg; oder: www.mlwerke.de/lu/default.htm
- Nettl**, Peter: Rosa Luxemburg; Büchergilde Gutenberg: Ffm-Wien-Zürich **1970**
- Niess**, Wolfgang: Die Revolution von 1918/19. Der wahre Beginn unserer Demokratie; Europa-Verlag: München 2017
- Piper**, Ernst: Rosa Luxemburg. Ein Leben; Blessing Verlag, München **2018**
- Revolutionäre deutsche Parteiprogramme**. Vom Kommunistischen Manifest bis zum Programm des Sozialismus, hrsg. und eingeleitet von Lothar Berthold und Ernst Diehl; Dietz-Verlag: Berlin (Ost) 1967
- Rosenberg**, Arthur: Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik (Teil 1 und 2 in einem Band), Frankfurt/M.1983
- Wette**, Wolfram: Militarismus in Deutschland. Geschichte einer kriegerischen Kultur; Fischer: Frankfurt/M **2008**
- Zilkenat**, Reiner (Hrsg): „... alle Macht den Räten!“ Die deutsche Revolution 1918/19 und ihre Räte; edition bodoni, **2018**

Stellungnahme zu Karuscheits Luxemburg-Artikel

F/HU, Redaktion Arbeiterpolitik

Stellungnahme zu Heiner Karuscheit: Rosa Luxemburg - Das Scheitern eines Revolutionsprogramms

Der Artikel wirft wichtige Fragestellungen auf zum Verhältnis von:

- Theorie und Praxis,
 - Individuum und Klasse,
 - Führung und Bewegung,
 - (speziell Kaiserreich) monarchischer Konstitutionalismus und bürgerliche Demokratie,
 - (ebenso) Junkertum und Bourgeoisie,
 - Klassenbewusstsein und materialistische Grundlage,
 - Einbindung der Arbeiterklasse/-bewegung in die bürgerliche Gesellschaft,
 - Differenzierungen in der Arbeiterklasse,
 - Formen und Elemente der bürgerlichen Demokratie,
 - Geschichte der SPD,
 - Rolle der Linken in dieser Geschichte
- usw. Nur auf einiges will ich eingehen.

Ich stimme zu, dass das Kaiserreich nicht als bürgerlicher Staat/bürgerliche Gesellschaft (im westeuropäischen Sinne) gelten kann. Es gab die herrschenden Klassen -Junkertum und Bourgeoisie-, die -dem Artikel zufolge- sowohl einen "antagonistischen Konflikt" als auch einen Klassenkompromiss miteinander hatten. Das bedeutet aber auch, dass die bürgerlichen Elemente (ökonomische Macht der Bourgeoisie, Zustimmungserfordernis des Reichstags bei Haushalt und Gesetzen) immerhin so stark waren, dass ein Kompromiss erforderlich war. Wenn das so ist, können die Verhältnisse im Kaiserreich nicht in Gänze als "vorbürgerlich" bezeichnet werden.

Beide herrschende Klassen verband auf jeden Fall die Gegnerschaft zur Arbeiterklasse. Dieser Konflikt überlagerte sehr bald nach der Reichsgründung den älteren zwischen Adel und Bürgertum (auch wenn der nicht ganz verschwand).

Unübersehbar ist eine historische Tendenz zur Verschmelzung beider herrschenden Klassen (bürgerliches Kapital in Grundbesitz ehemals adeliger "Rittergüter", ehemals adeliges Kapital in Industriebetrieben - auch außerhalb der Schnapsbrennereien). Damit trägt das Kaiserreich Züge einer Übergangsgesellschaft. Wie sich das entwickelt hätte ohne Krieg und Revolution, kann keiner wissen. Fakt ist, dass es 1918 der Revolution bedurfte und diese eine bürgerliche unter Führung des Proletariats war, wie im Artikel dargestellt.

Die These auf Seite 12, dass mit dem Scheitern der Bülow'schen Steuerreform 2009 das Reich "unregierbar" geworden sei, ist überzogen. Der Reichskanzler fand - nach dem Ende des sogenannten Bülow-Blocks - keine sichere parlamentarische Mehrheit mehr (was nach dem konstitutionellen System bekanntlich nicht zwingend erforderlich war, aber Folgen hatte). Ich stimme zu, dass damit die "*Vorherrschaftsstellung der Junker immer mehr unter Druck*" geriet und sie einen Ausweg in einem Krieg (bzw. Staatstreich) sahen.

Im Artikel wird aber der Eindruck erweckt, dass die Kanzlerwechsel von 1909 (Bülow zu Bethmann Hollweg) und 1917 (Bethmann Hollweg zu Michaelis) derart einschneidende Brüche im politischen System des Kaiserreichs gewesen seien, dass hier ein Vorantreiben zu demokratisch-parlamentarischen Verhältnissen möglich gewesen wäre. Wer hätte das umsetzen und dafür 1909 bessere Voraussetzungen als 1918 finden können - die schwache Linke? Oder der Teil der SPD, der erst 1917 aufgrund seiner Weigerung, weiteren Kriegskrediten zuzustimmen, aus der SPD ausgeschlossen wurde und sich dann als USPD konstituierte?

Ich stimme der Beschreibung der Kriegsziele der imperialistischen Bourgeoisie, resultierend aus der Weltpolitik, und der Junker, resultierend aus dem Trieb der Machterhaltung, beides S. 15, zu. Diese jeweiligen Kriegsziele waren nicht deckungsgleich, gingen aber in die gleiche Richtung und ergänzten sich faktisch. Die Verfügung über Krieg und Frieden lag beim Militäradel (juristisch: bei Kaiser und Bundesrat), die Zustimmung zur Finanzierung des Krieges bei allen Volksklassen (juristisch: beim Reichstag), die Verantwortung damit auch bei der SPD.

Damit steht aber die Frage nach den Kriegsursachen doppelt: Für die Bourgeoisie ging es um die Stellung in der Weltwirtschaft, für die Junker (Repräsentanten eines niedergehenden Systems) innenpolitisch um die Machterhaltung. Die sich zuspitzende imperialistische Konkurrenz hatte das Klima geschaffen, in dem ein drittklassiger Kriminalfall (Ermordung des österreichischen Thronfolgers) den zufälligen Anlass - nicht mehr- bot.

Zum "Revolutionskonzept Rosa Luxemburgs"

Ich stimme allem zu, was mit dem Schlagwort "Verpreußung der SPD" zusammenhängt. Es geht fehl, hierbei von "Verrat" zu reden. Damit ist aber auch klar, dass man die materialistischen Grundlagen der Einbeziehung mindestens der oberen Schichten der Arbeiterklasse, aber auch immer weiterer Kreise, in die bürgerliche (!) Gesellschaft, herausarbeiten muss.

Dass ein Artikel sich mit der Auffassung von Rosa Luxemburg auseinandersetzt, ist selbstverständlich legitim und im Rahmen der Vervollständigung des Wissens zu den historischen Vorgängen sowie des Lernens daraus notwendig. Dabei kommt es zwangsläufig zu einer gewissen "Theorielastigkeit". Die Theorie ist dazu da, die Praxis anzuleiten, die Praxis dazu, die Theorie zu korrigieren.

Es sollte nicht der Eindruck entstehen, als sei die Novemberrevolution an der Unzulänglichkeit der Theorie Rosa Luxemburgs (und anderer in ihrem Umfeld) gescheitert. Dafür sind die Vorgänge viel zu komplex. "Mängel" in der Theorie sind im

Stellungnahme zu Karuscheits Luxemburg-Artikel

Nachhinein aus der zeitlichen Distanz immer feststellbar. Sie sind aber in der fraglichen Zeit und auf der Grundlage vorhergehender Entwicklungen und Erfahrungen entstanden. Von daher sind die "Mängel" in der Auffassung Rosa Luxemburgs, etwa die sogenannte "Spontaneitätstheorie", zu verstehen. Wir können nur daraus lernen, nicht im Nachhinein uns ausmalen, was hätte sein können.

Zweifel sind angebracht gegenüber den durchgängigen Überlegungen, dass die Linke besser eine breite Bündnispolitik mit kleinbürgerlichen Schichten praktiziert hätte, um eine bürgerliche Republik durchzusetzen. Dies hätte auch im Proletariat besser verstanden werden können. Der Artikel erweckt den Eindruck, als sei diese Blockade in der politischen Strategie der (oder ein) Hauptgrund dafür gewesen, dass nicht einmal dieses historisch notwendige Etappenziel in der Novemberrevolution erreicht worden sei, sondern eine viel größere Niederlage (der Faschismus) gefolgt sei. Dies sind m. E. Sandkastenüberlegungen. Sie erscheinen nicht aus der damaligen Zeit und Erfahrung entwickelt, sondern aus unserem heutigen Wissen des Gangs der Geschichte.

Wir haben in unserem Artikel zur Novemberrevolution (Eine Revolution der Arbeiterklasse, die in der bürgerlichen Konterrevolution endete, Arbeiterpolitik 5/6 2018, S. 10) Unterschiede zwischen der russischen Oktoberrevolution 1917 und der deutschen Novemberrevolution 1918 herausgearbeitet, die Hindernisse für eine revolutionäre Machtübernahme bilden konnten: in Russland die Situation einer kleinen, hochkonzentrierten Arbeiterklasse in einer großen Masse armer Bauern, in Deutschland den Reformismus in der Arbeiterbewegung in Gestalt der SPD und großer Teile der USPD.

Nach unserer Auffassung entsprach die Orientierung auf die sozialistische Revolution den Erwartungen der Massen in der Arbeiterschaft in Deutschland, wenn auch nicht dem Stand des politischen Bewusstseins. Wie aber hätte die organisatorisch schwache Linke das zentrale Problem, nämlich das Bündnis von SPD und kaiserlichem Militär, ausgerechnet in einer Zusammenarbeit mit kleinbürgerlichen und bürgerlichen Schichten sprengen können? M. E. hat die Führung des Spartakusbundes/der KPD das Richtige getan, indem sie nach dem Scheitern im Rätekongress (wie immer man die Taktik bewerten mag) auf Langfristiges orientierte: die Klassenkämpfe in der kommenden Weimarer Republik und damit die Weiterentwicklung des Klassenbewusstseins im Proletariat. Dafür brauchte es eine selbständige kommunistische Organisation. Das war, realistisch betrachtet, der Ertrag der Novemberrevolution. Schon der Anfang -die Weigerung, an der Wahl zur Nationalversammlung teilzunehmen- zeigte Problematiken dieses Weges auf, später auch das Scheitern im Kampf gegen den Faschismus. Aber einfache Lösungen gab es nicht.

15.2.2020

Thomas Kuczynski

Replik (auf Schröders Kritik in den AzD 90)

Ich beginne meine Replik auf Alfred Schröders Kritik an meiner Rede „Was bleibt von der Oktoberrevolution?“ mit einem genaueren Blick auf Lenins *Rede über die Bodenfrage*.¹ Sie besteht aus drei Abschnitten. Der mittlere Abschnitt *Dekret über den Grund und Boden* (S. 249-52) ist eingerahmt von einleitenden und abschließenden Bemerkungen Lenins (S. 248/49 und 252/53). Das Dekret selbst umfasst die Ziffern (1) bis (5). Innerhalb (!) von Ziffer (4) steht der aus den Punkten (1) bis (8) bestehende *Bäuerliche Wählerauftrag zur Bodenfrage* (S. 249-51), den die Redaktion der Werkausgabe völlig klar, nämlich durch Kleindruck, von Lenins Text unterschieden hat. Trotzdem ist die mehrfach in sich verschachtelte Rede nicht ganz einfach zu lesen. Wer aber ihre Interpretation durch andre kritisiert, sollte sie zuvor sorgfältig studiert haben. Das hat Genosse Schröder offenbar nicht getan, denn er reduziert das Dekret auf die Ziffern (1) bis (4) und ordnet die Ziffer (5) dem Wählerauftrag zu (vgl. S. 23, 25, 29).

Ziffer (5) des Dekrets lautet: „Der Boden der einfachen Bauern und einfachen Kosaken unterliegt nicht der Konfiskation.“ Sie steht damit in diametralem Gegensatz zu Punkt (1) des Wählerauftrags: „Das Privateigentum an Grund und Boden wird für immer aufgehoben... Der gesamte Boden... wird entschädigungslos enteignet...“, wobei die Formulierung „der gesamte Boden“ genau spezifiziert und darunter auch „das Gemeinde- und Bauernland“ genannt wird. Genau diese im Wählerauftrag formulierte entschädigungslose Enteignung (Konfiskation) des Bauernlandes ist im Dekret ausdrücklich ausgeschlossen. Nichts anderes hatte ich in meinem Aufsatz festgestellt (S. 136/37).

Genosse Schröder meint, ich hätte der Aussage Plechanovs zugestimmt, dass „die wirtschaftliche Tätigkeit der Bauern... nicht auf den Sozialismus, sondern auf den Kapitalismus gerichtet sein“ werde (S. 20). Das glatte Gegenteil ist der Fall, denn ich zitiere (und kommentiere) an dieser Stelle zwar Plechanov, stelle aber im unmittelbar darauf folgenden Absatz völlig unmissverständlich fest: „Die große Masse der Bauern war nach der entschädigungslosen Enteignung des Gemeindelandes weder am Erhalt des Kapitalismus noch am Aufbau des Sozialismus interessiert, sondern an ihrer eignen Scholle und an ihrem eignen Wohlergehen“ (S. 138). Schon deshalb ist sein Vorwurf, ich würde „die Aufrichtung des Kapitalismus... als unvermeidliche, gesetzmäßige Entwicklung unterstellen“ (S. 20), ganz und gar unbegründet; ebenso

¹ In meiner Replik beziehe ich mich auf
(1) W.I. Lenin, Werke, Bd. 26, S. 248-53;

(2) Alfred Schröder in: Aufsätze zur Diskussion 90, Oktober 2019, S. 5-42;

(3) Thomas Kuczynski in: Berliner Debatte Initial, H.4/2017, S. 133-41.

Da die Quellen nach ihren Seitenzahlen klar voneinander zu unterscheiden sind, werden im Text nur die jeweiligen Seitenzahlen genannt.

Replik

fehlt der für den Nachweis einer „durch Kuczynski entdeckten ‚Privatisierung des Gemeineigentums‘“ (S. 23) notwendige Beleg.

Die Ergebnisse der neueren Forschungen zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Russlands, insbesondere zur Entstehung und Entwicklung der russischen Dorfgemeinde, enthalten gegenüber dem zur Zeit von Marx bis Lenin erreichten Erkenntnisstand zweifellos ganz wesentliche Fortschritte. Was sie aber mit der von mir diskutierten Frage zu tun haben, dass sich die dekretierte Übereignung des Gemeindelandes an die Bauern als die „Achillesferse der Revolution“ herausgestellt habe, erschließt sich mir nicht, vor allem deshalb nicht, weil beim Genossen Schröder jegliche konkrete Auseinandersetzung mit dieser Charakterisierung fehlt. Da wäre allerdings nicht ein Blick in die Geschichte der russischen Dorfgemeinde vonnöten gewesen, sondern einer in die Geschichte der sowjetischen Landwirtschaft, und der fehlt eben leider auch.

Genosse Schröder hat mein Vorgehen mit dem von Alexander Herzen verglichen, denn den meinte Marx mit „diesem Schriftsteller“, dem er vorwarf, dass „er die russische Dorfgemeinde nicht in Russland, sondern in dem Buch von Haxthausen, einem preußischen Regierungsrat, entdeckt“ habe (S. 10). Marx hatte da wohl einfach vergessen, dass Herzen in seinem anonym publizierten Buch *Vom anderen Ufer* (Hamburg 1850) sich keineswegs unkritisch auf Haxthausens Buch (*Studien über die innern Zustände, das Volksleben und insbesondere die ländlichen Einrichtungen Russlands*) bezogen (vgl. S. 154-58) und anschließend seine eigene Sicht entwickelt hatte (vgl. S. 158-66). Solche Vergesslichkeit kann ich dem Genossen Schröder mit seinen zahlreichen Fehlziten nicht konzедieren...

Alfred Schröder

Parallelwelten

Zur Replik des Genossen Kuczynski

In der letzten Nummer der AzD (Nr. 90) habe ich mich im dritten Teil der „Kritischen Rückschau“¹ mit einigen Positionen des Genossen Kuczynski aus seinem Artikel „Was bleibt von der Oktoberrevolution?“² auseinandergesetzt. Darauf hat der Genosse in dieser Nummer geantwortet. Dies ist zu begrüßen.

¹ AzD, Nr. 90, Hundert Jahre russische Revolution, Kritische Rückschau auf weitere Publikationen (Teil 3), S. 5-42

² Abgedruckt in der Zeitschrift „Berliner Debatte Initial“ Nr. 28, S. 133-141. Der Text hat seinen Ursprung in einem Vortrag des Genossen in der „Hellen Panke“ in Berlin vom 17. Oktober 2017.

Der Paragraph 5 – Zum ersten

Was kritisiert der Genosse Kuczynski an meinem Artikel? Er beginnt seine Replik „mit einem genaueren Blick auf Lenins *Rede über die Bodenfrage*. (...) Die mehrfach in sich verschachtelte Rede (ist) nicht ganz einfach zu lesen. Wer aber ihre Interpretation durch andere kritisiert, sollte sie zuvor sorgfältig studiert haben. Das hat Genosse Schröder offenbar nicht getan, denn er reduziert das Dekret auf die Ziffern (1) bis (4) und ordnet die Ziffer (5) dem Wählerauftrag zu.“

Diese Kritik ist formal berechtigt. Der Paragraph 5 ist in den Lenin-Werken (Bd. 26) – obwohl von den ersten vier Paragraphen durch den Abdruck des Wählerauftrags räumlich getrennt – *Bestandteil des Dekrets* und nicht des Wählerauftrags. Dies zeigt, wie sinnvoll eine öffentliche Diskussion unterschiedlicher Positionen, wie nützlich die Überwindung der von mir kritisierten „mangelnden Konfliktfähigkeit der Linken“ (siehe AzD 90, S. 9) sein kann. Die öffentliche Auseinandersetzung ermöglicht, solche Mängel aufzudecken und zu korrigieren.

Aber was hatte ich genau zu diesem Punkt geschrieben? Genosse Kuczynski „vermutete, in ‚Punkt 5 des Dekrets‘ die ‚Achillesferse der Revolution‘ entdeckt zu haben. Ignorieren wir die begriffliche Ungenauigkeit (es handelt es sich um den Punkt 5 des *Wählerauftrags*),“ - so formulierte ich in meinem Artikel – „hat Kuczynski ironischerweise mit dem Punkt 5 genau jene Bestimmung des Wählerauftrags gefunden, die von der bäuerlichen Revolution weitestgehend ignoriert wurde.“ (AzD S. 29) Wie der Leser leicht erkennen kann, **war nicht die Zuordnung des Paragraphen die eigentliche Kritik an seiner Position** („Ignorieren wir die begriffliche Ungenauigkeit“ – die in diesem Fall bei mir lag), vielmehr ging es um die **Frage der Bedeutung des Paragraphen 5** für den weiteren Verlauf der russischen Revolution.

Für die Argumentation des Genossen Kuczynski stellte dieser Paragraph die „Achillesferse der Revolution“ dar. Meine Kritik an seiner Position bestand darin, dass in den von der Obščina geprägten bäuerlichen Regionen Russlands, in denen die Mehrheit der russischen Bauernschaft lebte, dieser Paragraph durchgängig ignoriert und das Land wie das Inventar der Privateigentümer von der Dorfgemeinde zwecks Nutzung durch die Umteilungsgemeinde (Obščina) „konfisziert“ wurde. „So löste sich in der tatsächlichen Bauernrevolution die von Thomas Kuczynski entwickelte Theorie von einer „Achillesferse der Revolution“ mit dem Rauch der abgebrannten Bauernhöfe der Privateigentümer im wahren Sinne des Wortes ‚in Luft auf‘.“ (AzD, S. 30)

Welche Position bezieht der Genosse Kuczynski zu dieser für seine eigene Argumentation so zentralen These („Achillesferse der Revolution“), welche Position bezieht er zu der **eigentlichen Kritik** an seinen Ausführungen? Ihm reicht es festzustellen, dass in den Lenin-Werken der Paragraph 5 zum Dekret und nicht zum Wählerauftrag gehört. Die politische und gesellschaftliche Relevanz dieses Paragraphen innerhalb der russischen Agrarrevolution ist nicht sein Thema. Das ist „Schriftexegese“ ohne Erkenntnisgewinn.

Der „genauere Blick“ - Methodisches

„Ich beginne meine Replik auf Alfred Schröders Kritik an meiner Rede ... mit einem genaueren Blick auf Lenins *Rede über die Bodenfrage*“, so mein Kritiker. Sein „genauerer Blick“ – wie eingangs zitiert - reduziert sich auf eine detaillierte Darstellung der Gliederung von Rede, Dekret und Wählerauftrag in den Lenin Werken Bd. 26.

Der Genosse Kuczynski war keineswegs der einzige, dem mein Zuordnungsfehler aufgefallen war. Ein Genosse aus Bayern schrieb dazu: „gerade da, wo Du dem Kuczynski Ungenauigkeit vorwirfst, wirst Du selber ungenau: der von Kuczynski zitierte Satz ‚Der Boden der einfachen Bauern und einfachen Kosaken unterliegt nicht der Konfiskation.‘ (LW 26, S.252) gehört zum Textbereich des Dekrets, wie er richtig sagt. ... Es macht (aber) keinen Sinn, den 4 Dekretpunkten an dieser Stelle diesen Satz als 5. hinzuzufügen.“ Und hier beginnt der Unterschied zwischen dem AzD-Leser und dem Genossen Kuczynski.

Der Leser versucht, sich Klarheit zu diesem Problem zu verschaffen, indem er die Lenin-Rede und das Agrardekret im historischen Kontext des Sowjetkongresses überprüft. Sein erstes Ergebnis: „Trotzki erwähnt, im Schlussteil seiner Geschichte der Oktoberrevolution, ein sonderbares Textproblem: ‚Der Dekretentwurf ist nicht vervielfältigt zum Verteilen: der Redner hält in den Händen das einzige Exemplar in Rohfassung, und es ist, nach Suchanows Erinnerungen,³ 'so schlecht niedergeschrieben, dass Lenin beim Lesen stolpert, sich nicht zurechtfindet, und schließlich abbricht. Jemand aus der auf der Tribüne zusammengedrängten Menge kommt ihm zu Hilfe. Lenin überlässt diesem willig den Platz und das unleserliche Papier!.'“⁴ Entsprechend dem Hinweis (dafür danke!) habe ich die Stellen bei Suchanow und Trotzki nachgelesen (siehe Zitatquellen in den entsprechenden Fußnoten) und fand sie zutreffend. Ich möchte sie noch um zwei weitere Stellen ergänzen.

Suchanow ergänzt seine Ausführungen einige Zeilen später durch den Satz: „Es ist sehr merkwürdig, dass über das ‚Dekret über den Boden‘ keine Debatte eröffnet wurde.“⁵ Keiner erkannte damals offenkundig die Relevanz des Punkt 5. Was Suchanow als Publizisten und Theoretiker erstaunt (die mangelnde Debatte), erklärt der Politiker Trotzki einleuchtend: „Der Kern des Dekrets ist in den zwei Zeilen des ersten Punktes enthalten: ‚Das gutsherrliche Eigentumsrecht an Grund und Boden wird mit sofortiger Wirkung ohne jede Entschädigung aufgehoben.‘ Das gesamte Dekret zählt keine drei Dutzend Zeilen: es durchhaut den gordischen Knoten mit dem Beil. Dem Haupttext ist eine umfangreichere Instruktion angeschlossen, die restlos den Bauernforderungen entlehnt ist.“⁶ Diesen Kern haben die Soldaten und Bauern klar erkannt und er bedurfte keiner weiteren Diskussion. Der Paragraph 5 wird weder bei Trotzki (der das

³ N.N. Suchanow: 1917-Tagebuch der russischen Revolution, München 1967, S. 686

⁴ L. Trotzki: Geschichte der russischen Revolution, Berlin 1960, S. 741

⁵ N.N. Suchanow, ebenda

⁶ L. Trotzki, ebenda

Dekret über 2,5 Seiten vorstellt und kommentiert) noch bei Suchanow noch von den Sozialrevolutionären erwähnt.

Werfen wir zusätzlich einen Blick in die Dokumentensammlung zur russischen Revolution bei dtv. In dieser Sammlung hat das Agrardekret nur vier Paragraphen, einen Paragraph 5 gibt es dort nicht. Dort lautet der letzte Satz des Wählerauftrags: „Der Landbesitz der gemeinen Kosaken und Bauern wird nicht konfisziert.“⁷ Und dies, obwohl sich die LW wie die dtv-Dokumente auf dieselbe Quelle (Istwestija) beziehen.

Abschließend zu diesem Thema noch ein Hinweis. Robert Service „enthüllt“ in seiner Lenin-Biographie, dass Lenin gar nicht der Verfasser des Agrardekrets gewesen sei. „Aus Verdruss über Lenins Saumseligkeit bei der Erarbeitung des Dekrets hatte das Zentralkomitee Vladimir Miljutin, den führenden bolschewistischen Ökonomen nach Lenin und frisch bestellten Volkskommissar für die Landwirtschaft, gebeten, sich mit Juri Larin zusammzusetzen und das Dekret zu konzipieren.“⁸ Lenin habe den Text nur übernommen, sozusagen die Endredaktion gemacht und die Forderungen des bäuerlichen Wählerauftrags hinzugefügt, so Herr Service vom St. Antony's College in Oxford.

Dies alles ist für die akademische Forschung durchaus von Interesse. Welche Zuordnung der besagte Paragraph 5 auf den „Zetteln“ in Lenins Händen hatte, ob die Iswestija ZJK Nr. 209, die als Textquelle des Dekretes in den LW ebenso wie in den dtv-Dokumenten angegeben wird, dieselben richtig geordnet hatte, ob der Text überhaupt von Lenin formuliert wurde, darüber kann man – wie die Beispiele oben zeigen – durchaus streiten. Zu neuen Erkenntnissen über den Verlauf der Agrarrevolution in Russland gelangt man auf diesem Weg nicht.

Warum habe ich obige Quellen trotz ihrer politischen Irrelevanz angeführt? An diesem Beispiel kann anschaulich illustriert werden, mit welcher unterschiedlichen Methoden man an ein Problem herantreten kann, oder, wie Kuczynski es formuliert, wie man einen „genaueren Blick“ auf eine Fragestellung wirft. Kuczynskis „genauerer Blick“ reduziert sich auf einen *erneuten* Blick in die „Schrift“. Der AzD-Leser prüfte die „Schrift“ in ihrem historischen Kontext (Sowjetkongress) und verglich den Text mit anderen Quellen zu diesem Thema. Während Kuczynski mit seiner Herangehensweise nicht einen Schritt über die „Schriftexegese“ hinausgelangte, führt die andere Methode unweigerlich zu einer Reihe neuer Fragen.

Der Vorwurf

Kuczynski erhebt in seiner „Replik“ den Vorwurf, ich hätte mich mit der von ihm aufgedeckten „Achillesferse der Revolution“ unzureichend auseinandergesetzt. „Was sie aber (gemeint sind die Ergebnisse der neueren Forschungen zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, auf die ich in meinem Artikel verwiesen hatte; A.S.) mit der von mir diskutierten Frage zu tun haben, dass sich die dekretierte Übereignung des Ge-

⁷ „Die russische Revolution 1917“, dtv-Dokumente, München 1964, S. 318

⁸ Robert Service: Lenin, München 2002, S. 414

Parallelwelten

meindelandes an die Bauern als die ‚Achillesferse der Revolution‘ herausgestellt habe, erschließt sich mir nicht, vor allem deshalb nicht, weil beim Genossen Schröder jegliche konkrete Auseinandersetzung mit dieser Charakterisierung fehlt.“ Soweit mein Kritiker in seiner Replik.

Dass bei mir jegliche konkrete Auseinandersetzung mit Kuczynskis Charakterisierung fehlt, ist wenig verwunderlich. Ich habe versucht, die **tatsächliche** Agrarrevolution in den Obščina-Regionen darzustellen und nicht eine vom Genossen Kuczynski unterstellte, nirgendwo in den tatsächlichen Verhältnissen belegte „Enteignung des Gemeindelandes“ oder Umwandlung des „Gemeineigentums in Privateigentum“⁹ zum Thema gewählt. Es wäre die Aufgabe meines Kritikers nachzuweisen, wo die von ihm unterstellten Entwicklungen stattgefunden haben.

a. Wo und wann in der russischen Revolution soll die vom Genossen Kuczynski behauptete Entwicklung, in der „das Gemeineigentum in Privateigentum verwandelt (wurde)“¹⁰ geschehen sein? Er kann nicht eine Region benennen, er kann nicht einen Beleg, weder aus marxistischen noch aus bürgerlichen Veröffentlichungen zur russischen Revolution, für die obige Entwicklung anführen. Vielmehr dürfte es so sein, dass der Genosse eine von Marx geäußerte Hypothese (MEW Bd. 35, S. 166) der tatsächlichen russischen Bauernrevolution überstülpt.

b. Wo und wann geschah „die dekretierte Übereignung des Gemeindelandes an die Bauern“¹¹? Privat**besitzer** des zugeteilten Gemeindelandes waren die Obščina-Bauern schon vor der siegreichen russischen Revolution, ebenso wie nach derselben. Geändert, nämlich vergrößert, hat sich die zur Landverteilung zur Verfügung stehende Landmenge, die die Bauern unter sich aufteilen konnten, sowie der Wegfall von Pacht und Zinszahlungen. Private**eigentümer** des Landes wurden die einzelnen Obščina-Bauern dadurch nicht.

Alle dieser Ereignisse haben **nicht** in der russischen Revolution von 1917-1918 stattgefunden. Sie sind Chimären einer Parallelwelt, die Kuczynski aus einem spekulativen Marx-Zitat¹² und einer fehlerhaften Interpretation des Landdekrets konstruiert hat. Was in Wirklichkeit geschehen ist, kann in jedem halbwegs seriösen Geschichtsbuch bzw. (mit weitergehenden politischen Schlussfolgerungen) in der AzD-Nr. 90 nachgelesen werden: „Im Kern hatten also die Bauern gesiegt – nicht jene, die besonders im Westen und im Süden auf dem Weg waren, kapitalistische Farmer zu werden, **sondern jene drei Fünftel der russischen Bauernschaft, die an der Umteilungsgemeinde festhielten**. Die Güter der Adligen und des Zarenhauses wurden aufgeteilt. Auch viele Bauern, die nach der Stolypinschen Reformen die Gemeinden verlassen hatten, wurden zurückgeholt. Nur im Westen und Norden blieb Einzelbesitz im

⁹ Kuczynski, S. 139

¹⁰ Kuczynski, S. 139

¹¹ Kuczynski, Replik in dieser Nummer

¹² Ein Marx-Zitat (Sassulitsch-Brief), das auf einer nachgewiesenen fehlerhaften Auffassung von der Geschichte der russischen Dorfgemeinschaft fußt. Auch dazu kein Wort in Kuczynskis Replik.

größeren Umfang erhalten.“ (Hervorhebung von mir, A.S.)¹³ Wo läge der Erkenntnisgewinn, sich mit den Chimären der Parallelwelt auseinanderzusetzen, wenn die politische Interpretation der wirklichen Revolution schon schwierig genug ist, wie in der letzten AzD gezeigt wurde?

Nochmals Paragraph 5

In seiner Replik auf meinen Artikel geht Genosse Kuczynski noch einmal auf die Bedeutung seiner Entdeckung des fatalen Paragraphen 5 ein: „Ziffer (5) des Dekrets lautet: ‚Der Boden der einfachen Bauern und einfachen Kosaken unterliegt nicht der Konfiskation.‘ Sie steht damit in diametralem Gegensatz zu Punkt (1) des Wählerauftrags: ‚Das Privateigentum an Grund und Boden wird für immer aufgehoben... Der gesamte Boden... wird entschädigungslos enteignet...‘, wobei die Formulierung ‚der gesamte Boden‘ genau spezifiziert und darunter auch ‚das Gemeinde- und Bauernland‘ genannt wird. Genau diese im Wählerauftrag formulierte entschädigungslose Enteignung (Konfiskation) des Bauernlandes ist im Dekret ausdrücklich ausgeschlossen. Nichts anderes hatte ich in meinem Aufsatz festgestellt (S. 136/37).“

Neben dem Genossen Kuczynski ist dem bei bürgerlichen Historikern so beliebten Robert Service in seiner Lenin-Biographie ebenso diese „Unstimmigkeit“ aufgefallen. „Das Dekret ermangelte auch der rechtlichen Kohärenz. ... Auch die Terminologie war vage. So war festgelegt, dass der Grundbesitz von ‚einfachen Bauern‘ nicht angetastet werden sollte. Wer diese einfachen Bauern waren, wurde jedoch nicht gesagt. Und gleichzeitig wurde verfügt, das Privateigentum an Grund und Boden, also vermutlich auch der Grundbesitz von Bauern, solle für alle Zeiten abgeschafft werden. Doch juristische Feinheiten interessierten Lenin nicht. Er wollte, dass das Dekret einen ‚demonstrativen‘ Effekt hatte und den Fortgang der Revolution förderte.“¹⁴

Zumindest mit dem letzten Satz liegt R. Service richtig. Das Agrardekret diente dazu, die bäuerliche Agrarrevolution zu befeuern und vermied deshalb jegliche genauere Definition zur Landverteilung. Dies sollte die Bauernschaft selbst regeln. Weshalb dann dieser Satz „der Boden der einfachen Bauern und einfachen Kosaken unterliegt nicht der Konfiskation“ bzw. die mangelnde „juristische Feinheit“ des Dekrets, die Service entdeckt hat? Der Ursprung dieser Widersprüchlichkeit liegt in der Differenziertheit der Agrarverhältnisse des zaristischen Russlands, die Nolte im obigen Zitat kurz angerissen hatte, die bezeichnenderweise weder von Service noch von Kuczynski erwähnt werden.

In meinem Text (AzD 90) hatte ich ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es „irreführend“ sei „von *der* ‚russischen Bauernschaft‘ zu sprechen, da sie sowohl geographisch als auch sozial sehr unterschiedlich geprägt war. ... 1905 verfügten in den 46 Provinzen des europäischen Teils von Russland 8,68 Millionen Haushalte über Land, das formell der kommunalen Neuaufteilung unterstand, während 2,3 Millionen über Landbesitz auf erblicher Basis verfügten (das also vom Vater auf den Sohn

¹³ Hans Heinrich Nolte: Kleine Geschichte Russlands, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2006, S. 186

¹⁴ Robert Service: Lenin, München 2002, S. 414

übergang). ... Diese unterschiedlichen Eigentumsverhältnisse sind dazu regional deutlich geschieden. Die Ukraine, das Baltikum, teilweise Sibirien und verschiedene kosakische Siedlungsgebiete sind Regionen mit Privateigentum am Boden. Hier nimmt die Revolution einen anderen Verlauf als in den Gebieten der Umteilungsgemeinde.“ (AzD 90, S. 14) In dem Artikel wird dann im Folgenden kurz die Geschichte der Obščina-Bauernschaft entwickelt, da sie die Mehrheit der russischen Bauernschaft ausmachte. Zum Verlauf der Agrarrevolution in den oben angeführten, nicht von der Obščina geprägten Regionen treffe ich keine Aussagen.

In den Gebieten der Dorfgemeinde hatte der den Genossen Kuczynski so beunruhigende Satz (Paragraph 5) keine ernstzunehmende Bedeutung. So schreibt Altrichter: „Das meiste Land kam vom Adel (63 %), viel aber auch von den größeren Einzelbauern (19%), die im letzten Jahrzehnt vor der Revolution aus dem Dorfverband ausgeschieden waren und Boden hinzugekauft hatten.“¹⁵ **Die Dorfgemeinde holte sich dieses Land mit der Revolution zurück**, wie in meinem Artikel dargestellt und von der bürgerlichen Forschung belegt wird.

Was aber geschah in jenen Regionen, die nicht von der Dorfgemeinschaft geprägt waren? Auf diese Regionen dürfte der letzte Satz des Dekrets oder Wählerauftrags abzielen, da in ihm die Kosaken ausdrücklich erwähnt werden. Und für diese Regionen macht der Satz aus einem sehr einfachen Grund Sinn. **Es gab in diesen Regionen keine gesellschaftliche Kraft, die das Land des privatwirtschaftenden bäuerlichen Eigentümers „konfiszieren“ und neu aufteilen konnte oder wollte.** Selbst gegenüber dem Großgrundbesitz tritt hier die bäuerliche Revolution sehr „zurückhaltend“ auf, um es vorsichtig zu umschreiben. „In den Randgebieten des Reiches ... wurde die Enteignung des Großgrundbesitzes erst in den 20er Jahren nachgeholt.“¹⁶

Um diese regional durchaus umfänglichen Regionen (die Ukraine, das Baltikum, teilweise Sibirien und verschiedene kosakische Siedlungsgebiete) nicht direkt gegen die proletarische Minoritätenrevolution aufzubringen (wie es dann ab dem Sommer 1918 geschieht), wird ihnen ihr Besitz durch das Dekret zugesichert. Lenin selbst formuliert dies relativ deutlich im Schlussteil seiner Rede zum Agrardekret: „Deshalb sind wir gegen jede Abänderung dieses Gesetzentwurfes, *wir wollen keine Detaillierung, weil wir ein Dekret und kein Aktionsprogramm schreiben.* Russland ist groß, und die örtlichen Verhältnisse sind mannigfaltig. Wir glauben, dass die Bauernschaft selbst es besser verstehen wird, die Frage richtig, so wie es notwendig ist, zu lösen.“ (AzD, S. 24)

Der „diametrale Gegensatz“ zwischen Punkt (1) des Wählerauftrags und Ziffer (5) des Dekrets, der dem Genossen Kuczynski so Probleme bereitet, war ein Produkt der gesellschaftlichen Realität der russischen Agrarverhältnisse (obščina versus Einzelbauern), zwischen **Landbesitzern** (vermittelt durch die Dorfgemeinde) und **Landesigentümern**, zwischen den zentralrussischen Rayons und den Randgebieten. Die Untersuchung der Agrarrevolution in den Randgebieten ist eine eigenständige Aufgabe

¹⁵ Helmut Altrichter: Staat und Revolution in Sowjetrußland, Darmstadt 1981, S. 82

¹⁶ Altrichter, S. 83

und war nicht Thema meines Artikels. Für das Jahr 1917, für den Oktoberumsturz und für die bäuerliche Agrarrevolution, besaßen diese Regionen keine ernsthafte Bedeutung. Diese gewannen sie erst als Stützpunkte der Konterrevolution ab Mitte 1918.

Die „eigene Scholle“

Besonders missverstanden fühlt sich der Genosse durch meine Darstellung seiner Position zur Entwicklung des Kapitalismus in der russischen Landwirtschaft. So schreibt er in seiner Replik: „Genosse Schröder meint, ich hätte der Aussage Plechanovs zugestimmt, dass ‚die wirtschaftliche Tätigkeit der Bauern... nicht auf den Sozialismus, sondern auf den Kapitalismus gerichtet sein‘ werde (S. 20). Das glatte Gegenteil ist der Fall, denn ich zitiere (und kommentiere) an dieser Stelle zwar Plechanov, stelle aber im unmittelbar darauf folgenden Absatz völlig unmissverständlich fest: ‚Die große Masse der Bauern war nach der entschädigungslosen Enteignung de Gemeindelandes weder am Erhalt des Kapitalismus noch am Aufbau des Sozialismus interessiert, sondern an ihrer eignen Scholle und an ihrem eignen Wohlergehen‘ (S. 138). Schon deshalb ist sein Vorwurf, ich würde ‚die Aufrichtung des Kapitalismus... als unvermeidliche, gesetzmäßige Entwicklung unterstellen‘ (S. 20), ganz und gar unbegründet“.

Plechanow wie Lenin gingen davon aus, dass die russischen Bauern zwar subjektiv Gegner des Kapitalismus in der Landwirtschaft waren, dass aber die Gesetzmäßigkeit der ökonomischen Entwicklung unvermeidlich zur Auflösung der Dorfgemeinde und Durchsetzung eines freien, kapitalistisch wirtschaftenden „Farmertums“ (wie Lenin es nannte) führen würde. Diese Auffassung teilt auch Kuczynski – anders kann ich den roten Faden seiner Darstellung auf Seite 138 vom Plechanov-Zitat über die „eigene Scholle“ bis hin zur Bestrafung durch die „Zwangskollektivierung“ nicht lesen.

Allerdings sträubt er sich gegen diese Feststellung: er hätte sich von Plechanov „völlig unmissverständlich“ abgegrenzt, indem er formulierte „die große Masse der Bauern war ... an ihrer eignen Scholle und an ihrem eignen Wohlergehen (interessiert).“ Das nenne ich weder eine „unmissverständliche“ Abgrenzung, noch ist es überhaupt ein Argument. An ihrem eignen Wohlergehen waren die Bauern sicherlich zu allen Zeiten interessiert, aber eine Abgrenzung zu der von Lenin und Plechanov unterstellten Tendenz der ökonomischen Entwicklung ist die zitierte Passage nicht.¹⁷ Kuczynski flüchtet vor den ökonomischen Kategorien in die Sprache der deutschen Heimatdichtung.

Der russische obščina-Bauer kannte weder vor noch nach der Agrarrevolution 1917 eine „eigene Scholle“. Sein Ackerland wurde ihm alle drei, sechs, neun oder

¹⁷ Dass sowohl Lenin wie Plechanov die der kapitalistischen Entwicklung entgegenwirkenden Tendenzen der Umteilungsgemeinde vernachlässigten, dass sie die Zersetzung der Dorfgemeinde überschätzten und zu politisch fehlerhaften Schlussfolgerungen gelangten, war ein Thema meines Artikels in der AzD 90.

zwölf Jahre neu von der Dorfgemeinde zugeteilt. Die „eigene Scholle“ war somit alle paar Jahre eine andere. Die aus der deutschen Heimatdichtung entlehnte Begrifflichkeit von der „eigenen Scholle“ spiegelt die Interessen einer anderen, nämlich der westeuropäischen Bauernschaft wider, die für das **uneingeschränkte Privateigentum am Boden**, gegen feudale Vorrechte und Abgaben gekämpft hatte. Der russische obščina-Bauer kämpfte für das **Verbot des Privateigentums am Boden, für die Ausdehnung des Gemeindelandes auf Kosten der Privateigentümer**.

Das Kuczynskis sich in seiner „Replik“ beklagt, falsch zitiert oder falsch verstanden worden zu sein, hat eine einfache Ursache: Er besitzt keine ernsthaften Kenntnisse der russischen Agrarrevolution und hütet sich deshalb, auch nur in einer Frage des Verlaufs und der sozialökonomischen Inhalte der russischen Revolution eine konkrete Position zu beziehen. Dafür aber besitzt er eine überbordende Phantasie, was in Russland hätte geschehen können, wenn man auf Marx gehört und Lenin und Plechanov dies nicht völlig anders gesehen hätten.¹⁸ Sich damit näher auseinanderzusetzen bringt keinen Erkenntnisgewinn.

Geschichtliches

In seiner Replik schreibt der Genosse, dass für die adäquate Auseinandersetzung mit seiner Theorie von der „Achillesferse der Revolution“ eine Auseinandersetzung nicht mit der „Geschichte der russischen Dorfgemeinschaft“, sondern mit der „Geschichte der sowjetischen Landwirtschaft“ nötig gewesen wäre: „Da wäre allerdings nicht ein Blick in die Geschichte der russischen Dorfgemeinde vonnöten gewesen, sondern einer in die Geschichte der sowjetischen Landwirtschaft, und der fehlt eben leider auch“, so Kuczynski ziemlich am Ende seiner Replik. Dass dies in dem Artikel **nicht** das Thema war, dürfte sowohl ihm als auch den Lesern klar sein.

Ein Blick in die Geschichte der russischen Dorfgemeinde war allerdings unerlässlich, da nicht nur der Genosse Kuczynski, sondern bedeutende Teile der Linken, die Marxsche Position aus dem Sassulitsch-Brief zur Grundlage ihrer Vorstellungen zum Verlauf der russischen Geschichte und Revolution gemacht haben. Es war daher unvermeidbar, die Marxsche Position historisch einzuordnen (damaliger Stand der Forschung) und ihre Untauglichkeit für das Verständnis der russischen Verhältnisse herauszuarbeiten. Dass der Genosse sich damit nicht gerne näher auseinandersetzen möchte, ist verständlich, bildet doch das Marx-Zitat aus dem Brief die Quelle, aus der er seine oben dargestellte Parallelwelt entwickelt hat.

Nicht besser steht es bei ihm mit dem Thema „sowjetische Landwirtschaft“. Auch hier fabuliert er im „luftleeren Raum“, ohne Tatsachen oder Belege und diesmal sogar ohne Zitate von Marx oder Lenin. „Auf einem unzerstörten und durch die Enteignung der großen Privateigentümer gewaltig angewachsenen Gemeindeland eine technisch moderne und ökonomisch effektive Großraumwirtschaft aufzubauen, wäre im rückständigen Russland der 1920 Jahre ... gewiss ein schwieriges Unterfangen gewesen, aber kein aussichtsloses Unternehmen.“¹⁹ Unser Kritiker scheint sich mit der Ge-

¹⁸ Kuczynski, S. 139

¹⁹ Kuczynski, S. 139

schichte der „sowjetischen Landwirtschaft“ genauso intensiv beschäftigt zu haben, wie mit der Geschichte der russischen Dorfgemeinde.

Hier gilt es, die Bolschewiki vor unzutreffender Kritik in Schutz zu nehmen. In der wirklichen Geschichte haben die russischen Kommunisten mit Nachdruck versucht, solche Betriebe zu schaffen. Lutz Häfner spricht für Ende 1918 von über 3.100 Staatswirtschaften allein im europäischen Teil Russlands. „Auf der Grundlage statistischer Angaben aus 32 Gouvernements kam das Volkskommissariat für Landwirtschaft zu dem Ergebnis, dass nach der Landverteilung ... 2,9 % der Böden von Kollektiven, 11,9 % vom Staat ... genutzt wurden.“²⁰ Damit wären über 14 Prozent der Bodenfläche in kollektive oder staatliche Produktion übergegangen. Altrichter schreibt dazu: „In den Revolutions- und Bürgerkriegsjahren hatte der Staat die Gründung von Sowjet- und Kollektivwirtschaften lautstark propagiert und vorbehaltlos gefördert. ... Und dass die ‚Organisation einer sozialistischen Großlandwirtschaft‘ ... das Ziel der bolschewistischen Agrarpolitik war, hatte das im März 1919 verabschiedete Parteiprogramm noch einmal mit Nachdruck bestätigt.“²¹ Weitere Zitate anzuführen will ich mir ersparen.

In der wirklichen Welt der russischen Revolution hat man das „schwierige Unterfangen“ mit großem Elan angegangen. Warum es letztlich nicht zu den gewünschten Ergebnissen geführt hat, ist ein anderes Thema.²² Sicherlich lag es aber nicht an der von Kuczynski unterstellten mangelnden Erkenntnis der Notwendigkeit einer sozialistischen Großlandwirtschaft oder der mangelnden Bereitschaft der Bolschewiki, sie aufzurichten. Der Genosse konstruiert sich auch hier eine Parallelwelt, in der er Rezepte für eine erfolgreiche Agrarpolitik ausstellen kann, ohne den tatsächlichen Verlauf der sowjetischen Landwirtschaft näher untersucht zu haben.

Einige Hinweise zum Schluss

Da mir nur eine begrenzte Zeichenzahl für die Antwort von der Redaktion vorgegeben ist und die Behandlung des Paragraphen 5 trotz seiner für die russische Revolution weitgehend irrelevanten Bedeutung bereits unangemessen viel Platz erhalten hat, hier zum Schluss noch einige Bemerkungen.

Um welche Fragen ging es in meinem Artikel?

Im ersten Teil des Artikels wurde das **Marxismusverständnis der Linken in Deutschland kritisiert**. Zwei Positionen standen dabei im Zentrum der Kritik. Zum einen die Geschichtsherleitung aus der stalinschen Formationstheorie, die für den osteuropäisch geprägten Marxismus typisch war, und zum anderen die speziell in Deutschland verbreitete Richtung, die durch eine Neuinterpretation der Schriften von

²⁰ Lutz Häfner: Die Partei der Linken Sozialrevolutionäre, Köln 1994, S. 317

²¹ Altrichter: Die Bauern von Tver, S. 175

²² Wer sich weitergehend für die Ursachen des Scheiterns interessiert, sei auf unser Buch „Von der Oktoberrevolution zum Bauernsozialismus“ (VTK-Verlag 1993, S. 123-291) sowie einen Artikel des Genossen Karuscheit in der AzD Nr. 67 (März 1999), verwiesen. Im Netz unter: https://kommunistische-debatte.de/?page_id=1687

Marx, Engels und Lenin einen neuen Zugang zur russischen Geschichte und Revolution gewinnen wollte und (wie Kuczynski belegt) noch immer will.

1. Wurde in meinem Artikel **die Position von Marx, Engels und Lenin zur Geschichte und Gestalt der russischen Dorfgemeinde hinterfragt**. Die bürgerliche Wissenschaft ist heute in der Lage, eine komplett andere Geschichte der russischen Dorfgemeinde zu präsentieren, als wir sie in den Schriften von Marx und Lenin finden können. „Bei dieser Faktenlage ist es zweifelsfrei eine originelle Idee, das Scheitern des Sozialismus in der Sowjetunion aus den Abweichungen Lenins von der Marxschen Interpretation erklären zu wollen“ (AzD S. 18), wie der Genosse Kuczynski es in seinem Artikel versucht hat.²³

2. War die Herausarbeitung des **Doppelcharakters des russischen Oktobers**, als proletarischer Minoritätenrevolution in den Städten und einer eigenständigen, rückwärtsgewandten bäuerlichen Revolution in großen Teilen Russlands, Thema des Artikels.

3. **Man kann den russischen Oktober nicht gegen die bürgerliche und kleinbürgerliche Kritik verteidigen, ohne grundsätzlich mit der stalinschen Interpretation (Kurzer Lehrgang) des Revolutionsjahres 1917 zu brechen**. Die Form des geplanten und bewusst herbeigeführten Umsturzes ist inzwischen zu deutlich belegt. Weshalb diese Form nicht nur möglich, sondern auch notwendig war, ist nur verständlich, wenn die Ereignisgeschichte des Jahres 1917 vollständig anders begriffen wird als es der „Kurze Lehrgang“ vorgibt.

Dies waren die wesentlichen Aussagen meines Artikels. Und sie enthalten ausreichend Sprengstoff für eine ernsthafte Diskussion. Welche Position bezieht der Genosse Kuczynski zu diesen Ausführungen? **Gar keine**, und das, obwohl diese Aussagen allesamt in Abgrenzung zu seiner Veröffentlichung entwickelt wurden. Er beklagt mit einem larmoyanten Unterton, falsch zitiert und vielleicht sogar absichtlich falsch verstanden worden zu sein. **Zu den wesentlichen inhaltlichen Fragen – siehe die vier genannten Punkte – kein Wort von ihm**. Eine Kritik, die sich nicht zum eigentlichen Thema äußert, die die zentralen Positionen der Auseinandersetzung vollständig umgeht, das ist ein Geplänkel ohne substantiellen Inhalt. Das ist keine ernsthafte Diskussion.

²³ „Ich möchte vielmehr zu der Frage zurückkehren, in der es einen klaren Dissens gibt zwischen der 1882 von Marx und Engels formulierten Sicht und der unter Lenin praktizierten Politik.“ (Kuczynski, S. 136)

Peter Miso

Zukunftsmusik auf der Kindertrompete

Eine Auseinandersetzung mit dem Buch von Christian Hofmann/Philip

Broistedt: Goodbye Kapital (Verlag Books on Demand, Juni 2019)

So trat aber an die Stelle des Handels ein System direkter Güterverteilung von den nationalen Vorrathäusern aus. Dabei ist aber das Geld ein durchaus überflüssiges Ding. (Edward Bellamy: Rückblick aus dem Jahre 2000 [1887])

Thematisches Vorspiel - Wie Chris&Phil ihr Thema gefunden haben

Occupy ...

Occupy, von Chris&Phil als „globale Revolte“ deklariert, hatte im bürgerlichen Philosophen Noam Chomsky einen prominenten Unterstützer, trotzdem gab es diese, im Herbst 2011 beginnende, Protestbewegung nur für einige Monate, und eigentlich nur in den USA. Für Chomsky, bei dem sich Klassenkampf grundsätzlich auf den Gegensatz von Arm und Reich (entsprechend dem Occupy-Slogan: 99 % gegen 1 %) reduziert, ist das wichtigste Moment der Occupy-Bewegung „die Schaffung von Gemeinschaften, die auf gegenseitiger Unterstützung, demokratischen Austausch, der Sorge füreinander usw. bestehen.“¹

... und die Tea Party

Die offensichtliche Harmlosigkeit der Occupy-Bewegung verdeutlicht noch stärker der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Philip Mirowski: „Die Rebellen schimpfen gegen die Macht der Konzerne, ohne zu wissen, wie sie funktioniert. Das Ergebnis war wie vorherzusehen ein Scheitern auf ganzer Linie. Zum Beispiel gelang die proklamierte Besetzung der Wall Street zu keinem Zeitpunkt - das Camp im Zuccotti Park befand sich mehrere Straßen weiter entfernt. Als der Sicherheitsapparat binnen weniger Tage an mehr als 18 Orten in Aktion trat, wurde am 15. November 2011 auch der Zuccotti Park geräumt und die Bewegung brach praktisch zusammen.“ Mirowski stellt weiter fest, dass die Occupy-Bewegung sich nicht von der erzkonservativen Tea-Party-Bewegung zu unterscheiden vermochte – „Noch schwerer wog allerdings, dass die Tea Party bewusst darauf ausgerichtet war, ihren Anhängern durch kommerzialisierten Protest Betätigungsfelder und erbauliche politische Identitäten zu bieten, während die Occupy-Bewegung nur die endlose Simulation eines anarchistischen Indianerfestes anbot, Zeltlager inklusive.“²

Anarchistische Demokratie

Für einen der maßgebenden Initiatoren, David Graeber, steht es außer Frage: „Occupy Wall Street ist in der Tat vom Anarchismus inspiriert, aber die Bewegung steht

¹ Noam Chomsky: Occupy! - Münster 2012, S. 58 [Deutsche Ausgabe]

² Philip Mirowski: Untote leben länger, Berlin 2015, S. 279 u. 282f. [Deutsche Ausgabe]

auch für eben die Tradition volksnaher amerikanischer Demokratie“³; wobei Graeber den amerikanischen Staat, die USA, als autoritär-aristokratische Herrschaft einschätzt, unter Demokratie aber, in einem anarchistischen Sinne, eine direkte anstatt einer parlamentarischen verstanden wissen will, mit kollektiver Versammlung statt Volksvertreter-Wahl, mit Konsens-Beschlüssen statt Mehrheits-Abstimmungen.

Das Geldrätsel

Das Verhältnis von Chris&Phil zur Occupy-Bewegung ist ambivalent, einerseits begeistert von deren aktiven Protest und Widerstand, sehen sie andererseits doch ihre tatsächliche politische Belanglosigkeit. „Plötzlich empörten sich massenhaft Menschen und setzten sich auch in Bewegung. Die Formen, in denen sie dies taten, erschienen uns dabei allerdings zunächst so diffus, abstrakt und widersprüchlich, dass wir wenig Chancen sahen, mit einer Generalkritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen punkten zu können. [...] Im Nachhinein, beim nochmaligen Lesen von Flugschriften aus Spanien, Portugal und den USA fiel uns auf, dass die Protestbewegung(en) in ihrer Entwicklung einige kluge Fragen entwickelt haben. Im Kern ging es dabei um das Rätsel, *warum das Geld, das doch vom Menschen geschaffen und entwickelt wurde, nicht in seinen Diensten steht, sondern über ihm.*“ (S. 7f.) 'Goodbye Kapital' soll nun des Rätsels Lösung beinhalten. „Warum die Menschen dem Geld dienen und wie sie sich davon befreien könnten“, lautet der Untertitel ihres Büchleins (140 Seiten).

Was Geld ist - und was Chris&Phil dabei außer Acht gelassen haben

„Das Geld ist nicht nur *ein* Gegenstand der Bereicherungssucht, es ist *der* Gegenstand derselben.“ (Karl Marx: Zur Kritik der politischen Ökonomie - MEW 13, S. 110)

In absichtlich möglichst einfachen Worten möchten die Autoren ihr Anliegen darstellen, um „für alle verständlich [zu] sein, die sich eine andere Welt wünschen.“ (S. 18f.) Doch ihre Simplifizierungen gehen auf Kosten von wissenschaftlicher Klarheit. Durch die fehlende Unterscheidung von Gebrauchswert und Tauschwert z.B. verschwimmt ihnen die Konsumtionssphäre in der Zirkulationssphäre. Sie verzichten weitgehend auf eine geschichtliche Erörterung und versuchen hauptsächlich das was Geld ist ganz in Alltagsbeispielen der Gegenwart zu erklären. Zuerst im Warenaustausch, mit einem etwas unglücklichen Beispiel einer Werbe-Agentur und einer Kleiderfabrikation, dann über die drei Funktionen des Geldes - als Maß der Werte, als Zirkulationsmittel, als Wert-Repräsentant - zur Kapitalbildung.

Die Macht des Geldes

Die Tatsache des kapitalistischen Akkumulationszwanges verleitet Chris&Phil dazu, die dritte Funktion des Geldes, als Wertaufbewahrungsmittel, zu vernachlässigen, ja geradezu auszuschließen, selbst da, wo sie einen flüchtigen Blick auf die „Konten der Superreichen“ (S. 68) werfen, vielmehr denken sie, alles gehortete Geld müsse wieder zu aktiven Kapital gemacht werden – „denn vermehren sie ihr Geld nicht,

³ David Graeber: inside Occupy, Frankfurt a.M. 2012, S. 103

werden sie es verlieren, und damit ihre Stellung und ihre Macht.“ (S. 73) Doch dem ist nicht so. „Die Bereicherungssucht im Unterschied von der Sucht nach besonderem natürlichen Reichtum oder Gebrauchswerten, wie Kleider, Schmuck, Herden usw., ist nur möglich, sobald der allgemeine Reichtum als solcher in einem besonderem Ding individualisiert ist und daher als einzelne Ware festgehalten werden kann. Das Geld erscheint also ebensowohl als Gegenstand wie Quelle der Bereicherungssucht.“⁴ Die alte Gier nach Gold ist noch wirksam, und nicht selten die Schatzbildung mit Geiz verbunden.

Mit vorhandenen Geldverhältnissen (bzw. Besitzverhältnissen) werden bestehende Herrschaftsverhältnisse zementiert. „Der Klassenkampf der antiken Welt z.B. bewegt sich hauptsächlich in der Form eines Kampfes zwischen Gläubiger und Schuldner und endet in Rom mit dem Untergang des plebejischen Schuldners, der durch den Sklaven ersetzt wird. Im Mittelalter endet der Kampf mit dem Untergang des feudalen Schuldners, der seine politische Macht mit ihrer ökonomischen Basis einbüßt. Indes spiegelt die Geldform - und das Verhältnis von Gläubiger und Schuldner besitzt die Form eines Geldverhältnisses - hier nur den Antagonismus tiefer liegender ökonomischer Lebensbedingungen wider.“⁵ Das Verhältnis von 'Gläubiger und Schuldner' ist das von Herr und Knecht, die Entwicklung des Geldes aus und in den Handelsgeschäften ein juristischer Akt, die Gesetze des Handels, der Schulden, des Marktes.

Es gab, in den letzten 200 Jahren, nicht nur eine Kapital-Metamorphose der Art, dass „die landwirtschaftlichen Nutzflächen nach und nach durch Immobilien sowie durch das gewerbliche und das Finanzkapital ersetzt wurden, das in Unternehmen und in die öffentliche Hand investiert wurde“⁶, auch das Kapital-Nationaleinkommen-Verhältnis hat sich verändert, wobei Thomas Piketty, der dies untersuchte, unter Kapital die Summe aller privaten Vermögenswerte rechnet, während das Nationaleinkommen die Summe aller Einkünfte darstellt (Löhne, Profite, Zinsen etc.), seine Formel $r > g$ besagt: Vermögen ist immer größer als Einkommen bzw. das Einkommen wächst langsamer als das Vermögen, was bei einer bereits gegebenen ungleichen Verteilung vorhandenen Vermögens auf eine zunehmende Ungleichheit von Arm und Reich hinausläuft (nach einem Rückgang 1914-45 auf das bloß noch Zwei- bis Dreifache des (National-)Einkommens ist das (Privat-)Vermögen 2010 bereits wieder auf das Vier- bis Sechsfache angestiegen⁷). Natürlich spielen hier die staatlichen Steuern eine Rolle - eine progressive, die für Reichere mit höherem Einkommen einen höheren Steuersatz vorsieht als für Ärmere, statt einer proportionalen, wenn der Steuersatz für alle gleich ist, mindert das Vermögen-Einkommen-Verhältnis, ein regressiver Steuersatz, der die Reicheren niedriger be-

⁴ Karl Marx: Zur Kritik der politischen Ökonomie, MEW 13, S. 110

⁵ Karl Marx: Das Kapital Erster Band, MEW 23, S. 149f.

⁶ Thomas Piketty: Das Kapital im 21. Jahrhundert, München 2018, S. 159 - vergl. Schaubild: <http://piketty.pse.ens.fr/files/capital21c/pdf/G3.1.pdf>

⁷ <http://piketty.pse.ens.fr/files/capital21c/pdf/G0.I.2.pdf>

Zukunftsmusik

steuert als die Ärmeren, wie seit den 1970er Jahren nachweisbar, lässt die Reichen wieder schneller reicher, die (relativ) Armen noch ärmer werden.

Schon früher gab es die Problematik der Steuerhinterziehung, die eine reale Anwendung einer progressiven Einkommenssteuer erschwerte oder gar unmöglich machte. „Man kann eine Einkommenssteuer mit progressiv steigenden und für die großen und größten Einkommen sehr hohen Sätzen einführen. Unsere Regierung hat, den anderen imperialistischen Regierungen folgend, diese Steuer eingeführt. Aber sie bleibt in bedeutendem Maße eine Fiktion, bleibt toter Buchstabe, denn erstens sinkt der Wert des Geldes immer rascher, und zweitens werden umso mehr Einkünfte verheimlicht, je mehr die Spekulation die Quelle dieser Einkünfte bildet und je zuverlässiger das Geschäftsgeheimnis gehütet wird.“⁸, schreibt Lenin im September 1917 zur Lage in Russland. Im Jahr 2013, da Geld und Wertpapiere nicht mehr so einfach transportiert werden können, fast alles über Kontenbuchungen geschehen muss, beschreibt Gabriel Zucman, ein Schüler von Piketty, wie das gehandhabt wird (via Scheinfirmen und Zahlungs-Überweisungen für fiktive Dienstleistungen) und wieder, soweit berechenbar, weltweite Stand des versteckten Geld-Vermögens, das wiederum nur ein Bruchteil des Gesamtvermögens, der Reichen und Superreichen aktuell aussieht. „Zum Umfang der Offshore-Vermögen zeigen meine Berechnungen, dass sich weltweit etwa acht Prozent des privaten Finanzvermögens in Steueroasen befindet. ... Das private Finanzvermögen besteht aus sämtlichen Bankguthaben, Spareinlagen, Aktien- und Anleiheportfolios, Anteilen an Investmentfonds und Versicherungsverträgen von Privatpersonen der ganzen Welt, abzüglich ihrer Schulden. ... Ende 2013 etwa 73000 Milliarden Euro. ... acht Prozent, also 5800 Milliarden Euro auf Konten in Steueroasen.“⁹

Da sind immer einzelne Kapitalisten, die eine Machtfunktion ausüben, ihr (Geld-) Vermögen nutzen, um politisch Einfluss zu gewinnen, womit sie aber, selbst wenn nur egoistisch gemeint, letztlich solidarisch für ihre Klasse handeln. „Mit der Ausdehnung der Warenzirkulation wächst die Macht des Geldes ... Das Geld ist aber selbst Ware, ein äußerlich Ding, das Privateigentum eines jeden werden kann. Die gesellschaftliche Macht wird so zur Privatmacht der Privatperson.“¹⁰

Die Börse

Obwohl der Ausgangspunkt von Chris&Phil die Occupy-Bewegung ist, reden sie in Sachen Geld-Geschäft nur vom Geld als solchem, Banken und Börsen werden bloß flüchtig erwähnt, doch deren wichtige Rolle im Zusammenhang mit internationaler kapitalistischer Wirtschaft sollte beim Thema Geld nicht unerörtert bleiben. „An der Börse wird ein Geschäft geschlossen über eine nicht gegenwärtige, oft noch unterwegs befindliche, oft erst künftig zu produzierende Ware, zwischen einem Käufer, der sie regelmäßig nicht selbst behalten, sondern (womöglich noch, ehe er sie ab-

⁸ Lenin: Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll, LW 25, S. 364

⁹ Gabriel Zucman: Steueroasen, Berlin 2014, S. 47 - vergl. das Datenmaterial online: <http://gabriel-zucman.eu/richeesse-cachee/>

¹⁰ Karl Marx: Das Kapital Erster Band, MEW 23, S. 145f.

nimmt und bezahlt) mit Gewinn weitergeben will und einem Verkäufer, der sie regelmäßig noch nicht hat, meist nicht selbst hervorbringt, sondern mit Gewinn erst beschaffen will.“¹¹

Aus formlosen Versammlungen der Kaufleute entstand als feste Einrichtung die Börse, das Wort wurde im 16. Jahrhundert geprägt, einerseits nach dem Versammlungsort in Brügge, ein Platz, nach der Familie van der Bourse benannt, andererseits nach dem Namen der Lederbeutel, in denen die Handelskaufleute ihre Wechsel aufbewahrten, die Bursa. Amsterdamer Gewürzhändler, die von Indonesien (dort, wo der Pfeffer wächst) große Fuhren einschifften, gründeten die 'Vereinigte Ostindische Kompanie' (1602), die erste Aktiengesellschaft. So entstand neben der Produktenbörse (Lebensmittel, Rohstoffe etc.) die Effektenbörse als Spekulationshandel mit Aktien, Wechsel und sonstigen Wertpapieren.

Isaac Pinto, holländischer Großkaufmann und Börsenspekulant, und ökonomischer Schriftsteller, belegt, dass wohl (oder übel) schon von Anfang an die Börsenspekulation als Spiel aufgefasst wurde: „Der Handel ist ein Spiel und an Bettlern kann man nichts gewinnen. Wenn man lange Zeit hindurch allen alles abgenommen hätte, so müsste man in gütlichem Übereinkommen den größten Teil des Gewinns wieder zurückgeben, um das Spiel von neuem anzufangen.“ (Pinto, „Traité de la Circulation et du Credit“, Amsterdam 1771)¹²

Marx registriert spät die Schädlichkeit der 'Börsenspieler': „Die Geldkrise, wie im Text bestimmt als besondere Phase jeder allgemeinen Produktions- und Handelskrise, ist wohl zu unterscheiden von der speziellen Sorte der Krise, die man auch Geldkrise nennt, die aber selbständig auftreten kann, so dass sie auf Industrie und Handel nur rückschlagend wirkt. Es sind dies Krisen, deren Bewegungszentrum das Geld-Kapital ist, und daher Bank, Börse, Finanz ihre unmittelbare Sphäre.“¹³

Marx&Engels unterschätzen anfangs die ökonomische Bedeutung der Börsenspekulation, die oben zitierte Anmerkung findet sich erst in der dritten (deutschen) Auflage von 'Das Kapital Erster Band'. Chris&Phil glauben gar nicht an eine ökonomische Wirksamkeit von Banken Krisen, für sie bedeutet die Krise von 2008 eine Weltmarktkrise, eine Überproduktionskrise, die den Finanzsektor infizierte, nicht umgekehrt. Hyman Minsky dagegen schließt aus seinen Untersuchungen zu instabilen Finanzierungen (nicht-erfüllbare Zahlungsverpflichtungen eines nur spekulativen Bestandes von Geld und Quasigeld): „Die Wirtschaftseinheiten hängen in zunehmendem Maße vom normalen Funktionieren der verschiedenen Finanzmärkte ab.“¹⁴ Das Finanzdesaster 2008 scheint Minsky's Überlegungen Recht zu geben.

„Arbeit ist die einzige Substanz von Wert“

Die internationale Verflechtung der Produktion, die auch Grundlage der Börse, die Globalisierung des Kapitals, geprägt von Konzernen, bestimmt heute allgemein Ar-

¹¹ Max Weber: Die Börse [1894], in Max Weber: Politik und Gesellschaft, Neu Isenburg 2006

¹² zitiert nach Marx: Das Kapital Erster Band, MEW 23, S. 165

¹³ Karl Marx: Das Kapital Erster Band, MEW 23, S. 152, Anm. 99

¹⁴ Hyman P. Minsky: Instabilität und Kapitalismus [1970], S. 111f.

Zukunftsmusik

beitsverhältnisse und jede nationale Regierungspolitik, aber in den Marktbeziehungen, die in 'Goodbye Kapital' zur Sprache kommen, fehlt dieser reale Hintergrund, bloß abstrakt analysieren Chris&Phil eine vom Geld regierte Gesellschaft.

Ihr Schluss lautet dann: Weil Geld essentiell nur eine Summe gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit sei, könne es leicht durch eine direkte Form der Arbeitszeitmessung ersetzt werden. „Vieles, was dem Geld zugeschrieben wird, liegt eigentlich tiefer und steckt schon in der Ware. Dem Wert der Waren wie des Geldes liegt die Arbeit zugrunde. Dieser Wert bemisst sich wesentlich nach der Arbeitszeit. Arbeit ist die einzige Substanz von Wert.“ (S. 72).

Und die Zeit als Maß wird das Geld aufheben, im Konjunktiv – „Arbeitszeitkonten hätten also ähnliche Funktionen wie das Geld: als Maß für die geleistete Arbeitszeit, als Verteilungsmittel der Arbeitsprodukte und als ihr Repräsentant. Sie beruhen auf einer ähnlichen Grundlage - der geleisteten Arbeit. Aber da die Arbeit von vornherein geplant wäre, würde die Warenproduktion und mit ihr die Grundlagen des Geldes aufgehoben sein. Die durchschnittliche notwendige Arbeitsstunde wäre die Keimzelle der ökonomischen Verfassung der neuen Gesellschaft“ (S. 77) 'Plan und Arbeitszeitrechnung' soll das Geld als Nicht-Geld wieder in den Dienst der Menschen stellen.

Wunschwelten - oder: Über den Unterschied von Sozialismus und Kommunismus

„Ich bin verdammt zu warten / in einem Bürgergarten“ (Erich Mühsam: Rendezvous - Ausgewählte Werke Bd. 1, S. 27, Berlin-Ost 1978)

'Alternativen aus dem Rechner'

Bei der anvisierten Arbeitszeitrechnung beziehen sich Chris&Phil auf das Konzept der Arbeitsgutscheine, das Cockshott&Cottrell in ihrem Buch 'Alternativen aus dem Rechner' entwickelten, nach deren Glauben in Übereinstimmung zu Marxschen Aussagen in der 'Kritik des Gothaer Programms' (der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschland - wie sich zu dieser Zeit die SPD noch nannte) – „Demgemäß erhält der einzelne Produzent - nach den Abzügen - exakt zurück, was er ihr gibt. Was er ihr gegeben hat, ist sein individuelles Arbeitsquantum. Z.B. der gesellschaftliche Arbeitstag besteht aus der Summe der individuellen Arbeitsstunden. Die individuelle Arbeitszeit des einzelnen Produzenten ist der von ihm gelieferte Teil des gesellschaftlichen Arbeitstags, sein Anteil daran. Er erhält von der Gesellschaft einen Schein, dass er soundso viel Arbeit liefert (nach Abzug seiner Arbeit für die gemeinschaftlichen Fonds), und zieht mit diesem Schein aus dem gesellschaftlichen Vorrat von Konsumtionsmitteln soviel heraus, als gleich viel Arbeit kostet.“¹⁵, ohne dabei zu beachten, dass hier von Marx im Kontext Lasallesche Standpunkte kritisiert werden, von ihm nachfolgend als Vulgärsozialismus beschimpft, die dann im letztlich verabschiedeten Parteiprogramm so zu lesen sind: „Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft und die genossen-

¹⁵ Karl Marx: Kritik des Gothaer Programms, MEW 19, S. 20

schaftliche Regelung der Gesamtarbeit mit gemeinnütziger Verwendung und gerechter Verteilung des Arbeitsertrags.“¹⁶

Die spöttische Anmerkung von Marx im 'Kapital' – „Hier sei noch bemerkt, dass z.B. das Owensche 'Arbeitsgeld' ebensowenig Geld ist wie etwa eine Theatermarke.“¹⁷ - nehmen Cockshott&Cottrell als zustimmenden Beweis, mit ihren 'Arbeitskreditkarten' das Geld abzuschaffen. „Die Menschen werden für die geleistete Arbeit mit Arbeitsguthaben bezahlt. Für gemeinschaftliche Bedürfnisse gibt es Abzüge. Die Güter werden auf der Basis der in ihnen enthaltenen Arbeit verteilt, mit entsprechenden Abzügen bei den Arbeitsguthaben. Die Produktion wird auf einer direkten gesellschaftlichen Grundlage organisiert, wobei die Produkte nie die Form von Waren annehmen.“¹⁸

Es bleibt seltsam und beinahe unverständlich, an Lohn und Preis (wenn auch ohne Profit) in einer kommunistischen Gesellschaft festhalten zu wollen, anstatt eine bedarfsgerechte Verteilung vorhandener Wirtschaftsgüter anzustreben, ohne Auf- und Abrechnung von 'Arbeitsguthaben' (Junge können noch nicht arbeiten, Alte können es nicht mehr; die Bewertung der Arbeitsleistung von Künstlern ist problematisch; etc.).

'Grundrisse'

Chris&Phil benennen eine Stelle in den 'Grundrissen', in der sich Marx zur Frage der Überwindung des Geldes so äußere, dass sie daran anknüpfen zu können glauben - MEW 42, S. 49ff. – „Hier kritisiert Marx zeitgenössische Arbeitszeitutopist*Innen, die die Idee vertraten, Arbeitsprodukte nicht in Geld, sondern in 'Stundenzetteln', die die benötigte Arbeitszeit repräsentieren, zu bezahlen. Die von ihm gescholtenen 'Stundenzettler' sahen im Geld den Grund allen gesellschaftlichen Übels und hatten die Hoffnung, mit diesem auch alle anderen gesellschaftlichen Probleme aus der Welt zu schaffen. Detailliert und in aller Schärfe weist Marx nach, warum es unter *gegebenen Umständen* nicht möglich ist, Geld durch 'Stundenzettel' zu ersetzen und warum die Probleme tiefer liegen als in der Form, die der Lohn annimmt. Was aber ist, wenn wir von anderen Umständen ausgehen? Könnten die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen nicht so modifiziert werden, dass die Idee, Geld durch eine gesamtgesellschaftliche Arbeitszeitrechnung zu ersetzen, eine praktikable Form ist? Wer die *Grundrisse* einmal aus diesem Blickwinkel liest, wird zugeben müssen, dass Marx diese Möglichkeit wohlwollend, wenn nicht gar zustimmend in Betracht zog.“ (S. 10f.) Chris&Phil bieten zudem begeistert eine, allerdings exzessiv zusammengekürzte, Fassung der 'Grundrisse' online an¹⁹.

¹⁶ zitiert nach Dieter Dowe u. Kurt Klotzbach: Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, Bonn 1990

¹⁷ Karl Marx: Das Kapital Erster Band, MEW 23, S. 109, Anm. 50

¹⁸ W. Paul Cockshott/Allin Cottrell: Alternativen aus dem Rechner - Für sozialistische Planung und direkte Demokratie [1993], Köln 2006/2012, S. 46

¹⁹ http://assoziation.info/grundrisse_grundrisse_lesen.htm

Zukunftsmusik

Doch sie lesen in Marx etwas hinein, was so gar nicht herauslesbar ist; da ist keine Zustimmung zu den Stundenzetteln bzw. dem Arbeitsgeld (beides meint dasselbe), auch in den 'Grundrissen' findet sich eine deutliche Ablehnung dieser sozialistischen Form des Lohns, weil eben jede Form des Lohns, egal ob Münzen oder Zettel, nichts am System der Lohnarbeit selbst ändert, das abzuschaffen ein kommunistischer Ziel-punkt ist. Marx schreibt, es bleibt die „Frage, ob die verschiedenen zivilisierten Formen des Geldes — Metallgeld, Papiergeld, Kreditgeld, Arbeitsgeld (letztes als sozia-listische Form) — erreichen können, was von ihnen verlangt wird, ohne das in der Kategorie Geld ausgedrückte Produktionsverhältnis selbst aufzuheben [...] Die ver-schiednen Formen des Geldes mögen der gesellschaftlichen Produktion auf ver-schiednen Stufen besser entsprechen, die eine Übelstände beseitigen, denen die andre nicht gewachsen ist; keine aber, solange sie Formen des Geldes bleiben und solange das Geld ein wesentliches Produktionsverhältnis bleibt, kann die dem Verhältnis des Geldes inhärenten Widersprüche aufheben, sondern sie nur in einer oder der andern Form repräsentieren. Keine Form der Lohnarbeit, obgleich die eine Missstände der andren überwältigen mag, kann die Missstände der Lohnarbeit selbst überwältigen.“²⁰ (diese Stelle findet sich übrigens nicht in der gekürzten Fassung der 'Grundrisse', die Chris&Phil online anbieten)

Der *Stundenzettler* Alfred Darimon, den Marx an besagter Stelle in den 'Grund-rissen' kritisiert, ist ein Proudhon-Schüler, die Lehre vom Arbeitsgeld, mit der Ar-beitszeit als Maß, ist aber keine ursprünglich Proudhonsche Idee, laut Marx hat sie vorher schon der schottische Sozialist John Gray systematisch entwickelt (inspiriert von Robert Owen), doch mit Pierre-Joseph Proudhon wurde es ein anarchistisches Programm. Zur Kritik des Arbeitsgeldes ist es übrigens unnötig, bei den Entwurfsno-tizen der 'Grundrisse' stehenzubleiben: „Die Produkte sollen als Waren produziert, aber nicht als Waren ausgetauscht werden. Gray überträgt einer Nationalbank die Ausführung dieses frommen Wunsches. Einerseits macht die Gesellschaft in der Form der Bank die Individuen unabhängig von den Bedingungen des Privataustau-sches und andererseits lässt sie dieselben fortproduzieren auf der Grundlage des Pri-vataustausches.“²¹

Anarchistische Ideen

Anarchistische Ideen sind nach wie vor eine naheliegende Option für kleinbürger-lichen Individualismus, sowie Randgruppenbewegungen. Bäuerliche Bedürfnisse, Regionales und Ökologisches harmonieren scheinbar gut mit dem grundsätzlich föde-ralistischen Anarchismus, wogegen marxistisch-leninistischer Kommunismus die zentralisierte und (Stadt-)konzentrierte bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft zu be-erben wünscht, mit geänderten Besitz- und Herrschaftsverhältnissen. Lenin bringt das lakonisch auf den Punkt: „Aus den kleinbürgerlichen Anschauungen des Anarchis-mus ergibt sich prinzipiell der Föderalismus. Marx ist Zentralist.“²²

²⁰ Karl Marx: Grundrisse, MEW 42, S. 58f.

²¹ Karl Marx: Zur Kritik der politischen Ökonomie, MEW 13, S. 68

²² W. I. Lenin: Staat und Revolution, LW 25, S. 442

Chris&Phil, die anscheinend nicht zwischen Sozialismus und Kommunismus unterscheiden, verteidigen die von Marx kritisierten anarchistischen *Stundenzettler*, ohne die Marxschen Einwände zu widerlegen. Sie schmücken sich mit utopistischen Bloch-Zitaten, als ob das schon genügen würde, sie vor den fehlerhaften Anschauungen des utopischen Sozialismus zu bewahren - Ernst Bloch kritisierte ja daran, durchaus einvernehmlich mit Marx&Engels, die Geschichtslosigkeit der Akteure sowie den noch unreifen Stand der ökonomischen Entwicklung. Mit ihrer übertriebenen Wertschätzung der 'Grundrisse' erinnern sie an Herbert Marcuse, auch wenn sie diesen nicht zitieren. „Alle materiellen und intellektuellen Kräfte, die für die Realisierung einer freien Gesellschaft eingesetzt werden können, sind da. Dass sie nicht für sie eingesetzt werden, ist der totalen Mobilisierung der bestehenden Gesellschaft gegen ihre eigene Möglichkeit der Befreiung zuzuschreiben.“²³, sprach Marcuse 1967 in Berlin zu den revoltierenden Studenten, und machte mit seinem ausdrücklichen Quellenbezug zu den Marxschen 'Grundrissen' diese populär.

Das Absterben des Geldes

Exkurs über bürgerliche Bestrebungen, das Geld abzuschaffen

„Marketing heißt jetzt das Instrument der sozialen Kontrolle“

(Gilles Deleuze: Postskriptum über die Kontrollgesellschaften - in Deleuze: Unterhandlungen, 1990, S. 260)

Das Regiogeld

Besonders im süddeutschen Raum ist das sogenannte Regiogeld weit verbreitet. Die erfolgreichste dieser in ländlichen Regionen kursierenden 'Währung' ist der 'Chiemgauer', im Chiemgau, der Gegend um den Chiemsee.²⁴ Da die Verbreitung von vornherein auf regionale Geschäfte begrenzt bleibt, wird das Regiogeld von den maßgebenden Banken als ungefährliche Komplementärwährung toleriert. Der 'Chiemgauer' z.B. ist Eins-zu-Eins gedeckt durch den Euro, doch Rücktausch wie Nichtverwendung wird mit quartalsweisen Wertverlust bestraft.

Es ist eine Art Kaufhausgutschein, mit der Verpflichtung, ihn kurzfristig einzulösen - ein Marketingtrick, umsatzsteigernd für die Geschäfte, ein tendenzielles Verlustgeschäft für lohnabhängige Arbeiter. „Regiogeld will Instrument der Regionalförderung sein, den Unternehmern als Marketingwerkzeug zur Kundenbindung und -gewinnung dienen und sie so im Wettbewerb gegen überregionale Konkurrenten stärken. *Soziale* Zielsetzungen des Regiogeldes wären etwa die Schaffung von Netzwerken und letztlich einer kooperativen Zusammenarbeit zugunsten aller Menschen in der Region. [...] In *ideeller* Hinsicht will das 'bessere' Geld ein anderes Geld- und Wirtschaftssystem konstituieren, das dem Menschen dient und ihn nicht beherrscht.“²⁵

²³ Herbert Marcuse: Das Ende der Utopie [Vortrag 1967], Frankfurt a.M. 1980, S. 12

²⁴ <http://www.chiemgauer.info>

²⁵ Christian Thiel: Das 'bessere' Geld, Wiesbaden 2011, S. 133

Das ökonomische Konzept des Regiogeldes stammt vom Proudhon-Schüler Silvio Gesell, bei dem es 'Freigeld' bzw. 'Reformgeld' hieß. „Das Geld ist Tauschmittel, nichts anderes. [...] Geld, das wie eine Zeitung veraltet, wie Kartoffeln fault, wie Eisen rostet, wie Aether sich verflüchtigt, das allein kann sich als Tauschmittel von Kartoffeln, Zeitungen, Eisen und Aether bewähren. Denn solches Geld wird weder vom Käufer noch vom Verkäufer den Waren vorgezogen. [...] Der Inhaber dieses vergänglichen Geldes wird sich also ebenso hüten, das Geld zu behalten, wie der Eierhändler sich hütet, die Eier länger als absolut nötig zu behalten.“²⁶

Der Bitcoin

2008 erfand der pseudonyme Satoshi Nakamoto, als Antwort auf die Bankenkrise, mit dem Bitcoin eine virtuelle, kryptographische Währung, die geschäftliche Transaktionen ohne Finanzintermediäre (z.B. einer Bank) möglich macht, einen direkten Austausch zwischen Käufer und Verkäufer, verifiziert durch eine Blockchain-Datenbank.²⁷

Krypto-Geld ist *Fiat-Geld*, d.h. es hat keinen intrinsischen Wert, keinen nachweisbaren materiellen Wert also, der Tauschwert des Krypto-Geldes hat keine materielle Deckung (kein Gold o.ä.); die Gültigkeit dieser Privat-Währung ist abhängig vom Vertrauen der Nutzer bzw. deren Vertrauen in die stabile Sicherheit der Blockchain-Technologie, einer auf vielen Computern (Knoten) verteilten (dezentralen) Datenbank, verteilt aber nicht in dem Sinne, dass an verschiedenen Orten partielle Stücke, sondern an jedem Knoten sich eine vollständige Kopie befindet.

Nun mag man einwenden, solches Vertrauensverhältnis sei bei der nationalen Geldwährung ebenso notwendig, nachdem 1944 im Bretton-Woods-Abkommen anstatt einer direkten Golddeckung der amerikanische Dollar (mit Golddeckung) zur Leitwährung gemacht, und 1971 US-Präsident Nixon weiters für den Dollar das Ende der Goldbindung verkündete. Doch das stimmt so nicht ganz, da die Staatsgewalten Legislative, Exekutive und Judikative die Gültigkeit der sanktionierten Nationalwährung schützen. Einen solchen Schutz gibt es nicht für das Privatgeld Bitcoin (BTC), Ethereum (ETH) etc. (Bitcoin steht hier beispielhaft für inzwischen sehr viele Krypto-Währungen).

Die Blockchain-Datenstruktur ist eine Verkettung der einzelnen Transaktionsblöcke, redundant auf allen Knoten der Kette, mit jedem neuen Block-Eintrag aktualisiert sich die Kette im Blockchain-Netzwerk. Teilnehmer (miner) werden für den Erhalt des Netzes durch Bereitstellung von Rechenleistung (Energieverbrauch) und Erzeugung neuer Blöcke (Arbeitsleistung) mit Krypto-Geld, z.B. Bitcoins, belohnt; das *Schürfen* von Bitcoins ist letztlich limitiert auf 21 Millionen Bitcoins maximal (diese Summe imitiert einen dahinterliegenden Goldbestand, der die Menge der Bitcoins begrenzt).

²⁶ Silvio Gesell: Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld [1916], Lütjenburg 1991, S. 93 u. 96 u. 119

²⁷ <https://nakamotoinstitute.org/bitcoin/>

Anarchisten wie Neoliberale begrüßten dieses Konzept, da es Staat und Banken das Recht auf Geldschöpfung streitig macht, und scheinbar unabhängig von bürokratischen Vermittlern bzw. Finanzintermediären. Doch statt einem direkten freien Handel interessierte die meisten Anhänger nur die Chance einer persönlichen Bereicherung – „der Bitcoin [wurde], obwohl seine Verbreitung oder zumindest seine Akzeptanz als alternatives Zahlungsmittel in der Online-Geschäftswelt durchaus zunimmt, bislang vor allem als Anlage- oder genauer Spekulationsobjekt und nicht als Tauschmittel nachgefragt“²⁸

Die Blockchain-Technologie

Das Vertrauen in die technische Sicherheit der Blockchain ist vermutlich zu optimistisch, zudem sich die Transparenz lediglich auf die Transaktion selbst bezieht, die Akteure derselben aber anonymisiert bleiben. Und Staaten und Banken lassen sich durch entnationalisierte virtuelle Privat-Währungen nicht ausschalten. „Gerade wenn und insofern dem Bitcoin eine Zukunft beschieden ist, wird um ihn herum ein Finanzmarkt entstehen. Seriöse Bitcoin-Banker werden sich auf diesem ebenso tummeln wie virtuelle Beutelschneider. Und all dies wird Regulierung erfordern, so dass wiederersteht, wovon man sich loszusagen glaubte.“²⁹

Blockchain hat noch eine andere Seite, die aktuell als wichtiger gilt: neben der virtuellen Geldschöpfung kann sie nämlich Rechtsverbindlichkeiten absichern. Der sogenannte *smart contract* ist eine verbindliche Vertragsabwicklung, in die nicht nur Menschen, sondern ebenso Dinge miteinbezogen sein können (das *Internet der Dinge*), oder gar ausschließlich eine Kontroll-Kommunikation zwischen Dingen (*dApps* - dezentralisierte Programme). Das Strategie-Papier der Bundesregierung zur Blockchain-Technologie im September 2019³⁰ zeigt einerseits die Absicht, die staatsfeindlichen Währungsmacher mit der eigenen Waffe zu schlagen, andererseits die Datentransparenz der Blockchain, wenn möglich, zur Intensivierung von Kontrolle und Verwaltung (der beherrschten Klasse) zu nutzen.

Das Buchgeld

Bei Kreditvergaben privater Geschäftsbanken, werden nicht, wie landläufig oft geglaubt, die Geldeinlagen der Kunden für Kredit-Investitionen benutzt, sondern Geld, das noch gar nicht existiert. Der Kreditnehmer bekommt nicht *echtes* Geld, er bekommt sogenanntes 'Buchgeld' (womit nicht Literatur gemeint ist, sondern Eintragungen in *Rechnungsbücher*), und der für reale Geldvorräte (Papiergeld) zuständigen Zentralbank bleibt nichts anderes übrig, als im Nachhinein dieses bloß imaginäre Geld, das faktisch ein Zahlungsverprechen darstellt, durch reale Geldscheine, wenigstens teilweise (als Mindestreserve) - in der Regel wird ja keine Ausgabe in Bargeld verlangt, sondern nur Kontenumbuchung bzw. Verrechnung - zu ersetzen, neu

²⁸ Axel T. Paul: Theorie des Geldes zur Einführung, Hamburg 2017, S. 156

²⁹ Axel T. Paul a.a.O., S. 161

³⁰ <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2019/20190918-bundesregierung-verabschiedet-blockchain-strategie.html>

zu drucken (dieser Vorgang wird in der Finanzsprache als 'Geldschöpfung' bezeichnet).

Die Geschichte der Zentralbank

Die Geschichte privater Geschäftsbanken reicht weit zurück, neu und entscheidend für die handelskapitalistische Welt der Neuzeit wurden aber die öffentlichen Banken, die regierungsamtlich legitimiert sich ums Geld kümmern, ab 1609 gab es die Amsterdamsche Wisselbank (Wechselbank), ein wichtiger Vorläufer des Zentralbankwesens, und 1694 wurde die Bank von England gegründet, „ihre Entstehung verdankt sie der Staats- und Kriegsfinanzierung - ein Muster, das seit der Gründung von Banken in italienischen Stadtstaaten im späten Mittelalter gut bekannt war. Diese sehr frühen italienischen Banken übernahmen allerdings noch keine Funktionen, die man heute einer Zentralbank zuordnet. Die Bank von England hingegen erhielt mit ihrer Gründung das Recht, Banknoten auszugeben.“³¹

Trotz staatlicher Unterstützung ist die Rolle der Zentralbanken heute eine etwas klägliche, zwar wären sie scheinbar „über den Mechanismus der Mindestreserve imstande, die Geldschöpfung der Banken zu begrenzen. Allein, diese Erklärung ist falsch, und zwar nicht weil es keine Mindestreservevorschriften gäbe oder die Banken sich nicht an sie hielten, sondern weil die kreditäre Buchgeldschöpfung der Hinterlegung von Reserven *vorhergeht*. Zunächst werden Kredite ausgereicht, dann und in Reaktion darauf versorgen die Geschäftsbanken sich mit Zentralbankgeld.“³²

Die Vollgeld-Initiative

In Anbetracht der möglichen Spekulationsgeschäfte gibt es seit 2008 einige Befürworter des sogenannten 'Vollgelds', z.B. in der Schweiz³³ 'Vollgeld' heißt: hinter jeder Kreditsumme soll *echtes* (gedrucktes) Geld stehen, was weiter bedeutet: die Zentralbank übernimmt die Kontrolle über Kreditvergaben, die privaten Geschäftsbanken verleihen nur noch real vorhandene Gelder, nicht mehr leere Zahlungsverprechen. „Durch staatliche Ausgaben respektive schon die Umdefinition von Giral- zu Zentralbank- oder eben Vollgeld in Umlauf gelangt, würden auch im bargeldlosen Zahlungsverkehr insgesamt limitierte Geldbestände bewegt, anstatt wie im gegenwärtigen System nicht nur Zahlungsverprechen miteinander zu verrechnen, sondern auch und vor allem unkontrolliert neue wie Geld behandelte Zahlungsverprechen zu kreieren.“³⁴ Theoretisch ist zwar eine solche Verfahrensänderung leicht festzulegen, praktisch wird es aber die herrschende neoliberale Lobby der Kasino-Kapitalisten sicher zu verhindern wissen.

³¹<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftswissen/wirtschaftswissen-kleine-geschichte-der-zentralbank-1606276.html>

³² Axel T. Paul a.a.O., S. 146

³³ <https://www.vollgeld-initiative.ch/>

³⁴ Axel T. Paul a.a.O., S. 163

Das Giralgeld

Bereits im Gange ist die Abschaffung des Bargeldes, seine Ersetzung durch vollständig bargeldlosen Zahlungsverkehr mittels Girokonten und Kreditkarten. Die Vorreiter-Rolle bei der *Ummünzung* von Bargeld in Datensätze spielt Schweden, wo aktuell nur noch ca. ein Fünftel aller Bezahlvorgänge mit Bargeld vonstatten gehen; in vielen Geschäften und Lokalen ist es jetzt schon unmöglich, mit Bargeld zu bezahlen, außerdem nehmen die meisten Banken kein Bargeld mehr an, geben keines mehr aus. So ziemlich jeder, der ein Smartphone hat, hat auch die Bezahl-App 'Swish', die vorläufig gebührenfrei ist. Bisherige Prognosen rechneten mit dem endgültigen Aus für das Bargeld in Schweden im Jahr 2030, nach einer aktuellen Schätzung vom August 2019 soll es bereits 2023 soweit sein.³⁵

Diese fortschreitende Tendenz der Umstellung von Bargeld auf Giralgeld findet überall statt, nur nirgendwo so rasant wie in Schweden. Die Transparenz wird als Sicherheit (vor Kriminalität) verkauft, doch in Wahrheit ist es nur ein 'Instrument der sozialen Kontrolle' und eine erweiterte Marktbeherrschung großer Konzerne. „Der konkrete Umlauf von Bargeld ist der letzte Bereich der Ökonomie, der noch nicht vollständig transparent, also kontrollierbar ist. [...] Bargeld spielt in der Liga der Global Player nur insofern eine Rolle, als dass es Schlupflöcher für lästige - kleine - Konkurrenten bietet [...] Die Zurückdrängung oder gar die vollständige Eindämmung von Bargeldverkehr würde für die Kleinen eine große Umstellung und damit in vielen Fällen die Schließung bedeuten, während die marktbeherrschenden Ketten die Umstellung technisch bereits vollzogen haben.“³⁶

Entmündigung und Kontrolle

Es geht um Entmündigung und Kontrolle. Alles was jeder tut, wird transparent gemacht, und vor den Negativzinsen gibt es keine Flucht, wenn kein Bargeld mehr von den Banken entfernt werden kann - außer auf dem Weg der Investition oder Konsumtion. Der konservative Satiriker Ulrich Horstmann beschreibt das Szenario der Bargeldabschaffung so: „Der vermeintlich hohe Anteil an Bakterien - von 20000 Bakterien und 3000 Bakterienstämmen ist die Rede - wird in den Medien zunehmend thematisiert. Insbesondere die großen Kartenanbieter weisen verstärkt darauf hin, dass Bargeld unhygienisch ist. [...] plötzlich ist es] nicht mehr möglich, frei und unbeschränkt einzukaufen. Alkoholiker können kein Bier mehr kaufen, da ihre Geldkarte gesperrt ist. Dies wird als gesundheitlich notwendig eingestuft. Viele akzeptieren das Argument. Ist ja auch gut so und in ihrem eigenen Interesse.“³⁷ In Deutschland gibt es mehr Widerstand gegen das Bargeldverbot, doch durch die 'Digitalisierung' macht allgemein die Bargeld-Abschaffung große Fortschritte. Was soll man übrigens von einem Widerstand halten, wenn er von einem 'Institut für Vermögensentwicklung' initiiert wird?³⁸

³⁵ <https://www.nzz.ch/wirtschaft/schweden-cash-ist-nicht-mehr-koenig-ld.1504526>

³⁶ Hannes Hofbauer: Die Diktatur des Kapitals, Wien 2014, S. 205f.

³⁷ Ulrich Horstmann/Gerald Mann: Bargeldverbot, Finanzbuchverlag München 2015, S. 29ff.

³⁸ <https://rettet-unser-bargeld.de/>

PayPal

Internet-Bezahldienste - das bekannteste Beispiel ist PayPal - bieten eine sehr bequeme Zahlungsabwicklung, besonders bei Online-Einkäufen, und behaupten: 'Bezahlen ist gebührenfrei', doch zu den tagtäglichen Geschäftsanforderungen gehört: Überwachung, Analyse und ein gewinnbringender Verkauf sämtlicher Kundendaten. Laut AGB der PayPal kann der Kunde ausdrücklich und schriftlich dagegen Einspruch erheben - danach aber den Dienst nur noch eingeschränkt nutzen (vermutlich so eingeschränkt, dass er nicht mehr nützlich ist). Die permanente Datenverwertung (primär natürlich immer im Marketing-Sinne), die jetzt z.B. PayPal praktiziert, können nach Abschaffung des Bargelds alle Banken ungehindert ausführen - ihre Kundenschaft ist von ihnen abhängig, ohne ein Konto kann kein Mensch mehr existieren.

Science Fiction - Über den Gebrauchswert von 'Goodbye Kapital'

„Wir sind keine Utopisten. Wir 'träumen' nicht“ (Lenin: Staat und Revolution)

„In der Star-Trekschen Zukunft gibt es keine Konkurrenz mehr und auch kein Geld. Kein Mensch besitzt mehr als der andere und die Weltenregierung fühlt sich für alle gleich zuständig.“, schreibt Laura Meschede in der 'Zeit Campus'³⁹ zum Thema Kommunismus. Chris&Phil sind sich nicht sicher, was besser ist, der Star-Trek-Kommunismus (obgleich in besagter trivialer TV-Serie der Kommunismus höchstens als Schreckgespenst vorkommt) oder die vollautomatische Zukunftsvision von Aaron Bastani (der ein Robotermärchen träumt - die Menschen bekommen mehr Freizeit, Maschinen übernehmen ihre Arbeit). „Sowohl der vollautomatisierte Luxuskommunismus als auch der Star-Trek-Kommunismus sind sympathische und verlockende Zukunftsvisionen [...] die sich positiv auf die kommunistische Idee berufen“ (S. 132) Und sie fügen hinzu: „Es dürfte kein Zufall sein, dass die modernen Entwürfe der bedürfnisorientierten Verteilung ausnahmslos vom Science-Fiction-Genre inspiriert sind.“ (S. 133) Ein reichlich absurder Gedanke - der aber eine Inspirationsquelle von Chris&Phil offenlegt, das ist zweifellos Captain Picard vom Raumschiff Enterprise: „Im 24. Jahrhundert gibt es kein Geld. Der Erwerb von Reichtum ist nicht mehr die treibende Kraft in unserem Leben.“ (Jean-Luc Picard in: 'Star Trek: First Contact' / USA 1996) Ein Nachdenken über mögliche postmonetäre Gesellschaften gibt es schon in gegenwärtigen bürgerlichen Kreisen, z.B. das von der Volkswagenstiftung gesponserte Projekt „Die Gesellschaft nach dem Geld - Eine Simulation“⁴⁰

Abschied vom Marxismus

Das Proletariat ist als Subjekt revolutionärer Umwälzung nicht mehr so vorhanden wie zur Zeit von Marx&Engels, es hat sich gewandelt. Das ist wohl wahr und bedenkenswert, aber für Chris&Phil nur ein Grund, sich vom Proletariat zu verabschieden, und stattdessen schwammig von einer Masse zu reden, bezahlt für Arbeit und Diens-

³⁹<https://www.zeit.de/campus/2016-07/kommunismus-alternativlosigkeit-politische-beteiligung-jung-und-links/>

⁴⁰ <https://nach-dem-geld.de>

te; womit sie einer Ideologie nachgeben, die es vom Arbeiter-Standpunkt aus zu bekämpfen gilt: Alle sollen Kleinbürger sein, wenn sie keine Großbürger sein können.

„All dies Gute sollte mit einem Schlage kommen, gegründet werden.“⁴¹, schreibt Ernst Bloch über Robert Owen, in seiner durchaus lesenswerten Abhandlung der Sozialutopien. Einstimmig mit Bloch denken Chris&Phil, dass ein neues Bewusstsein sich nur entwickeln, nicht einfach beschlossen werden kann. Aber mit der Arbeitskontenrechnung, die sofort umsetzbar wäre, könne es sich entwickeln. Das ist derselbe Zirkelschluss wie bei Proudhon: dass das neue Bewusstsein, das für die Umsetzung des Plans notwendig ist, das sich erst nachträglich entwickeln kann, bereits vorausgesetzt wird. „Geistesgeschichtlich betrachtet, ist die Revolution der Ideen und der Herzen, die Proudhon herbeiführen will, seit dem späten Mittelalter im Gang. Die soziale Bewegung in Gestalt der Bettelorden gehört ebenso dazu wie die Bauernaufstände und die Kämpfe der Reformationszeit. Das Problem bleibt sich durch die Jahrhunderte gleich: Die neue Sittlichkeit muss vorausgesetzt werden, um zu ihr zu gelangen.“⁴²

Die Ausgangsfrage – „Warum die Menschen dem Geld dienen und wie sie sich davon befreien könnten“ - ist eigentlich ganz falsch gestellt. Fraglos dient das Geld den Menschen zum Warenaustausch, und wer über viel Reichtum bzw. Besitz verfügt, in der Regel auf Kosten der Arbeiterklasse, wird sich gewiss nicht davon befreien wollen. Selbst die *Börsenwölfe* dienen nicht dem Geld, sondern sind nur süchtig, damit und darum zu spielen; und wer spielt, gewinnt eben nicht immer, verliert bisweilen.

Chris&Phil bestreiten zwar nicht die Tatsache gegebener Klassenverhältnisse, aber der Satz des 'Kommunistischen Manifests': dass die bisherige Gesellschaftsgeschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen ist⁴³, behagt ihnen nicht. Zumindest soll er heute nicht mehr zutreffen, sie sehen die aktuellen ökonomischen und ökologischen Probleme nicht mehr als eine Klassen-, sondern als eine Menschheitsfrage. Falls sich die beiden noch als Revolutionäre verstehen, dann gehören sie zu den frustrierten, die, anstatt sich ernsthaft mit dem bisherigen Scheitern von Marxismus und Arbeiterbewegung auseinanderzusetzen, berauscht und verträumt alte Klamotten aus der Mottenkiste hervorholen, um sie als die einzig glücklich-machende neue Mode anzupreisen. Doch schon Marx sah es als Irrweg, wenn sich revolutionäre Arbeiter (er spricht vom Proletariat) wegwerfen auf „doktrinäre Experimente, Tauschbanken und Arbeiterassoziationen, also in eine Bewegung, worin es darauf verzichtet, die alte Welt mit ihren eigenen großen Gesamtmitteln umzuwälzen, vielmehr hinter dem Rücken der Gesellschaft, auf Privatweise, innerhalb seiner beschränkten Existenzbedingungen, seine Erlösung zu vollbringen sucht, also notwendig scheitert.“⁴⁴

⁴¹ Ernst Bloch: Das Prinzip Hoffnung [1959], Frankfurt a. M. 1982, S. 650,

⁴² Christa Dericum: Die Aktualisierung der öffentlichen Vernunft / in: Nur die Phantasielosen flüchten in die Realität - Anarchistisches Ja(hr)buch I, Berlin-Neukölln 1983, S. 70

⁴³ Karl Marx/Friedrich Engels: Das kommunistische Manifest, MEW 4, S. 462

⁴⁴ Karl Marx: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, MEW 8, S. 122

Literatur:

- Bellamy**, Edward: Rückblick aus dem Jahre 2000, München-Berlin 2017
- Bloch**, Ernst: Das Prinzip Hoffnung [1959], Frankfurt a. M. 1982
- Cockshott**, W. Paul / Cottrell, Allin: Alternativen aus dem Rechner [1993], Köln 2006/2012
- Chomsky**, Noam: Occupy!, Münster 2012 [Deutsche Ausgabe]
- Deleuze**, Gilles: Postskriptum über die Kontrollgesellschaften
- <https://www.nadir.org/nadir/archiv/netzkritik/postskriptum.html>
- Dericum**, Christa: Die Aktualisierung der öffentlichen Vernunft / in: Nur die Phantasielosen flüchten in die Realität - Anarchistisches Ja(hr)buch I, Berlin-Neukölln 1983
- Dowe**, Dieter u. **Klotzbach**, Kurt: Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, Bonn 1990
- Gesell**, Silvio: Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld, Lütjenburg 1991
- Graeber**, David: inside Occupy, Frankfurt a.M. 2012
- Hofbauer**, Hannes: Die Diktatur des Kapitals, Wien 2014
- Horstmann**, Ulrich / Mann, Gerald: Bargeldverbot, Finanzbuchverlag München 2015
- Lenin**, W. I.: Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll / LW 25
- Lenin**, W. I.: Staat und Revolution / LW 25
- Marcuse**, Herbert: Das Ende der Utopie, Frankfurt a.M. 1980
- Minsky**, Hyman P.: Instabilität und Kapitalismus, Zürich 2011
- Mirowski**, Philip: Untote leben länger, Berlin 2015 [Deutsche Ausgabe]
- Mühsam**, Erich: Rendezvous - <https://www.deutschelyrik.de/rendezvous.html>
- Paul**, Axel T.: Theorie des Geldes zur Einführung, Hamburg 2017
- Piketty**, Thomas: Das Kapital im 21. Jahrhundert, München 2018
- Thiel**, Christian: Das 'bessere' Geld, Wiesbaden 2011
- Weber**, Max: Politik und Gesellschaft, Neu Isenburg 2006
- Zucman**, Gabriel: Steueroasen, Berlin 2014

Chris & Phil

Die Kindertrompeten des Peter Miso

Wir staunten nicht schlecht, als wir eine Mail von einem uns unbekanntem Peter Miso erhielten, in der er angab, unter der Überschrift „Zukunftsmusik auf der Kindertrompete“ eine Rezension über 'Goodbye Kapital' geschrieben zu haben. Eigentlich „mehr als eine Buch-Rezension“ schrieb er uns: „[I]nspiziert von eurem Buch habe ich eigene Überlegungen angestellt, teilweise ziemlich abenteuerliche“ (so Miso über Miso). Mit ersterer Angabe bauchpinselt der Peter sich schon sehr. Denn über 'Goodbye Kapital' erfährt der*die geneigte Leser*In recht wenig und letztlich ist es nicht 'mehr', sondern schlichtweg weniger als eine Rezension. Eine ernste Auseinandersetzung mit unserem Buch fand nicht statt, fast gewinnt man den Eindruck, der Rezensent hat das Buch nur auszugsweise gelesen oder digital mit einer Suchmaschine durchforstet. „[E]igene Überlegungen [...] teilweise ziemlich abenteuerliche“ findet man dagegen in Misos 'Rezension' mehr als genug. Vieles bezieht sich dabei gar nicht auf uns und bleibt deshalb an dieser Stelle weitestgehend unkommentiert.

Dass wir uns überhaupt auf seine 'Kindertrompeten' einlassen, liegt daran, dass er so viele Zitate von uns verdreht und aus dem Zusammenhang reißt, dass es schlichtweg Falschdarstellungen sind, die eine knappe Gegendarstellung verlangen. Wir beschränken uns dabei auf ausgewählte Beispiele:

„Occupy, von Chris&Phil als 'globale Revolte' deklariert“, beginnt Peter seine Ausführungen und zeigt damit deutlich, dass er nicht einmal das einleitende Kapitel bei uns gelesen und/oder verstanden hat. Natürlich bezeichnen wir 'Occupy' nicht als 'globale Revolte' sondern beschreiben die Gesamtheit einer ganzen Reihe globaler Ereignisse des Jahres 2011, die wir in ihren Eigenheiten und mit ihren Widersprüchlichkeiten darstellen: Die Arabellion, die 'Empörten' in Südeuropa und die Occupy-Bewegung. Wir versuchen dabei aufzuzeigen, wo ihre Besonderheiten und ihre Gemeinsamkeiten lagen und in welchem Zusammenhang sie zur 'großen Krise' standen. Dabei war uns wichtig, die Bewegung(en) weder im orthodoxen Stil zu kritisieren, noch sie unkritisch abzufeiern. Peter versteht das nicht. Dass unser Verhältnis zur 'Occupy-Bewegung ambivalent' sei, ist noch das schlaueste, was ihm einfällt. Ansonsten nur Falschdarstellungen: Die „im Herbst 2011 beginnende, Protestbewegung [gab es für Peter] nur für einige Monate, und eigentlich nur in den USA“. Dagegen im Original: „Interessanterweise startete das Protestjahr 2011 nicht nur zwei bis drei Jahre nach der Weltmarktkrise, sondern auch fernab von deren Zentren. Der Startschuss fiel in Tunesien. Am 14. Januar 2011 [...] Sowohl Tunesien als auch Ägypten waren und sind typische Länder der kapitalistischen Peripherie.“ (S. 36). Usw. usf. Eine Darstellung der widersprüchlichen Entwicklung eben. Wen es interessiert, der lese das Original!

Im zweiten Kapitel geht es um Geld. Miso kritisiert den Verlust „wissenschaftlicher Klarheit“ in unserer Darstellung der Geldfunktionen. Sein angeführtes Beispiel zeigt dabei allerdings nur, dass er weder Marx noch unsere Rezeption verstanden hat:

Die Kindertrompeten des Peter Miso

"Die Tatsache des kapitalistischen Akkumulationszwanges verleitet Chris&Phil dazu, die dritte Funktion des Geldes, als Wertaufbewahrungsmittel, zu vernachlässigen, ja geradezu auszuschließen [...] vielmehr denken sie, alles gehortete Geld müsse wieder zu aktiven Kapital gemacht werden" (Miso). Dann zitiert er aus unserm Buch: „[D]enn vermehren sie ihr Geld nicht, werden sie es verlieren, und damit ihre Stellung und ihre Macht“ (S. 73). Letzteres Zitat befindet sich in unserem Buch, wie korrekt angegeben, auf Seite 73. Allerdings wird dort längst Geld als Kapital behandelt und natürlich muss Kapital sich vermehren. Dagegen die dritte Geldfunktion 'Wertaufbewahrungsmittel' zu halten, ist totaler Blödsinn. Über 'wissenschaftliche Klarheit' brauchen wir da gar nicht reden.

Gleiches gilt übrigens für seine Kritik an unserer online verfügbaren gekürzten Fassung der marxschen Grundrisse (<http://assoziation.info/?p=54>). Peter hat ein Marx-Zitat gefunden, das ihm scheinbar Deutungshoheit gegen uns garantiert, und dies bei einer digitalen Durchforstung in unserer gekürzten Fassung nicht gefunden. Surprise, surprise! Der MEW Band 42, auf dessen Grundlage wir gekürzt haben, hat fast 1000 Seiten. Unsere Variante, die wir für Schulungsarbeit entwickelt haben, ganze 730 Seiten weniger! Da wird sich so manches Zitat nicht wiederfinden. Hätte Peter sich allerdings die Mühe gemacht, die 270 Seiten zu lesen, hätte er wohl bemerkt, dass 'sein' Zitat, das er so schmerzlich vermisst, von der Logik der Darstellung natürlich drinnen stehen könnte. Nirgends fehlt der Inhalt dieses Zitates.

Aber zurück zu 'Goodbye Kapital' und unserem 'Rezensenten'. Hätten wir bezüglich fehlender 'wissenschaftlichen Klarheit' echte Beispiele bekommen, wären wir dankbar gewesen. Dabei gilt es allerdings folgendes zu beachten: Anspruch von unserem Büchlein ist es, dass man es ohne Vorkenntnisse verstehen soll. Es ist sozusagen eine populärwissenschaftliche Schrift. Einen gewissen Grad an 'wissenschaftlicher Klarheit' wird man dabei wohl verlieren, dies ist unbestritten und gilt für alle Wissenschaften. Nicht umsonst empfehlen wir im Buch, das Original, also Marx, zu lesen und zu studieren! Aber anstatt mit Marxologen um die richtige Auslegung zu streiten (und da gibt es ja verschiedene Interpretationen, die sich für die reine Lehre halten), wollten wir hier unseren eigenen Standpunkt darstellen. Wer mehr über diesen erfahren möchte, lese das Original!

Wer dagegen die 'Kindertrompeten' in Gänze gelesen hat, wird schnell gemerkt haben, dass Peter weder über die 'globale Revolte' noch über die Geldfunktionen bei Marx schreiben möchte, sondern sich eigentlich nur für eines interessiert: Die Macht des aufgehäuften Geldes und der Börse!

Die Macht des Geldes und die Börse

„Die alte Gier nach Gold ist noch wirksam“, schreibt er über die Schatzbildung. Mag sein, aber Gier erklärt noch nicht den Kapitalismus und die Funktion von 'Geld als Wertaufbewahrungsmittel' in diesem. „Mit vorhandenen Geldverhältnissen (bzw. Besitzverhältnissen) werden bestehende Herrschaftsverhältnisse zementiert“, bewertet er das Geld als Zahlungsmittel. Richtig, Geldverhältnisse schaffen sogar Herrschaftsverhältnisse. Dass wir ausführlich auf die Wirkungen dieser Geldverhältnisse

in der Krise eingegangen sind - geschenkt. Peter geht es um etwas anderes: „Das Verhältnis von 'Gläubiger und Schuldner' ist das von Herr und Knecht, die Entwicklung des Geldes aus und in den Handelsgeschäften ein juristischer Akt, die Gesetze des Handels, der Schulden, des Marktes.“ Die Entwicklung des Geldes ein juristischer Akt? Ist das wirklich das, was ihm in unserem Buch an der dritten Geldbestimmung gefehlt hat? Ähäm. 'Wissenschaftliche Klarheit'?

Konsequenterweise hält Peter die Krise 2007/2008 einzig für ein 'Finanzdisaster', eine reine 'Geldkrise', verursacht von 'Börsenspielern'. Original: „Selbst die Börsenwölfe dienen nicht dem Geld, sondern sind nur süchtig, damit und darum zu spielen; und wer spielt, gewinnt eben nicht immer, verliert bisweilen.“ Nun gut. Immerhin hat er unserem Buch entnommen, dass wir diese Einschätzung nicht teilen. Niemand sollte sagen, er hätte gar nichts daraus verstanden. Denn 'Peter und den (Börsen-)Wolf' wird man bei uns tatsächlich vergeblich suchen. Doch wer aufmerksam gelesen hat, wird bemerkt haben, dass wir grade von einer oberflächlichen Kritik der Erscheinungen in der Finanzwelt, die in der Krise allerorten zu sehen waren, zu den Grundlagen der kapitalistischen Ökonomie, zum Wert, zur Ware und zum Geld, vordringen wollten. Um eben darzulegen, warum genau diese Basis, die alle höheren Formen wie die Börse erst ermöglicht, abgeschafft werden muss. Mit der Analyse des Spielverhaltens von Finanzinvestoren wird man jedenfalls keine an Marx orientierte Gesellschaftskritik fertigbringen. Aber Marx scheint bezüglich der Börsen sowieso nicht gerade die Hauptreferenz von Peter zu sein: „Marx&Engels unterschätzen anfangs die ökonomische Bedeutung der Börsenspekulation [...diese] findet sich erst in der dritten (deutschen) Auflage von 'Das Kapital Erster Band'.“ Was ein Schwachsinn. Seit Marx sich mit dem Kapitalverhältnis beschäftigte, beschrieb er auch die Börsen. Und das auf einem bis heute unerreicht hohem Niveau. Das kann man von den Piketty, Weber oder Minsky - mit denen Peter Marx 'ergänzt' – beim besten Willen nicht behaupten. Linke Buchläden quellen über mit Wagenknecht, Zeise oder Harvey: Alles Leute, die sich einleitend auf Marx berufen und dann ziemlich schnell bei der 'Macht der Börsen und des Geldes' landen. Soweit, so gewöhnlich. Aber warum wird sowas mittlerweile in den AzD abgedruckt? In dieser Zeitschrift erschien immerhin der Artikel 'Monopolkapitalismus und Finanzkapital' (AzD 39) der gründlich mit den Grundlagen dieser Theorie aufgeräumt hat. Aber sei's drum... Wer mehr darüber erfahren möchte, lese Klaus Winter in den alten Ausgaben der AzD!

Kommunismus

Der eigentliche Clou unseres Buches, das dritte Kapitel zu Arbeitszeitrechnung, wird von Peter mit einer Kritik an den 'Alternativen aus dem Rechner' von Cockshott/Cottrell übergangen, auf die wir uns nicht wie er behauptet berufen, sondern die wir kritisieren. Wir beziehen uns dagegen konsequenter auf die 'Kritik des Gothaer Programmentwurfs' und sehen gerade den von Miso kritisierten Punkt („Lohn im Kommunismus“) anders als Cockshott/Cottrell!

Die einschlägigen Textstellen bei Marx dürften bekannt sein. Marx spricht von einer „ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft“, wie sie aus der kapitalistischen Gesellschaft hervorgegangen ist, in der noch das bürgerliche Prinzip der Verteilung

Die Kindertrompeten des Peter Miso

gilt. Cockshott/Cottrell bleiben hier stehen. Was bei letzteren eine dauerhafte Einrichtung sein soll, nämlich 'Entlohnung' nach Arbeitszeit, ist bei uns ein aus der alten Gesellschaft überkommener, zunächst 'unvermeidbarer Mißstand' der Übergangsgesellschaft.

Erst in einer „höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft“, die „nach langen Geburtswehen“ aus der kapitalistischen Gesellschaft hervorgegangen ist, gilt: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!“ Diese Gedanken haben wir uns recht konsequent zu eigen gemacht, wie man spätestens im fünften Kapitel unsere Buches bemerken dürfte, an dessen Ende wir sogar voranstehendes Zitat paraphrasieren.

Aber was hat Peter gelesen: „Es bleibt seltsam und beinahe unverständlich, an Lohn und Preis (wenn auch ohne Profit) in einer kommunistischen Gesellschaft festhalten zu wollen, anstatt eine bedarfsgerechte Verteilung vorhandener Wirtschaftsgüter anzustreben, ohne Auf- und Abrechnung von 'Arbeitsguthaben' (Junge können noch nicht arbeiten, Alte können es nicht mehr; die Bewertung der Arbeitsleistung von Künstlern ist problematisch; etc.).“ Vermutlich kritisiert Peter hier wieder Cockshott/Cottrell und hat diese mit uns verwechselt? Für jede/n, der unser Buch gelesen hat, machen seine Ausführungen spätestens hier beim besten Willen keinen Sinn mehr. Aber amüsant ist es schon zu einem gewissen Grad: Der Kritiker der Kindertrompeten interessiert sich plötzlich für die 'Bewertung der Arbeitsleistung von Künstlern'!? LOL

Aber noch einmal zu wichtigen Dingen zurück: „Einstimmig mit Bloch denken Chris&Phil, daß ein neues Bewußtsein sich nur entwickeln, nicht einfach beschlossen werden kann. Aber mit der Arbeitskontenrechnung, die sofort umsetzbar wäre, könne es sich entwickeln“ (Miso). Ein weiterer Punkt, bei dem Peter tatsächlich etwas verstanden hat! Ebenso wie Bloch haben wir diesen klugen Gedanken allerdings bei Marx entlehnt: „Das Recht kann nie höher sein als die ökonomische Gestaltung und dadurch bedingte Kulturentwicklung der Gesellschaft.“ Nur 'Arbeitskontenrechnung' ist eine Erfindung des 'Rezensenten', kommt bei uns nicht vor und ist auch nicht gemeint. Die Arbeitszeitrechnung, mit der wir uns naheliegenderweise ausführlicher als mit den Arbeitszeitkonten beschäftigen, ignoriert Peter dafür konsequent.

Eine „Zustimmung zu den Stundenzetteln bzw. dem Arbeitsgeld“ kann Peter bei Marx nicht finden. Die Beurteilung, ob bei revolutionärer Umgestaltung der Gesellschaft „Marx diese Möglichkeit wohlwollend, wenn nicht gar zustimmend in Betracht zog“ (Goodbye Kapital, 11) wollen wir an dieser Stelle dem*der Leser*In des Originals überlassen. Hier nur eines: Peter selbst zitiert den entscheidenden Punkt, dass es darum gehen muss, das in der „Kategorie Geld ausgedrückte Produktionsverhältnis selbst aufzuheben“. Dass alle unsere Betrachtungen zur Arbeitszeitrechnung dies zur Bedingung machen, übersieht unser eifriger Rezensent. Dabei hätte er dazu bloß den Klappentext lesen müssen...

Ansonsten mault er sich noch miesopetrig ein bisschen was zu 'Proletariat' und 'Klassenkampf' zusammen. Was er verschweigt: Wir haben beide Themen in Kapitel

vier untergebracht, in welchem wir bewusst und ernsthaft Fragen aufwerfen. Diese Fragen stellen wir offen und nicht als rhetorische Finten. Als orthodoxer Gralshüter kann man es natürlich schon frevelhaft finden, diese Angelegenheiten aus dem Kanon herauszunehmen und als Fragen aufzuwerfen. Geschenk. Aber warum wieder diese grotesken Falschaussagen? Zum ersten Satz aus dem kommunistischen Manifest heißt es bei uns: Dieser „ist sicherlich nicht falsch, aber vielleicht doch etwas einseitig. Zumindest ist er meistens sehr einseitig aufgefasst worden“ (S. 111). Was macht Peter daraus? Die Unterstellung, bei uns würde es heißen, der Satz würde „heute nicht mehr zutreffen“!? Aus seiner Behauptung leitet er dann ab, wir würden „die aktuellen ökonomischen und ökologischen Probleme nicht mehr als eine Klassen-, sondern als eine Menschheitsfrage“ sehen. Abgesehen von den Fragen, die wir in Kapitel vier aufwerfen, schreiben wir recht eindeutig: „Wir wollen hier deshalb auch nicht dafür plädieren, die Theorie von Klassen und Klassenkämpfen zum alten Eisen zu legen. Schließlich leben wir nach wie vor in einer Klassengesellschaft [...]“ (S. 113). Kindertrompeten hin oder her - versuchen mit einem Holzhammer draufzuhauen und dann voll daneben treffen, macht definitiv keinen schönen Klang ...

Das diese Replik insgesamt etwas den Anschein von Marxexegese und Zitaten-schlacht hat, liegt ausschließlich an der undankbaren Tatsache, dass Peter die entscheidenden Zitate vollkommen aus dem Zusammenhang reißt und damit unsägliche Falschdarstellungen bietet. Tatsächlich geht es in unserem Buch um etwas anderes. Angelehnt an Marx wird ein in einfacher Sprache verfasster (eigenständiger) Entwurf zu den Themen Geld und Zukunft entwickelt. Wen es interessiert, der lese das Original oder sei auf die Rezension des marxistischen Ökonomen Günther Sandleben verwiesen, die am 06.01.20 unter dem Titel 'Prägendes Verhältnis' in der 'junge Welt' erschien und sich im Netz leicht finden lässt.

Zu Peters ‚Rezension‘ zusammenfassend - wie damals in der Schule: 'Thema verfehlt, setzen, sechs!'

Fritz Gött

Wer ruiniert hier wen? (Teil 2) - Alte ideologische Schlachten

Wer sich nach dem Lesen von Teil 1 des Artikels in AzD 90 an einige **ältere Diskussionen** erinnert fühlt, sagen wir zur **Genese des Herzinfarkts** oder zur **Problematik der Luft-Schadstoff -Grenzwerte**, liegt gar nicht so falsch. Denn auch hier ging oder geht es ja um mögliche Zusammenhänge von Gesellschaft, „Technik“, Umweltbedingungen, der sozialen Frage und der Gefahr von Erkrankungen, ja des vorzeitigen Dahinscheidens. Ich möchte im Folgenden an zwei dieser Debatten erinnern und an die Schwierigkeiten, sie befriedigend zu führen:

I.) Eine historische Debatte um den Herzinfarkt

Wer vom **Herzinfarkt** hört, dem umschriebenen Untergang von Herzmuskelgewebe, oder wer ihn gar erleidet, wird bei der Ursachenabklärung zumeist auf Schlagworte wie Thrombose oder Embolie bzw. den Herzkranzgefäßverschluss mit seinen Folgen verwiesen. Die Durchblutung eines Teils des Herzmuskelgewebes sei eben dadurch gestört gewesen. Und die betroffene Muskelpartie des Pumpapparates durch einen Verschluss der herzeigenen Blutgefäße dann lokal untergegangen. - Hinter dem Ereignis, so der gängige Exkurs, ständen *häufig durchlebte* Risikofaktoren wie fettige und zuckerhaltige Lebensmittel, hoher Salzkonsum, Alkohol, Nikotin, Übergewicht und Bewegungsmangel usw., kurz, ein ungesunder Lebenswandel, die Nachwirkungen eines ausufernden Lebensstils, der sich nun am Herzen mit seinen Gefäßen bzw. mit dem Gewebsuntergang austobe. Das kann individuell sein oder auch nicht. Zumindest ist die flapsige Auffassung der Arbeiter, der Betroffene bräcete sich mit „Messer und Gabel“ oder als Hektiker selber um die Ecke, mehr als problematisch. Denn die gesellschaftlichen Verhältnisse, in der sich der Einzelne bewegt, mit denen er sich rumzuschlagen und stetig auseinanderzusetzen hat, sind ja vorgegeben, ihre Zwänge auch. Siehe z.B. die kapitalistische ‚Arbeitswelt‘, oder, oder. Nicht jede individuelle Verhaltensweise oder Gewohnheit ist zudem freigestellt. Gesundes Essen ist auch teuer, setzt zudem Bildung voraus. Rauchen z.B. könnte man vermeiden (auch wenn zu bedenken ist, dass die „geheimen Verführer“ weiter um die Ecke lauern oder die Arbeitshetze nach Kompensation schreit und zur Unvernunft verleitet), Luftschadstoffen auszuweichen geht indes gar nicht. - Hier existiert also ein weites Feld der Debatte.

Natürlich sind die oben skizzierten Pfade nicht die einzigen Entwicklungswege zum Herzinfarkt. Ein eher obskurer Entstehungsweg kann z.B. über eine individuell verschleppte Infektion oder Grippe führen. Die krankmachenden Zwischenschritte dafür sind keine Unbekannten. Oder der Weg führt ganz einfach über ständige Herzrhythmusstörungen und die Folgen; selbst eine Rheumaerkrankung gilt heute als Gefahrenpotential für einen Infarkt usw. - Es gibt keine Einbahnstraße in den Myokardinfarkt.

Wie aber steht es mit dem **psychosozialen Stress? Kann auch er in einen Herzinfarkt münden?** Der Volksmund hat das nie ausgeschlossen. Die Schulmedizin war da historisch gesehen eher zurückhaltend. Ein erster, noch verhaltener Durchbruch zur Erkenntnis gelang in den 70er/80er Jahren des vorigen Jahrhunderts.

Exponent der These, dass psychosozialer Stress ein Gefährdungspotential für den Infarkt sein kann, war der politisch konservative Physiologe Hans Schaefer (1906 - 2000), beileibe kein Revoluzzer, sondern ein entschiedener Gegner der 68er. Als auch experimentell arbeitender Mediziner war er jahrzehntelang mit den Problemen der Elektrophysiologie bzw. mit der Blutversorgung des Herzens befasst. Gerade er war dazu prädestiniert, hier auf neue Fragen und Antworten zu stoßen. (1) Schon in den 50er Jahren war ihm aufgefallen, dass Gefäßspasmen am Herzen einen Infarkt auslösen konnten, ohne dass zuvor an dessen Adern pathologische Prozesse abgelaufen sein mussten. Emotionen, gleich welcher Ursache, konnten hier über die Tätigkeit des Sympathikus eine initiale Funktion haben. Doch erst 20 Jahre später gelang dafür der röntgenologische Nachweis. - Experimente an Menschen verboten sich zum allgemeinen Problemkomplex. Tierexperimente konnten zwar helfen, einiges zu klären. Ihre Aussagekraft war aber auch begrenzt. Dem höheren Tier fehlen nun mal die menschliche Psyche, die Sprache und die gesellschaftliche Sozietät. - Schaefer griff daher zu einem Kunstgriff, dem „medizinischen Modell“, in dem er den *damaligen* Erkenntnisstand zu „Psychosozialem Stress und Herzinfarkt“ kondensierte. (Pathophysiologie, Stresstheorie, Endokrinologie, Molekularbiologie, röntgenologische Darstellungen usw.) Theoretische Modelle können ja die Wirklichkeit annäherungsweise nachbilden. So gelang es auch, weitere konkurrierende Theoriefragmente und physiologische Prozesse in das neue ‚Gesamtbild‘ zu integrieren (wie Bluthochdruck + hohe Blutfette = Gefäßveränderungen usw., außerdem abgerissene Tromben, Gefäßverschlüsse usw.). Das Ganze hat er nun kombiniert mit der Sozialstatistik (später auch mit seiner konservativen Anthropologie, dem hauseigenen Menschenbild) und nannte es „Neue Medizin“- Theorie. (2) Das brachte ihm zwar Aufmerksamkeit, aber noch keine akademischen Weihen.

Man kann - so andere Mediziner - bei *bestimmten* (3), auch sozial mitbedingten oder vermittelten Krankheiten an diversen Organen oder Systemen durchaus vom Typus einer „chronisch degenerativen Erkrankung“ sprechen. Freilich sagt der Zeitpunkt ihres Eintritts noch nichts über den Vorlauf und die Kausalität ihrer aktuellen Manifestierung. Dieses Auseinanderfallen von Ursache und (zeitlich verzögerter) Wirkung wird immer wieder herhalten müssen, um die Quellen sozial mitverantwortlicher Faktoren bei diversen Krankheiten zu verwischen, gegebenenfalls auch bewusst zu verschleiern.

Doch zurück zu H. Schaefer. In seiner Autobiographie von 1986 schrieb er rückblickend: „Bis zur Stunde (1985!) ist die Theorie des psychosozialen Stress als Infarktauslöser ‚umstritten‘, was meines Erachtens nur so viel heißt, als dass bei der wichtigsten Herzkrankheit unseres Jahrhunderts nicht alle führenden Kliniker die klar daliegenden Tatsachen zur Kenntnis nehmen.“ - Als philosophierender konservativer Katholik war Schaefer nun keineswegs unumstritten, auch unter seinesgleichen nicht.

Wer ruiniert hier wen? (Teil 2)

Er war nur ein Gegenpapst unter vielen. Doch man würdigte seine Lebensleistungen mit dem Bundesverdienstkreuz. Sozialmedizinisch gesehen saß er zwischen allen Stühlen. Die politische Linke verübelte ihm (zu Recht) seine Sozialismus-Phobie und seine oberflächliche bürgerliche Gesellschaftsbetrachtung. Dem konservativen Bürgertum hingegen gingen seine Auffassungen zur Prophylaxe zu weit, obwohl sie angesichts der Zustände der Gesellschaft eher bescheiden ausgelegt waren. Auch die Schuldzuweisung für gewisse Krankheiten an die Gesellschaft passte ihnen nicht. – Doch tilgen ließen sich einige Themen Schaefers nicht mehr. Sie blieben in der Diskussion. Selbst bei der damaligen Linken. So konnte man auch von einem alten Reaktionsär noch etwas für den eigenen Klassenkampf lernen.

Sagen wir es so: **Der Herzinfarkt ist im gegebenen ‚Einzelfall‘ mehr als ein biologisches Ereignis.** Prinzipiell gilt: Jeder Mensch kann psychisch oder körperlich erkranken. Das liegt in der menschlichen Natur und an ihrer Umwelt, unabhängig von Gesellschaftsformation oder Land. Wehrlos sind Körper und Geist dabei nicht. Die Verhältnisse können die Art und Häufigkeit von Krankheiten aber begünstigen, ja verursachen. Die Herz-Kreislaufkrankungen im heutigen Deutschland gelten zu Recht als Volkskrankheiten. Nicht alles ist dabei rein biologisch bedingt. **Der eine oder andere Sargnagel oder Krankheitsverlauf** wird auch den gesellschaftlichen Verhältnissen im *kapitalistischen* Deutschland, ihren Risikofaktoren und Gegebenheiten geschuldet sein. Auch der psychosoziale Stress auf der Arbeit oder im Privaten dürfte dabei eine Rolle spielen. Viele Werktätige klagen über Dauerstress und Hetze am Arbeitsplatz, der ja unter Kommando des Kapitals steht. Die Fakten sind seit Jahren in der öffentlichen Berichterstattung. (4 a/b) - Natürlich: Glücklicherweise verläuft nicht jeder registrierte Infarkt tödlich. Doch ist die Todesrate - trotz moderner Medizin - nach wie vor erschreckend hoch. 2016 starben in Deutschland rund 338.000 Menschen an einer Herz- oder Kreislaufkrankung, davon erlitten 48.666 Menschen einen akuten tödlichen Infarkt. (5) - Ich kann die Rate der gesellschaftlich bedingten oder beeinflussten Erkrankungen bei uns nicht quantifizieren. Die Sozialmedizin und medizinische Soziologie beschäftigen sich mit diesen Fragen. Zugleich hat sich der Kenntnisstand zu früher über die dahinter stehenden pathophysiologischen und psychischen Mechanismen erweitert. Die Ergebnisse der Forschung sollte man weiter auswerten.

II.) Zur Debatte: Luftschadstoffe, Feinstäube und andere Fragen

Nicht jedes ideologische Argument in der Debatte zu den **Luftschadstoff-Grenzwerten** ist per se falsch - mögen die Autoren solcher Angriffe noch so oberflächlich, rückwärtsgewandt oder gar gekauft sein. Sachlichen Fingerzeigen sollte man nachgehen, ideologischen Auffassungen jedoch widersprechen. Ein genaues Hinsehen lohnt sich, auch in der Kritik. Wiederum werden wir in der Diskussion mit Fragen der „Modellrechnung“ und ihrer Legitimität konfrontiert.

Nur kurz **zur Erinnerung:** Schon seit 2010 gelten Grenzwerte für Luftschadstoffe wie Stickstoffdioxid (und Feinstäube) in den Städten und Gemeinden bzw. an belasteten Straßenzügen, festgelegt durch eine EU-Richtlinie. Das ist auch deutsches Recht. Es geht um den Gesundheitsschutz der Betroffenen, denn Luftschadstoffe wie

Stickoxide oder Feinstäube können die Gesundheit der Menschen tangieren und schädigen. *Ein* Grund für die viel zu hohen Schadstoffwerte an den entsprechenden Messstationen sind vorbeifahrende alte Dieselfahrzeuge. Deren Abgaswerte wurden ja durch einige Autokonzerne (VW u.a.) mit einer Schummel-Software und anderen Maßnahmen geschönt bzw. gefälscht und die Fahrzeuge ohne Skrupel auf die Straße geschickt. (6) - VW hatte in den Dieselmotoren eine Abschaltvorrichtung eingebaut, mit der bei Tests niedrigere Abgaswerte als im alltäglichen Betrieb angezeigt wurden. Ein Betrug, der aufflog. - Die zeitweilige Weigerung dieser Konzerne die Lage mit einer effektiven Hardware-Nachrüstung (7) (auf eigene Kosten) an jenen alten Modellen zu entschärfen, hat die Gemengelage nicht wirklich verbessert. Der Staat hat die Konzerne auch nicht dazu gezwungen, sondern eiert herum. (8) Durchgeführt hat die verantwortliche deutsche Autoindustrie nach Druck Software-Updates, und es wurden Umtauschprämien bei Neukauf emissionsärmerer Modelle angeboten. Neuerdings, nach entsprechender Unruhe auf den Automärkten, wollen einige Konzerne (doch nicht alle) nun auch Zuschüsse für Abgasnachrüstsysteme für spezielle Modelle auszahlen. Das alles reicht nicht. - Strafrechtlich debattiert wird bei den Führungskräften dieser Konzerne bisher nur über den Vorwurf des schweren Betrugs und der Untreue (gegenüber dem Konzern, den Aktionären und Käufern), nicht debattiert wird jedoch über ihren Angriff auf die Volksgesundheit. Wann landen die Verantwortlichen endlich im Knast? - Seit geraumer Zeit gibt es angesichts der Grenzwertüberschreitungen bei den Stickoxiden Debatten über Fahrverbote für alte Diesel an hoch belasteten Straßen in einigen Städten. Eigentlich ein Gebot des Rechts und der Vernunft. Strittig ist dazu inzwischen vieles. Das hat die Politik herausgefordert, nicht das Volk *vorbeugend* zu schützen, sondern die Autoindustrie und andere Stadt-Kapitalisten aus dem Schussfeld zu nehmen. Es zeigt wieder einmal, wes Geistes Kind und Arm der Staatsapparat und die Große Koalition (aus CDU/CSU und SPD) ist. Für sie gilt nicht: Das wertvollste für den Menschen ist der Mensch.

An dieser Stelle muss ich meine rückblickenden Ausführungen begrenzen. Was an Fahrverboten sinnig oder unsinnig sein kann, wie moderne Verkehrspolitik aussehen sollte, wie die soziale Frage dabei zu berücksichtigen ist, ist nicht Gegenstand meiner Reflexion. Das bedürfte eigene Untersuchungen. Ich konzentriere mich im Weiteren auf Fragen der Vermeidung von Krankheiten.

Nun hat eine kleine Gruppe von Lungenärzten um Dieter Köhler den **Nutzen der derzeit geltenden Grenzwerte** bei den Stickstoffdioxiden in Frage gestellt und eine „Neubewertung der wissenschaftlichen Studien durch unabhängige Forscher“ gefordert, zum Entsetzen der ganz großen Anzahl ihrer Fachkollegen, (9) doch zur Freude der Autoindustrie und ihres willfährigen Bundes-Verkehrsministers Andreas Scheuer. Dieser sprach, endlich versachliche sich die Diskussion. - Man kann es auch anders interpretieren: Hier wird der Forschungsstand angegriffen, um Verwirrung zu stiften. Das hat System. - Drei EU- Kommissare haben Scheuer in einem gemeinsamen Brief widersprochen. Dazu heißt es in der „taz“: „Die EU-Kommission hat derweil die Kritik von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) an den europaweit geltenden Grenzwerten für Feinstaub und Stickstoffdioxid harsch zurück gewiesen.“

Wer ruiniert hier wen? (Teil 2)

Gleich drei Kommissare schrieben Scheuer schon Ende Februar einen deutlich formulierten Brief. „Der überwiegende Teil der im vergangenen Jahrzehnt gesammelten, fachlich geprüften wissenschaftlichen Erkenntnisse weist immer wieder auf negative Auswirkungen auf die Gesundheit hin“, heißt es im Schreiben, das der taz vorliegt. Die Kommission dankte zwar, dass Scheuer ihr die Kritikpunkte einiger deutscher Mediziner zugeschickt habe. „Wir haben jedoch auch zur Kenntnis genommen, dass wichtige Berechnungen im Zusammenhang mit diesen Behauptungen in der Zwischenzeit als fehlerhaft erkannt worden sind“, sticheln die Kommissare. Das kommt einer heftigen Schlappe des Verkehrsministers gleich.“ (10)

Doch nicht jeder Einwurf aus den Reihen der Grenzwertverächter sollte man unbesehen beiseite legen, sondern debattieren:

* so die Anmerkung, der derzeitige **Grenzwert bei Stickstoffdioxid** (Mai 2019) von 40 Mikrogramm je Kubikmeter Luft (in der Jahresmitte) an den jeweiligen Messstationen sei willkürlich. Daran ist nur wahr, dass der derzeit geltende Grenzwert ein politischer Kompromiss zwischen angedachten strengeren und laxeren Richtwerten ist. - Wie bereits oben belegt, sprachen sich die 3 EU-Kommissare für strengere Maßstäbe aus, das entspricht dem Votum vieler Fachleute, die sich für ein stärkeres (staatliches) Schutzregime für die Bevölkerung aussprechen. (10 / 14)

Hier sei zur Illustration der Gefahrenlage aus einem Votum der „Gesellschaft für Pädiatrische Pneumologie“ zitiert, über die die taz berichtete. Diese Organisation zählt zu den Widersachern der Gruppe um D. Köhler: „100 Lungenmediziner*innen zweifeln derzeit die Risiken von Stickoxiden und Feinstaub an, die Kinderpneumologen halten dagegen. „In der aktuellen Debatte wird die Schutzwürdigkeit dieser besonders gefährdeten Gruppen häufig nicht erwähnt“, sagte Kopp. Damit werde „das Prinzip der Schadensvermeidung als Kernelement ärztlicher Handlungsethik ignoriert“. / Die Kinderpneumolog*innen beziehen sich auf unterschiedliche Studien, unter anderem auf eine aktuelle Expertise der Gesellschaft für Umweltepidemiologie und der European Respiratory Society, deren Kurzschrift der taz vorliegt. Darin heißt es gleich im ersten Satz: „Die Luftschadstoffe Feinstaub, Ozon und Stickstoffdioxid gefährden die Gesundheit in Deutschland.“ Die Wirkungen würden in der Lunge beginnen und haben Auswirkungen auf den gesamten Körper: Herz und Kreislauf, Atemwege, Bewegungsapparat. / Die internationalen Expert*innen weisen darauf hin, dass gesichert sei, dass durch Luftverschmutzung „die Lebenszeit verkürzt und Lungenerkrankungen und Herz-Kreislauf-Erkrankungen ausgelöst werden.“ Auch die „krebserzeugende Wirkung von Feinstaub“ gelte als gesichert. Mittlerweile werde sogar vermutet, heißt es in der Expertise weiter, dass Stickoxide, Feinstaub und Ozon Auswirkungen auf die Entwicklung eines Fötus im Mutterleib haben. Die Lungen- und Gehirnentwicklung bei Kindern werde eingeschränkt, auch Demenz und Diabetes können ausgelöst werden. Obwohl noch wenig gute Untersuchungen zu Schwangeren und ungeborenen Kindern existieren, gebe es laut Kopp „Hinweise darauf, dass die Lungenfunktion von Kindern zurückbleibt“, wenn sie verstärkt Stickoxiden und Feinstaub ausgesetzt sind. „Wir sehen Effekte, die bis ins Erwachsenenalter wirken“, sagte Kopp.“ (11)

Kontraproduktiv war dann der Vorstoß der Bundesregierung (und des Bundestages), gegebenenfalls bei ‚leichteren‘ Grenzwertüberschreitungen auch eine ‚kurzfristige‘ Grenzwertverletzung an den Messstationen bei 50 Mikrogramm Stickstoffdioxid je Kubikmeter Luft zu tolerieren. (12) Gemäß dem erklärten Credo: Fahrverbote sind zu vermeiden. Diese ‚partielle‘ Erhöhung des Grenzwertes (durch eine beschlossene Änderung des Bundesimmissionsschutzgesetzes) ist eine Fortführung ihrer Missachtung der Volksgesundheit und nicht haltbar.

* Auch den Einwurf gewisser Statistiker, die **prognostizierte Todesrate durch Luftschadstoffe** sei zu hoch angesetzt, oder wie andere auch sagen, sie sei fiktiv, sollte man diskutieren. Warum? Zurzeit sagt **das gängige Modell** folgende Zahlen voraus: „In Deutschland starben laut ICCT (das ist die Umweltorganisation International Council on Clean Transportation, d.V.) im Jahr 2015 etwa 43.000 Menschen frühzeitig an den Folgen von Feinstaub und Ozon, circa 13.000 davon durch Emissionen aus dem Verkehrsbereich. Damit liegt Deutschland im weltweiten Vergleich nach China, Indien und den USA an vierter Stelle, wenn man die Zahl der frühzeitigen Todesfälle in Folge von Emissionen aus dem Verkehrsbereich betrachtet. Bezogen auf die Einwohnerzahl weist Deutschland den Berechnungen zufolge sogar die höchste Sterberate auf - mit 17 frühzeitigen Todesfällen je 100.000 Einwohnern. „Diese Sterberate ist dreimal so hoch wie im globalen Durchschnitt und knapp 50 Prozent über dem Durchschnitt aller EU-Länder“, heißt es in der Mitteilung. Die gesellschaftlichen Kosten, die durch die negativen Auswirkungen des Verkehrs auf die menschliche Gesundheit verursacht werden, summieren sich in Deutschland laut ICCT-Berechnungen auf 110 Milliarden Dollar, das entspricht etwa 97 Milliarden Euro. /

Die direkten Gesundheitsauswirkungen von Stickstoffdioxid (NO₂) wurden nicht betrachtet. Da aus diesem Luftschadstoff jedoch kleine Feinstaubpartikel und Ozon entstehen können, flossen die Effekte indirekt in die Studie ein.“ (13) Neuere Berechnungen geben noch höhere Fallraten an (15). Sicher, dahinter stehen zumeist „statistische Abschätzungen“. Einen anderen Weg zu beschreiten ist schwierig: Das allgemeine Sektionsgut bei Verstorbenen ist zu gering, eine verstärkte Sektionstätigkeit dem deutschen Staat zu teuer. Die Ergebnisse sind oft auch mehrdeutig. Menschenexperimente am Lebendigen verbieten sich eigentlich (obwohl durch die Industrie einzelne ethisch verwerfliche Menschenexperimente durchgeführt wurden). Es bleiben Reagenzglasstudien und Tierexperimente, Modellrechnungen, Simulationen, usw. Zu allem liegen glaubwürdige Studien vor. (14)

Zugleich gibt es im Kontext aber auch statistische Probleme, die zu reflektieren sind. **Die Luft und die darin eingeschlossenen Schadstoffe/ Feinstäube sind ein Mix.** Hierin finden sich neben den Stickoxiden, Ozon usw. aber auch Reifen-, Bremssystem- und Fahrabrieb, des weiteren Emissionen aus Industrie, Landwirtschaft (15), Schifffahrt, Flugverkehr, der Energiegewinnung, den Heizungen usw.: ausgestoßene Stoffe und Emissionen, die in entsprechender Konzentration, Wirkdauer oder Verfasstheit (z.B. als Mikro- oder Nano-Partikel) schon einzeln be-

Wer ruiniert hier wen? (Teil 2)

trachtet pathogene Wirkungen entfalten können. Auch bleiben chemische Reaktionen der Stoffgruppen nicht aus. (15) – Sie alle **wirken auf die Gefahrenlage** ein:

* Beachtenswert auch für normale Allergiker, Asthmatiker oder COPD-ler, sie sind vielfach gefährdet. Pollen z.B. können sich mit Schadstoffen anreichern und im Flug an der Lunge negative Wirkung entfalten.

* Schadstoffe/Feinstäube, das weiß man heute ebenfalls, schädigen gegebenenfalls nicht nur die Lunge: „Luftverschmutzung verursacht Hirnkrankheiten – so das Ergebnis einer in „Plos Biology“ erschienenen Analyse von 152 Millionen Patientendaten aus den Vereinigten Staaten und Dänemark. Bei schlechter Luftqualität erhöhe sich das Risiko für bipolare Störungen oder Depression um bis zu ein Drittel, bei Kindern sogar noch um ein Vielfaches mehr. Die Chemikalien in der Luft, so die Theorie, könnten Entzündungs-Signalwege beeinflussen und so zur Entstehung der Hirnkrankheiten führen. „Wir wissen schon länger, dass bei diesen Krankheiten das Immunsystem aktiviert wird, was im Hirn dann die krankhaften Veränderungen auslöst“, sagt Gregor Hasler, Psychiater in der Schweiz. „Umweltgifte tragen womöglich dazu bei, denn der Körper hält sie für Fremdkörper und will sie bekämpfen.“ (16)

* Auch weitere Organsysteme können betroffen sein. So eine neue, umfangreiche Studie, „die den gesundheitlichen Schaden durch Feinstaub und Co. weitaus höher bemisst, als bisher von Experten angenommen wurde. Kardiologen, Umweltmediziner und Chemiker der Universität Mainz und des dortigen Max-Planck-Instituts für Chemie zeigen im European Heart Journal ..., dass allein in Europa mit nahezu 800 000 zusätzlichen Todesfällen jährlich durch Luftverschmutzung zu rechnen ist. Weltweit sind demnach 8,8 Millionen Extra-Todesfälle auf die Schadstoffemissionen zurückzuführen. / „Um das in ein Verhältnis zu setzen: Es bedeutet, dass durch Luftverschmutzung mehr Menschen sterben als durchs Rauchen, wofür die Weltgesundheitsorganisation 7,2 Millionen zusätzliche Todesfälle jährlich angibt“, sagt der Mainzer Kardiologe Thomas Münzel, der an der Studie beteiligt war. „Rauchen kann der Einzelne vermeiden, Luftverschmutzung nicht.“ Den Forschern zufolge liegt die Zahl der vermuteten Todesopfer höher als das, was bisherige Berechnungen ergaben. Statistisch bedeuten die neuen Zahlen eine Verringerung der Lebenserwartung um durchschnittlich etwas mehr als zwei Jahre. / Die Krankheitslast betrifft keineswegs nur die Atemwege. Der größte Anteil der Todesfälle geht demnach auf verengte Koronargefäße (40 Prozent) und Schlaganfälle (8 Prozent) und damit fast zur Hälfte auf Herz-Kreislaufleiden zurück. Todesfälle durch Lungenkrebs, Lungenentzündungen und chronisch obstruktive Atemwegserkrankungen machen zusammen ungefähr 20 Prozent aus.“ (17)

Also ein überaus komplexes Gefahren-Bild. Ein mögliches Geschehen, das nicht jeden trifft- aber treffen kann.

Die Faktoren im Luft-Cocktail, bezogen auf Krankheitsrate oder Todesstatistik, auseinander zu rechnen, ist nicht einfach. Auch die Hochrechnungen der einzelnen oder kombinierten Faktoren nicht. Doch das gekennzeichnete Wirkungsgefüge ist fatal. - Für die Berechnung und Differenzierung der Krankheits- und Todesraten ,am

Straßenrand‘ usw. wären auch weitere Faktoren heranzuziehen und zu berücksichtigen, wie die Lärmquellen, ihre Intensität, und Zeit usw.

Die heutigen Modelle und die von ihren Gegnern so geschmähte „Simulations-Epidemiologie“, sie sind nicht perfekt, wenngleich ein notwendiges Handwerkszeug. Dennoch bieten sie einen Ansatzpunkt der Grenzwertverächter und Industrie-freunde, *Schutzrichtlinien* für die Bevölkerung in Frage zu stellen. Dabei ist das Vorgehen oft trickreich:

- So werden verbale und schriftliche Giftpfeile abgeschossen, manchmal seriös verpackt und mit Tatbeständen und ideologischen Ansichten angereichert. Richtiges und Falsches wird so bewusst vermischt. (18)

- Ein weiter Trick **im Propagandakrieg** der Auto-Industrie und ihrer Ideologen ist **die Relativierung von Warnhinweisen**. So geschehen, als eine Gruppe von 20 Wissenschaftlern der „Leopoldina“ in einer staatlich finanzierten und beauftragten Studie zu den Stickoxiden den ‚Fingerzeig‘ gab, Feinstäube in entsprechender Konzentration, Güte und Einwirkzeit seien noch gefährlicher als die Stickoxide. Zudem äußerten sie sich zum Problem der Fahrverbote:

*Was machte ein Autor der „FAZ“ in der Überschrift seines Leitartikels (verkürzend) daraus: „Wissenschaftler: Lokale Fahrverbote wenig sinnvoll.“ (19) Auch andere Organe bliesen ins selbe Horn. Laut einer Zusammenstellung des Onlinemagazins „Kontext“ lauteten Überschriften zum Bericht z.B. so: „Leopoldina sieht Fahrverbote kritisch“ (FAZ), „Fahrverbote bringen keine Entlastung“ (Spiegel Online), „Wissenschaftler gegen Diesel-Fahrverbote“ (Deutschlandfunk), oder „Fahrverbote wenig erfolgversprechend“ (Tagesschau.de) „Sinnlose Fahrverbote?“ titelte mit Schlagseite eins die StZ. „Der Gerechtigkeit halber sei gesagt, dass viele dieser Artikel das Leopoldina-Papier dann doch noch etwas differenzierter betrachteten.“, so das Onlinemagazin. (20) Alles in allem doch eine subtile Vereinfachung im Überschriftenbild der einschlägigen Medien, mit einer giftigen Botschaft: vielleicht sind Fahrverbote überflüssig. Falsch, denn die Autoren des Papiers hatten den Grenzwert von 40 Mikrogr. bei den Stickoxiden in der Luft am Straßenrand gar nicht in Frage gestellt, sondern bekräftigt. Auch ihnen lag der Gesundheitsschutz der Bevölkerung am Herzen. Fahrverbote im Kleinräumigen als Reaktion auf Grenzwertverletzungen wurden nicht generell abgelehnt, lediglich als „wenig sinnvoll“ erachtet. Die Grenzen derartiger Maßnahmen wurden aufgezeigt. So, wenn bei einer einfachen Verlagerung des Gefahrenherdes (durch Sperrung einzelner Straßen) hin auf eine Nebenstrecke kurzschlüssig gedacht würde. Denn auch an der neuen Umgehung gelte nicht: tief Durchatmen. Lauter würde es hier auch. Der Gesamtgehalt der Emissionen werde nicht reduziert. „Großflächige Beschränkungen wie die in vielen Städten eingeführten Umweltzonen hätten sich in der Vergangenheit hingegen positiv auf die Luftqualität ausgewirkt“, so heißt es bei ihnen - laut „taz“.

*Darüber hinaus: Man dürfe sich bei der Problematik der Luftschadstoffe nicht auf die Stickoxide fixieren, das sei wenig zielführend. Das Problem der Luftverschmutzung habe viele Facetten, die einer Gesamtschau bedürften. Zwar bezeichnen die Autoren die Feinstäube als noch gefährlicher als die Stickoxide, doch war dies kein Plädoyer gegen Grenzwerte und Fahrverbote, also entgegen dem, was interessierte Krei-

Wer ruiniert hier wen? (Teil 2)

se daraus gerne lesen wollten.- Die Autoren haben dann auch eigene Vorschläge zur Behandlung der Probleme vorgelegt, deren Bewertung hier aber nicht möglich ist.

Also: Ernste Mahnungen der Autoren und der dargelegten Tatbestände im Bericht, auf die die „taz“, mit entsprechendem Referat und Original - Zitaten aus der Studie auch hingewiesen hat. (21)

Auch im Wissenschaftsteil der FAZ erschien ein Kurzartikel, der sich wie eine Replik auf die Verharmloser (wohl auch aus den eigenen Reihen) lesen lässt: „Stickoxide sind laut dem Luftschadstoff -Gutachten der Nationalakademie Leopoldina hierzulande zwar verglichen mit Feinstaub die geringere von zwei Schadstoffmalaisen. Dass sie deshalb unwichtig seien, wie nun gelegentlich geschlussfolgert wurde, lässt sich wissenschaftlich nicht erhärten. In „Lancet Planetary Health“ rechnen Forscher der George Washington University nach Auswertung medizinischer Daten und Stickoxidwerte zwischen 2010 und 2015 in weltweit 125 Städten vor, dass die jährlich austretenden Fälle von Asthma bei Kindern zu 64 Prozent auf die Luftverschmutzung an verkehrsreichen Straßen zurückzuführen seien. Stickoxide sind die Leitsubstanz für schmutzige Luft.“ (22) - Es gibt also durchaus Widersprüche im Lager der Bourgeoisie, die aufzudröseln und auf ihre Ursprünge zurückzuführen einer eigenen Studie wert wäre. Doch das ist hier nicht machbar.

Die Studie der Leopoldina war eine Auftragsarbeit der Bundesregierung. Gedacht als neutrales Forum in Sache Stickoxide. Doch warf sie zum Erstaunen Vieler (auch der Bundesregierung) den Blick auf ein Bündel von Umweltfragen. Überraschung! Worum ging es den Autoren der Studie eigentlich im Kern: Um einen kritischen Blick auf die Gesamtproblematik der Luftschadstoffe einschließlich der Feinstäube sowie auf die derzeitige Verkehrspolitik, für die eine nachhaltige Wende verlangt wurde. Gesichtspunkte also, die niemals schaden und eigentlich zur Diskussion herausfordern sollten.

Man muss kein Prophet sein: Selbst wenn es gelingt, die Problematik der alten Diesel-Fahrzeuge im Straßenverkehr kurzfristig zu entschärfen, **die Problematik** der hohen Konzentration von Stickoxid und der Feinstäube im Luftraum mit all ihren Folgen **wird ohne ökologisch/politische Umkehr bleiben**. Darauf deuten die Fakten.

Wissenschaftliche Probleme muss man ausdiskutieren. Man muss sich aber auch bewusst sein, dass Probleme der Beweisführung als Vorwand genutzt werden (können), um Geschäftsmodelle zu bewahren und Interessen zu verschleiern, ja um politische Eingriffe ins Machtgefüge zu verhindern. Vieles in der heutigen Debatte zu den Schadstoffgrenzwerten deutet darauf hin.

Jeder Tote, jeder Krankheitsverlauf, der vermeidbar ist, ist ein Toter, ein Kranker zu viel. Viele technische, wissenschaftliche und administrative **Voraussetzungen zur Vermeidung** solcher ‚Exekutionen‘ oder Leidenstouren gibt es bereits. Ihr Einsatz muss gegen Kapital und Staat, letztlich durch staatliche Zwangsgesetze bereits in der bürgerlichen Republik **erzwungen werden**. **er (vorbeugende) gesundheitliche Schutz** der Proletarier und Werktätigen nebst ihrer Angehörigen ist dabei **als Maßstab** politisch durchzusetzen. Das ist eines der vielen Etappenziele auf dem Weg zum Sozialismus.

Sammeln wir für den Gegenangriff

Die Darstellung der „Sozialen Pathologie“ einer gegebenen Gesellschaft und die Kritik daran, zum Nutzen der Werktätigen, ist nicht immer einfach - aber notwendig. - Vom Maler und Graphiker Heinrich Zille stammt der folgende Satz im Angesicht seines „Berliner Milljöh“: Man kann mit einer Wohnung einen Menschen genauso gut töten wie mit einer Axt. (23) Diese Kennzeichnung ist unmittelbar nachvollziehbar und handgreiflich. - Andere Nachweise privater und gesellschaftlicher Gewalt gegen Menschen in Angesicht von Krankheit und Tod sind schwerer zu führen. Beispiele habe ich oben angeführt. Sie ließen sich vervielfachen. Wir sollten unsere Blicke dafür schärfen. Die Aufdeckung solcher und anderer Menschheitsverbrechen ist durchaus möglich. Sammeln wir wissenschaftliche Argumente, um sie im Meinungsstreit und im Klassenkampf *zu gebrauchen*.

Quellen, Anmerkungen und Literaturangaben

zu I.

- 1) Hans Schaefer/Maria Blohmke: Herzkrank durch psychosozialen Streß. Heidelberg: Dr. Alfred Hüthing Verlag, 1977. / M.J. Halhuber (Hrsg.): Psychosozialer >Stress< und koronare Herzkrankheit. (Band 1) Berlin Heidelberg New York : Springer-Verlag, 1977
- 2) Hans Schaefer: Plädoyer für eine neue Medizin. München Zürich: Piper, 1979 // H. Schaefer: Erkenntnisse und Bekenntnisse eines Wissenschaftlers. Heidelberg: Verlag für Medizin Dr. Ewald Fischer, 1986
- 3) So kann z.B. ein grenzwertiger Diabetes mellitus vom Typ 2 (auch Alters-Diabetes genannt) mit chronischem Stress zusammenhängen (und nach dessen Beseitigung verschwinden), aber dieser Diabetes Typ kann im Leben auch ganz andere Ursachen und Hintergründe haben. Eine Zuordnung bräuchte die jeweilige Differenzial-Diagnose.
- 4) siehe z.B.: a) Joachim Müller-Jung: Mit Stress fertig werden. Ein Krankheitsfaktor macht Karriere - aber wie wirkt er? in: FAZ, 6. Feb. 2008, S. N1 / Johannes Siegrist: Was wir Stress nennen, macht nicht krank. in: FAZ, 18. Feb. 2008, S. 8 // b) dpa: Stress belastet Millionen Beschäftigte. Studie zeigt Strapazen im Arbeitsalltag /Merkel will bessere Bedingungen in der Pflege. in: NOZ, 13. Nov. 2018, S. 6 / schä.: 100 Millionen Fehltage wegen psychischer Leiden. Immer mehr Arbeitnehmer erkranken an Depressionen / Mediziner warnen vor zu viel Druck und Multitasking. in: FAZ, 13. Dez. 2018, S. 17 / loe.: Arbeitnehmer fühlen sich oft gestresst. in: FAZ, 23. Nov. 2018, S. 19 / dpa: Forderung nach mehr Schutz auch bei Hausarbeit. in: GN, 20. April 2019, S. 7 / de.: Zu Hause mehr Stress als im Büro. AOK warnt vor Gesundheitsrisiken. in: FAZ, 18. Sept. 2019, S. 17
- 5) Zahlen siehe: Deutsche Herzstiftung: Herzbericht 2018

zu II.

- 6) zur Frühzeit des Betrugs siehe u.a.: Klaas Tatje: Wir müssen draußen bleiben. Fahrverbote in der Heimat von Daimler, BMW und Volkswagen. Wie ist das bloß passiert. in: Die Zeit, Nr.10, 1. März 2018, S. 25 / Detlef Drewes: Autobauer trafen illegale Absprachen. EU-Kommission geht gegen fünf deutsche Konzerne vor/ Ab-

Wer ruiniert hier wen? (Teil 2)

gas-Filter funktionierten nicht. in: GN, 6. April 2019, S. 6 // Die weitere (auch gerichtliche) Klärung und Aufarbeitung des ‚Skandals‘ steht noch aus.

7) Thomas Kroher: Nachrüstung? Klapp! Hardware-Einbau für Euro 5 Fahrzeuge können deren Stickoxidausstoß (NOx) erheblich verringern. Das beweist eine ADAC Untersuchung von vier SCR-Systemen. in: ADAC motorwelt, 03/2018, S. 26–30

8) Thomas Kroher: Das müssen Dieselfahrer jetzt wissen. Sonderrabatte für Neuwagen und Hardware-Nachrüstungen: Um Fahrverbote für Diesel zu verhindern, hat der Bund ein Maßnahmenpaket beschlossen. Doch reicht das aus? in: ADAC motorwelt, 11/2018, S. 28 - 32 / Claas Tatje u. Fritz Zimmermann: Verlässliche Freunde. Die Autobauer geraten beim Dieselbetrug immer weiter in Bedrängnis. Das Kanzleramt hingegen unterstützt die Industrie treu, wie ein Briefing für die Bundeskanzlerin enthüllt. in: Die Zeit, Nr. 18, 25. April 2019, S.20

9) Ralf Pauli: Nicht zuständig für Stickoxide. Forschungsministerin Karliczek schweigt zu Grenzwertdebatte. in: taz, 4. März 2019, S. 8

10) Wolfgang Mulke: Viele Ausnahmen wenig Kontrolle. Koalition beschließt umstrittene Regeln für Fahrverbote. Scheuers Wunsch nach höheren Grenzwerten weist die EU brüsk zurück. in: taz, 14. März 2019, S. 8

11) Simone Schmollack: Stickoxide schaden Föten. In der Diskussion über Grenzwerte wurden bislang besonders gefährdete Gruppen vernachlässigt. in: taz, 31. Jan. 2019, S.9

12) enn.: Scheuer: Fahrverbote vermeidbar. Bundestag definiert Verhältnismäßigkeit per Gesetz. in: FAZ, 15. März 2019, S.17

13) Hanno Charisius: Gift aus dem Auspuff. In Deutschland sterben jedes Jahr 13.000 Menschen an den Folgen von Feinstaub und Ozon aus dem Verkehr, besagt eine neue Studie. Nur in China, Indien und den USA ist die Lage bedenklicher. in: SZ, 28. Feb. 2019, S.14

14) siehe z.B. Joachim Müller-Jung: Grenzwert-Verächter atmen dünne Luft. Schlimmer als Tabak. Durch verschmutzte Luft sterben weltweit mehr Menschen als durch das Rauchen: Die Wissenschaft macht im Streit um die Risiken von Luftschadstoffen Ernst und setzt Umweltpolitik und Ärzte mit neuen Zahlen unter Druck. in: FAZ, 13. März 2019, S. N2

15) Frank Frick: Feinstaub vom Acker. Ein Großteil des Feinstaubes in Deutschland stammt nicht vom Straßenverkehr, sondern aus der Landwirtschaft. Mainzer Forscher haben genaue Zahlen ermittelt. in: bild der wissenschaft, Nr. 9, 2019, S. 78 - 81

16) few.: Luftverschmutzung. in: FAZ, 4. Sept. 2019, S. N2

17) Werner Bartels: Auf Lunge. Durch verschmutzte Luft sterben weltweit mehr Menschen als durch das Rauchen. Laut Analysen fordern Schadstoffe und Feinstaub 8,8 Millionen zusätzliche Todesfälle pro Jahr. in: SZ, 13. März 2019, S.14

18) ich zähle dazu: Prof. Dr. Alexander S. Kekulé: Teufel oder Beelzebub. Mit der Festlegung von wissenschaftlich nicht begründbaren Grenzwerten für Stickstoffdioxid hat die Politik Deutschland in die Diesel-Falle gesteuert. Und nur die Politik kann das Land aus dieser Falle befreien. Einstweilen muss die Justiz die Schiefelage zwischen dem gesetzlichen Grenzwert, den Handlungsoptionen der Gemeinden und den Rechten der Bürger korrigieren. in: FAZ, 1. April 2019, S.8

19) mas/ros.: Wissenschaftler: Lokale Fahrverbote wenig sinnvoll. Leopoldina rät, mehr auf Feinstaub zu achten / Kein Dieserverbot in Stuttgart. in: FAZ, 10. April 2019, S. 1

20) Oliver Stenzel: Scheuer wie er die Welt sieht. Eine wissenschaftliche Stellungnahme fordert eine radikale Verkehrswende. Doch der zuständige Minister Andreas Scheuer und große Teile der Presse stürzen sich nur auf die isolierte Aussage, dass lokal begrenzte Fahrverbote „wenig sinnvoll“ seien. in: Kontext. Das Onlinemagazin aus Stuttgart, NR. 421, 27. April 2019, (Printbeilage zur taz), S.1

21) Malte Kreutzfeldt: Kampf gegen Feinstaub verstärken. Als Folge der umstrittenen Thesen von Lungenarzt Dieter Köhler hatte die Bundesregierung die Wissenschaftsakademie Leopoldina beauftragt, die Grenzwerte zu überprüfen. Die fordert nun nicht etwa die Aufweichung, sondern zusätzliche Maßnahmen gegen Feinstaub. in: taz, 10. April 2019, S. 9 / Zur Inhalts-Übersicht siehe auch: Hanno Charisius: Nicht nur über Stickoxide reden. Nationalakademie fordert nachhaltige Verkehrswende. in: SZ, 10. April 2019, S.14

22) jom.: Stickoxide. in: FAZ, 17. April 2019, S. N1

23) Heinrich Zille, zitiert bei: Otto Nagel: H. Zille. Veröffentlichung der Deutschen Akademie der Künste. Berlin: Henschel Verlag, 1966, S. 150